

POLITISCHE STUDIEN 410

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema:

Entwicklungs- perspektiven für den ländlichen Raum

Mit Beiträgen von
**Carsten Große-Starmann,
Joachim Herrmann, Erwin Huber,
Holger Magel, Josef Miller, Jens
Ridderbusch, Markus Sackmann,
Kerstin Schmidt und Rainer Winkel**

Christian Schwarz-Schilling
Politische Studien-Zeitgespräch
mit dem Hohen UN-Repräsentanten
zu Fragen der politischen Entwicklung
in Bosnien-Herzegowina

Reinhard C. Meier-Walser
Energieversorgung als außen-, sicherheits-
und europapolitische Herausforderung

Andreas Püttmann
Unter dem Anspruch des „C“ – Wie Wert-
voll ist der „Markenkern“ der Union?



**Hanns
Seidel
Stiftung**



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a.D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (stellv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33, 80636 München
Telefon 089/1258-241
Telefax 089/1258-469
Internet: www.hss.de
E-Mail: PolStud@hss.de

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben

sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Inhalt

Reinhard C. Meier-Walser	Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung 5
Christian Schwarz-Schilling	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Hohen UN-Repräsentanten zu Fragen der politischen Entwicklung in Bosnien-Herzegowina 15

Schwerpunktthema:	Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum – Leistungspoten- zial stärken, Lebensqualität erhalten
Nicolai von Rimscha	Einführung 21
Joachim Herrmann	Interview mit dem Fraktionsvorsit- zenden zum Themenschwerpunkt „Ländlicher Raum“ 23
Josef Miller	Zusammenarbeit schafft Perspektiven 27
Erwin Huber	Regionale und wirtschaftspolitische Aspekte des demographischen Wandels in Bayern 33
Markus Sackmann	Neues Denken für eine positive Zu- kunft – Die Zeichen unserer Zeit ... 38
Holger Magel	Die Zukunft der ländlichen Re- gionen: Chancen und Leistungs- stärken Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern 44
Rainer Winkel	Der demographische Wandel, heimatliche Region als Zukunfts- perspektiven für die Jugend im ländlichen Raum – Bildungsangebot und Lebensraum 55

Jens Ridderbusch	Den kommunalen Familienstandort attraktiv gestalten – Entwicklung und Kommunikation von Problemlösungen 67
Carsten Große-Star- mann/Kerstin Schmidt	Demographischer Wandel – Gestaltungsstrategien im ländlichen Raum..... 78
Andreas Püttmann	Unter dem Anspruch des „C“ – Wie Wert-voll ist der „Markenkern“ der Union? 92
Im Dialog	Chinas Wirtschaftswunder: Vor den Grenzen des Wachstums?.....105
Das aktuelle Buch113
Buchbesprechungen115
Autorenverzeichnis123
Jahresübersicht124

Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung

In seiner Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 kann Deutschland im Jahr 2007 neue Lösungsstrategien entwickeln und Handlungsimpulse setzen.

Reinhard C. Meier-Walser

Vor dem Hintergrund krisenhafter Zuspitzungen im Nahen und Mittleren Osten sowie anderer internationaler Entwicklungen wurde in den vergangenen Monaten mehr und mehr deutlich, dass das immer wichtiger werdende Thema der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer europäischen Partner nicht nur wirtschafts- und umweltpolitische Fragen aufwirft, sondern auch eminente außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen in sich birgt. In diesem Beitrag sollen zunächst diese Herausforderungen und die damit zusammenhängenden politischen Probleme skizziert und anschließend Konsequenzen gezogen und Lösungsstrategien formuliert werden.

1. Die sicherheitspolitische Dimension der Rohstoffverteilung

Aus westeuropäischer Sicht stand die Frage der Energieversorgung seit Ende der 1970er-Jahre bis vor kurzem nicht auf einem der vorderen Plätze politischer Prioritäten, zumal nach der Ölkrise 1973/74 gewaltige Kapazitätspuffer aufgebaut worden waren, die eine langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten schienen. Nach einem Vierteljahrhundert sind diese Kapazitätspuffer nun aber aufgebraucht, während gleichzeitig der Energiehunger zahlreicher, vor allem asiatischer Staaten und damit die Rohstoffpreise weltweit drastisch steigen, Autokraten und

Diktatoren in Förderländern ihre fossilen Schätze als neue Machtwährung instrumentalisieren und die Staaten des demokratischen Westens plötzlich erkennen müssen, dass sie energiepolitisch erpressbar sind. Im Einzelnen sehen Deutschland und seine europäischen Partnerstaaten sich mit den nachfolgenden Herausforderungen konfrontiert.

1.1 Politische Instabilität der Förderregionen fossiler Energieträger

Die derzeit bekannten weltweiten Rohölreserven reichen bei gegenwärtigem Verbrauch noch ca. 40 Jahre, wobei die Nordseequellen bereits in Kürze versiegen werden. Die globale Ölförderung wird zwar des wachsenden Energiebedarfs wegen zumindest noch einige Jahre erhöht werden, jedoch ist auch damit zu rechnen, dass unkonventionelle Öle wie Ölschiefer und Ölsand wirtschaftlich abbaubar werden. Insofern ist gegenwärtig die Knappheit der Ölreserven noch ein geringeres Problem als die Klimaproblematik, die durch die Verbrennung der bekannten Ölreserven entsteht.¹ Aus deutscher und europäischer Sicht muss aber vor allem die geografische Verteilung der Erdölreserven Sorge bereiten, zumal sich rund 90% der bekannten Ölvorräte in islamischen Ländern, in der Gesamtregion des von Zentralasien über das Kaspische Becken bis in den Persischen Golf reichenden „Mittleren Ostens“ („Greater Middle East“) befinden.² Die meisten Rohöl exportierenden Länder dieser Region gelten als innenpolitisch instabil, mehrere davon auch als außenpolitisch und außenwirtschaftspolitisch unberechenbar.

Schätzungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) zufolge reichen die bislang bekannten weltweiten Erdgasvorräte noch ca. 60 Jahre. Ähnlich der geografischen Verteilung der Erdölvorräte sind auch die Erdgasreserven auf einem Streifen von Westsibirien über die Kaspische Region bis in den Golf konzentriert, wobei Russland über fast ein Drittel der gesamten Vorräte verfügt. Da die Transportkosten von Gas im Vergleich zu Öl wesentlich höher liegen, ist aus der Sicht EU-Europas, das rund zwei Drittel seiner Gasimporte durch russische, ein Drittel durch afrikanische (überwiegend algerische) Lieferungen deckt, von Vorteil, dass rund 80% der weltweiten Gasreserven in einem Umkreis von 5.000 Kilometer von Mitteleuropa entfernt liegen.³

Fossile Brennstoffe, insbesondere Öl und Gas, werden zumindest bis zum Jahr 2030 die mit Abstand wichtigsten Energieträger bleiben. Während die EU-Staaten gegenwärtig etwa 75% ihres Erdöl- bzw. 40% ihres Erdgasverbrauchs durch Importe decken, könnte diese Abhängigkeit Schätzungen der EU-Kommission zufolge bis zum Jahre 2030 auf 90 bzw. 70% ansteigen. Unter dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit sind die in einigen Jahrzehnten zur Neige gehenden Öl- und Gasvorräte zwar zweifellos problematisch, kurz- und mittelfristig betrachtet stellen jedoch Versorgungsengpässe und -unterbrechungen durch politische Krisen in den Förderländern, terroristische Anschläge auf Produktionsstätten, Pipelines oder Tanker sowie allgemein der explosionsartige Anstieg des Energiebedarfs primär asiatischer Staaten mit den entsprechenden Konsequenzen die vordringlichen Herausforderungen für Deutschland und seine europäischen Partner dar.⁴

1.2 Sicherheitsrisiken durch globale Verschiebungen der Energieträgerströme

Während in den OECD-Staaten aufgrund rückläufiger Bevölkerungsquoten und effizienterer Energieverwendung in absehbarer Zeit zumindest kein großer Anstieg des Energiebedarfs zu erwarten ist, wurde die diesbezügliche Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer zum Teil krass unterschätzt.

Im Vergleich betrachtet wird die weltweite Energienachfrage der OECD-Staaten von 2000 bis 2030 von 58 auf 47% fallen, diejenige der Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum von 30 auf 43% steigen.⁵ Vor allem die Volksrepublik China und Indien mit ihren Milliarden-Völkern und ihrem dynamischen ökonomischen Wachstum, aber auch andere industrielle Schwellenländer mit boomender Volkswirtschaft und hohem Bevölkerungswachstum wie die ASEAN-Staaten haben Bedarf an zusätzlichen neuen Energiequellen. Wie die rohstoffarme Wirtschaftsmacht Japan können sie diesen Bedarf nicht durch eigene Ressourcen decken. Der dramatisch wachsende Energiebedarf der Schwellen- und Transformationsstaaten und die Verschiebung der globalen Rohölnachfrage vom demokratischen Westen nach Asien bedeuten, dass nicht nur die weltweit steigende Energienachfrage „aus politisch instabilen Regionen gedeckt werden muss, sondern sich auch 60% des weltweiten Raffineriesystems in zumeist politisch instabileren Ländern und Regionen befinden wird“.⁶ Insofern ist zu befürchten, dass krisenhafte Zuspitzungen in einem oder mehreren der Erdöl produzierenden

Staaten sowohl zu heftigen Preisanstiegen bei Rohöl, Benzin und Erdgas als auch zu Versorgungsengpässen führen können, zumal heute kein Staat (wie z.B. Saudi-Arabien noch während der Golfkrise 1990/91) mehr in der Lage ist, durch die Erhöhung freier Förderkapazitäten die kurz- oder mittelfristigen Ausfälle anderer Förderquellen zu kompensieren, um damit Preisstabilität und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die EU als weltweit zweitgrößter Energieimporteur heute – im Gegensatz zur Ölkrise in den 1970er-Jahren, als westliche Ölkonzerne den damaligen Preisdruck der OPEC durch die Erschließung neuer Felder in Kanada, Alaska und der Nordsee abfedern konnten – kaum Ausweichmöglichkeiten besitzt. Dies, so Frank Umbach, einer der besten Kenner der internationalen Energieproblematik, könnte „eine machtpolitische Verschiebung der Gewichte zwischen Erdöl produzierenden und importierenden Staaten zugunsten der OPEC zur Folge haben“.⁷

1.3 Rohstoffe als „strategische Waffen“ nichtdemokratischer Problemstaaten

Durch ihre wachsende Nachfrage auf den internationalen Energiemärkten treiben China, Indien und andere Schwellenländer zum einen die Preise in die Höhe, zum anderen verschaffen sie Öl und Gas fördernden Problemstaaten wie dem Iran neue Finanzquellen, die wiederum für die iranische Rüstung, das Nuklearprogramm und die Finanzierung der Hisbollah verwendet werden können. Im Herbst 2004 hat

China mit Teheran ein 70-Milliarden-Dollar-Energiegeschäft abgeschlossen. Diese aus der Sicht westlicher Regierungen unselige Verbindung zwischen Peking einerseits und dem Mullah-Staat sowie anderen nichtdemokratischen, aber energiepolitisch einflussreichen Regimen unterschiedlicher politischer und ideologischer Couleur in Afrika, Lateinamerika und Asien andererseits, verschärft die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik. Sollte Peking mit Rücksicht auf seine Energiegeschäftspartner in Teheran sein Veto im UNO-Sicherheitsrat gegen amerikanisch initiierte Sanktionen wegen des iranischen Nuklearprogramms einlegen, droht eine ernste Krise zwischen Washington und Peking.⁸

1.4 Anti-westliche „Energieallianzen“: die neue Achse Chávez–Achmadinedschad

Eine aus amerikanischer und europäischer Perspektive besonders bedrohliche energiepolitische Allianz verkörpert insbesondere die neue Achse zwischen dem iranischen Präsidenten Mahmud Achmadinedschad, der den Holocaust leugnet und die Auslöschung Israels fordert, und Venezuelas Präsident Hugo Chávez, der George Bush als den „größten Terroristen der Welt“ und die gegenwärtige amerikanische Regierung als „perverse und verbrecherisches Regime“ bezeichnet. Diese primär von beiderseitigem Hass gegen die USA getragene „anti-imperialistische Allianz“ (Chávez) bringt ein eminentes Versorgungsrisiko sowohl für die USA als auch für Westeuropa mit sich. Obwohl die USA die Herausforderung der Energiesicherheit wesentlich

früher als die EU-Staaten als außen- und sicherheitspolitisches Sujet erkannt und die Diversifizierung ihrer Energieimportquellen frühzeitig intensiviert haben, gehört Venezuela neben Saudi-Arabien, Mexiko und Kanada zu den Ölhauptlieferanten der USA. Ein von Caracas verhängter Lieferstopp, mit dem Chávez bereits mehrfach gedroht hat, könnte die Ölpreise in den USA um rund 15% in die Höhe schnellen lassen und damit für „erhebliche Unruhe sorgen“. Sollte andererseits der Iran, viertgrößter Erdölexporteur der Welt und nach Russland der Staat mit den weltweit größten Gasvorräten, seine Rohstofflieferungen nach Europa drosseln, drohen hierzulande Versorgungsengpässe und Preissprünge.⁹

1.5 Energieversorgung im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus

Neben der generellen Beeinträchtigung der Energiesicherheit Deutschlands durch politisch instabile, undemokratische und unberechenbare Regime in den Rohstoffförderstaaten besteht ein spezielles Risiko seit dem 11. September 2001 auch in der Gefahr terroristischer Anschläge auf Förder- und Produktionsanlagen, Transportwege, Pipelines, Raffinerien etc. Neurgische Stellen vielgenutzter Seetransportwege für Öl und Flüssiggas wie die Straßen von Hormus und Malakka oder der Suez-Kanal sind besonders gefährdet durch Piraterie und terroristische Anschläge.

Im Februar 2006 versuchten Al-Quaida Terroristen, die größte Ölverarbeitungsanlage der Welt bei Abkaik in Saudi-Arabien, nur 13 Kilometer vom größten Erdölterminal der Welt, Ras Tanura

am Persischen Golf, entfernt, in die Luft zu sprengen. Zwei mit Sprengstoff beladene Lastwagen konnten buchstäblich erst in letzter Minute am Eindringen in die Zone der Öl-Industrieanlagen, wo 60% der saudischen Tagesförderung von 9,5 Millionen Barrel Rohöl verarbeitet werden, gehindert werden. Wäre der Anschlag gelungen, hätte dies vermutlich zu bislang unerreicht hohen Energiepreisen und einer Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes geführt.

2. Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland

Angesichts dieser diversen neuen Risiken und Herausforderungen wurde im April 2006 ein Energiegipfel im Bundeskanzleramt in Berlin einberufen, der den Auftakt zur Entwicklung eines nationalen energiepolitischen Gesamtkonzeptes für den Zeitraum bis 2020 bildete. Es gehe darum, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, steigende Preise zu stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick zu nehmen.

Allerdings, das zeigte Anfang Oktober 2006 auch der zweite Energiegipfel im Kanzleramt, gehen innerhalb der großen Koalition die Meinungen darüber, wie dies zu bewerkstelligen sei, zum Teil stark auseinander, insbesondere was die Rolle der Kernenergie im Energieträgermix anbetrifft. Sollte das von der rot-grünen Vorgängerregierung initiierte Ausstiegsszenario tatsächlich – wie im Koalitionsvertrag vom November 2005 vorgesehen – unverändert realisiert werden, würde dies jedoch nicht

nur bedeuten, dass die vergleichsweise sicheren und modernen deutschen Atomreaktoren bis zum Jahr 2021 abgeschaltet werden müssten, während in Osteuropa und anderswo nach wie vor veraltete und unsichere Kernkraftwerke weiter liefen, sondern es würde gerade das Gegenteil dessen eintreten, was man erreichen wollte: Deutschland würde das selbst gesteckte Ziel der breiteren Streuung der Versorgung und der Quellen konterkarieren und wäre noch mehr als bisher auf die politisch instabile Erdöl- und Erdgasförderregion des Mittleren Ostens angewiesen.

Wenn das ebenso drängende wie komplexe Problem der Schaffung von Energiesicherheit bewältigt werden soll, ist eine Kombination verschiedener Strategien und Maßnahmen nötig, wobei es zu beachten gilt, dass die Grundlage von Energiesicherheit, so jüngst US-Öl-experte Daniel Yergin bilanzierend, seit jeher in der Diversifizierung der Energieträger und der Bezugsquellen besteht.¹⁰

2.1 Energiesicherheit durch Streuung im Energieträgermix

Das bedeutet erstens, dass der Energieträgermix so breit wie möglich angelegt und dabei auch die Kernkraft berücksichtigt wird. Für die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atommeiler sprechen eine ganze Reihe von Gründen:

- die Verknappung fossiler Energieträger,
- die (sowohl wegen dieser Verknappung als auch wegen des gleichzeitig wachsenden globalen Energiebedarfs) weiter steigenden Öl- und Gaspreise,
- die politische Instabilität bedeutender Öl- und Gasförderregionen,

- der gewaltige Kohlendioxidausstoß herkömmlicher Kraftwerke (im Falle der Ersetzung der deutschen Atomreaktoren durch konventionelle Energiequellen würde die jährliche Kohlendioxid-Emission um rund hundert Millionen Tonnen steigen – das Aus für das Klimaziel von Kyoto!) und schließlich
- die Tatsache, dass alternative Energien nicht nur wesentlich teurer als Atomenergie sind, sondern trotz aller Bemühungen bislang die Energieleistung von Kernkraft nicht annähernd erreichen können.

Deshalb setzen alle anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt diejenigen in der östlichen Hälfte des Kontinentes, auf Stromerzeugung durch Atomkraftwerke. Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Faktoren, so die Physikerin und Energieaußenpolitikexpertin der Süddeutschen Zeitung, Jeanne Rubner, ist es für Deutschland „geradezu unvernünftig, auf Kernenergie ganz zu verzichten und Meiler vorzeitig abzuschalten“.¹¹ Was wäre nämlich die Konsequenz, fragt der Windkraftunternehmer und ehemalige Umweltsenator Fritz Fahrnholt, der ebenfalls vor einem Abschalten der deutschen Kernkraftwerke warnt? „Wir bekommen entweder Gaskraftwerke, die uns in eine neue Abhängigkeit von Putin oder anderen zwingen. Oder Kohlekraftwerke, die 40 Jahre rumstehen mit alter Technologie“.¹²

2.2 Energiesparen, Energieeffizienz, Energieforschung

Sowohl im industriellen wie im öffentlichen und privaten Sektor sind weitere Möglichkeiten des Energiesparens

und der Steigerung der Energieeffizienz gegeben, die genutzt werden sollten. Gleichzeitig wird empfohlen, die Forschung im Bereich regenerativer und umweltfreundlicher Energien wie Sonne, Wind, Gezeiten, Biomasse etc. weiter zu verstärken, wenngleich diese erneuerbaren Rohstoffe im Energiemix aus Öl, Gas, Kohle und Kernkraft selbst langfristig höchstens 25% (das wurde auch auf dem Energiegipfel im Kanzleramt eingeräumt) des Bedarfs der Industriestaaten decken können.¹³ Auch aus diesem Grunde ergibt sich die Notwendigkeit, auf die Kernkraftoption zumindest solange nicht zu verzichten, solange diese Energiequelle nicht durch andere umweltfreundliche Technologien ersetzt werden kann.

2.3 Neuer Stellenwert der Kernkraft im energiepolitischen Zieldreieck „Versorgungssicherheit, Rentabilität, Umweltverträglichkeit“

Deutschland und die anderen EU-Staaten werden in Zukunft noch stärker als bisher von Energieimporten abhängig und damit wegen der Instabilität der Staaten der Förderregion des Mittleren Ostens in ihrer Versorgungssicherheit weiter beeinträchtigt sein. Deshalb lässt sich unter Berücksichtigung der auch auf dem Energiegipfel im Kanzleramt als Hauptkriterien nachhaltiger Energiepolitik bezeichneten Ziele der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit eine Strategie der Minimierung von Versorgungsrisiken lediglich durch eine breite Diversifizierung im Energieträgermix realisieren. Hier schließt sich wieder der Kreis zu der Schlussfolgerung, dass es politisch kontraproduktiv ist, auf einen Energieträger wie die Kernkraft in

mittelfristiger Perspektive völlig zu verzichten, zumal dies den „Diversifizierungsanforderungen und der Verringerung von politisch problematischen Abhängigkeitsverhältnissen der Energie- und Versorgungssicherheit“ widerspricht.¹⁴ Dass die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Kernenergie im Energieträgermix von anderen Staaten aus umwelt-, wirtschafts-, technologie- und versorgungspolitischen Gründen durchaus erkannt wird, zeigt sich an einem weltweiten Trend, der einer Studie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zufolge zu einer zweieinhalbfachen Steigerung des Anteils der Kernenergie bis zum Jahre 2030 führen wird.¹⁵

2.4 Wirtschafts-, umwelt-, außen- und sicherheitspolitische Aspekte: Energiesicherheit als politische Querschnittsaufgabe

Energieressourcen, das zeigen nicht zuletzt die diesbezüglichen Politiken der Präsidenten Russlands, des Iran und Venezuelas, Putin, Ahmadinedschad und Chávez, sind keine bloßen Wirtschaftsgüter, sondern strategische Mittel im internationalen Energie- und damit Machtpoker. Während die USA dies längst erkannt und ihre Energieversorgung breiter gestreut haben, überlässt EU-Europa seine Energieversorgung den großen Energieunternehmen, die für die Schaffung nationaler bzw. europäischer Versorgungssicherheit „in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Markt schon aus ordnungspolitischen Gründen nicht geeignet sind“¹⁶. Da die europäischen Staaten bislang weder bereit sind, energiepolitische Kompetenzen an Brüssel abzutreten noch – mit Ausnahme Großbritan-

niens – nationale Energieversorgungsstrategien entwickelt haben, führt das in diesem Bereich entstandene „Vakuum der Zuständigkeit“ zu einer „Nichtwahrnehmung von deutschen bzw. europäischen Interessen, wie sie in den USA undenkbar wäre“¹⁷. Die dem Energiegipfel im Kanzleramt zugrunde liegende Idee einer deutschen Energiesicherheitsstrategie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dabei sollten im weiteren Verlauf aber nicht nur das Wirtschafts- und Umweltressort, sondern angesichts der außen- und sicherheitspolitischen Dimension der Energieversorgung auch das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium im Rahmen eines „Nationalen Energiesicherheitsrates“ eingebunden werden.¹⁸ Die Realisierung des Projektes einer nationalen deutschen Energiesicherheitsstrategie setzt vor allem einen (derzeit – noch – nicht existierenden) Konsens der Regierungspartner zum Energiemix voraus und muss später durch Maßnahmen auf europäischer und transatlantischer Ebene (siehe nachfolgend) ergänzt werden.

2.5 Energiepolitischer Multilateralismus statt Schröderschem deutschen Energiesonderweg

Im Zusammenhang mit der Schaffung von Energieversorgungssicherheit für die Staaten der EU erheben Experten wie Frank Umbach oder Friedemann Müller seit längerer Zeit einhellig die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Initiative. Obwohl jedoch der Europäische Integrationsprozess mit der sowohl energie- als auch sicherheitspolitisch bedeutsamen Montanunion bereits 1950/51 seine erste institutionelle Verankerung erfuhr, indem

die Produktion der für die Rüstungsproduktion wichtigen Güter Kohle und Stahl einer supranationalen Kontrolle unterworfen wurden, existiert bislang keine gemeinsame Europäische Energieaußenpolitik, zumal schon die Energiepolitiken und Energiemixstrategien der 25 EU-Mitglieder zum Teil stark voneinander abweichen. Dass ausgerechnet die großen EU-Staaten in dieser Hinsicht völlig unterschiedliche Strategien verfolgen (Frankreich etwa bezieht 80% seines Stroms aus Kernenergie und will Atomkraft weiter ausbauen, während Deutschland den vollständigen Ausstieg aus der Kerntechnik plant), macht einen EU-weiten energiepolitischen Konsens nicht einfacher. Obwohl die EU-Kommission das Ziel der Energiesicherheit als Bestandteil der GASP betrachtet und es im Dezember 2003 auch in der sogenannten "Europäischen Sicherheitsstrategie" aus der Feder Javier Solanas Berücksichtigung fand, betrachten die Regierungen der EU-Staaten die Energiepolitik nach wie vor überwiegend unter dem Vorzeichen nationalstaatlicher Alleinzuständigkeit.¹⁹

Deutschland, das im Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, könnte eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer – wenngleich souveränitätsschonenden – Koordinierung europäischer Energiepolitiken mit dem Ziel der Verbesserung der Versorgungssicherheit ganz Europas einnehmen. Dies setzt allerdings zum einen voraus, dass es seinen von Rot-Grün einst eingeschlagenen energiepolitischen Sonderweg des Kernkraftausstieges verlässt und auf einen innerhalb Europas konsensfähigen Energiemix fossiler, regenerativer und nuklearer Energieträger einschwenkt. Zum Zweiten muss es

den von Kanzler Schröder eingeschlagenen Sonderweg der Energiepartnerschaft mit Russland verlassen, der insbesondere bei den neuen EU-Mitgliedern in Zentral- und Osteuropa Misstrauen erweckte. Mit dieser von enger persönlicher Verbindung zwischen Schröder und Putin getragenen Bindung an Moskau verlagerte sich lediglich die energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands und damit die Verwundbarkeit von der Region des Persischen Golfes auf Russland, während Berlin gleichzeitig eine kohärente gemeinsame EU-Politik gegenüber Moskau verhinderte, „das wiederum durch diese deutsche Politik in die Lage versetzt wurde, die einzelnen Staaten gegeneinander auszuspielen“.²⁰

2.6 Diversifizierung mit Augenmaß

Vor dem Hintergrund der politischen Instabilität vor allem der Golfregion sowie der Notwendigkeit der Diversifizierung der Bezugsquellen erscheint aus der Sicht Deutschlands und seiner EU-Partner die Steigerung der Öl- und Gasimporte aus Russland zwar grundsätzlich als eine bedenkenswerte Option. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass eine zu starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen wiederum mit dem Diversifizierungsziel kollidieren könnte. Auch ist angesichts der energiepolitischen Konfrontation zwischen Moskau und Kiew um die Jahreswende 2005/2006 sowie der Drohung Präsident Putins, Europa den Gashahn abzudrehen bzw. die Energieströme nach China umzulenken, zu bedenken, dass die russische Energieexportpolitik von politischen Faktoren dominiert wird. Unter diesen Umständen, so Frank Umbach zu Recht, „ist

eine völlig einseitige Konzentration der deutschen und europäischen Energiepolitik auf Russland politisch und wirtschaftlich kurzfristig“. Statt einer monodimensionalen energieversorgungs-politischen Ausrichtung auf Moskau sollte Deutschland zusammen mit den übrigen EU-Staaten den Öl- und Gasimport aus Russland zwar erhöhen, gleichzeitig sollte jedoch im Sinne der Verringerung der Abhängigkeit von den Hauptbezugsquellen (OPEC, Russland) auch der Energieimport aus „Zentralasien, aus dem Kaspischen Becken und in geringerem Maße aus Afrika integraler Bestandteil einer europäischen Strategie zur langfristigen Energieversorgungssicherheit sein“.²¹

2.7 Versorgungssicherheit durch „Energie-NATO“?

Der polnische Vorschlag einer Art „Energie-NATO“ mit gegenseitiger Beistands- bzw. Versorgungsverpflichtung für den Fall, dass ein Mitglied der „Energie-NATO“ von Energieimporten Dritter abgeschnitten würde, wurde zwar von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier umgehend zurückgewiesen, es sollte jedoch ein Modell eines kooperativen Energiesicherheitssystems zur kollektiven Absicherung gegen politisch und/oder ökonomisch motivierte Beschneidungen von Energieflüssen durchaus erwogen werden.

Die beste Basis für sicherheitspolitische Kooperation und damit kollektive Sicherheit sind seit jeher gemeinsame Interessen, vor allem wenn sie durch gemeinsame Bedrohungsperzeptionen eine genuine kollektive Sicherheitsdimension generieren. Dies ist im Bereich der Energieversorgungsfrage mitt-

lerweile bei allen Staaten des demokratischen Westens gegeben.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie an EU-europäische Energiesicherheitsklauseln zur gegenseitigen Absicherung (etwa durch strategische Bevorratung etc.) sowie an die Schaffung einer trans- bzw. euroatlantischen Energiesicherheitsstrategie zu denken. Derartige Schritte könnten zu einer Intensivierung europäischer Sicherheitspolitik im weitesten Sinne sowie zu einer Verbesserung der politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Europa und den USA führen. Aus den bereits erwähnten Gründen, aber auch weil die Kanzlerin in Washington im Gegensatz zu ihrem Amtsvorgänger Vertrauen und Respekt genießt, ist die Regierung Merkel prädestiniert, die Initiative zu ergreifen und diesbezügliche politisch signifikante Weichenstellungen vorzunehmen.

3. Schlussbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat, nicht zuletzt aufgrund der Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 ab Beginn des Jahres 2007 eine große Chance, das sowohl wirtschafts- und umweltpolitisch-, aber auch außen- und sicherheitspolitisch enorm wichtige Thema der Energieversorgung aktiv gestaltend aufzugreifen und sowohl durch eine nationale Sicherheitsstrategie als auch durch europäisch koordinierte Schritte, durch transatlantische Initiativen und internationale Bemühungen neue, zukunftsfähige Wege zu beschreiten, um dem mittlerweile durch mannigfaltige Faktoren in die Ferne gerückten Ziel der nachhaltigen Energiesicherheit näher zu kommen.

Dreh- und Angelpunkt ist eine im europäischen Konzert konsensfähige energiepolitische Linie, die den Ausstieg aus der Kernkraft solange hinauschiebt, bis regenerative und neue Energietechnologien (Brennstoffzelle etc.) wirtschaftlich sind und in ihrer Leistung das Energiepotenzial der

Kernkraft ersetzen können. Bis dies in ca. 25 bis 30 Jahren der Fall sein wird, ist es unter allen Gesichtspunkten des energiepolitischen Zieldreiecks (Versorgungssicherheit, Rentabilität, Umweltverträglichkeit) notwendig, die Kernenergie im Energieträgermix mit zu berücksichtigen.

Anmerkungen

- ¹ Müller, Friedemann: Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung, in: Internationale Politik, Nr.3/2003, S.5.
- ² Umbach, Frank: Internationale Energie-sicherheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsbd. I, Hamburg, S.344.
- ³ Müller, F.: Versorgungssicherheit, S.8.
- ⁴ Umbach, Frank: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft. Die Notwendigkeit einer europäischen Strategie, in: Internationale Politik, Nr.8/2004, S.18.
- ⁵ Ebda., S.19.
- ⁶ Umbach, F.: Internationale Energiesicherheit, S.356.
- ⁷ Ebda.
- ⁸ SPIEGEL Special: Kampf um Rohstoffe, Nr.5/2006, S.8f.
- ⁹ Ebda., S.16.
- ¹⁰ Ebda., S.25.
- ¹¹ Rubner, Jeanne: Zurück zur Kernkraft?, in: Berliner Republik, Nr.5/2006, S.32.

- ¹² SPIEGEL Special: Kampf um Rohstoffe, S.127.
- ¹³ Ebda., S.10.
- ¹⁴ Umbach, F.: Internationale Energiesicherheit, S.363.
- ¹⁵ Umbach, F.: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft, S.25.
- ¹⁶ Müller, Friedemann: Sicherheit der Energieversorgung – zu kompliziert für Europas Politiker?, Diskussionspapier, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2003, S.7.
- ¹⁷ Ebda.
- ¹⁸ Umbach, Frank: Europas nächster Kalter Krieg. Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit, in: Internationale Politik, Nr.2/2006, S.14.
- ¹⁹ Ebda., S.8./13.
- ²⁰ Umbach, Frank: Die neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht: Energie-Verbraucherländer müssen umdenken, in: Internationale Politik, Nr.9/2006, S.57.
- ²¹ Umbach, F.: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft, S.26f.

Weitere Literatur

Europäische Kommission: Grünbuch – Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel 2005.

Hacke, Christian: Deutschland braucht nicht nur eine Energiedebatte, sondern eine Kernenergie-debatte, in: Politische Studien, H.409, 57.Jg/2006., S.107–112.

Harks, Enno: Sichere Energieversorgung –

Herausforderung im 21. Jahrhundert, in: Volker Perthes/Stefan, Mair (Hg.), Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006, S.73–76.

Notz, Kristina: Energie für Europa – Im Spannungsfeld von Sicherheit, Wettbewerb und Nachhaltigkeit, C.A.P. Aktuell, Nr.5/2006).

Politische Studien-Zeitgespräch mit Dr. Christian Schwarz- Schilling, dem Hohen UN- Repräsentanten, zu Fragen der politischen Entwicklung in Bosnien-Herzegowina

Dr. phil. Christian Schwarz-Schilling wurde am 19. November 1930 in Innsbruck geboren. Nach dem Studium der Ostasiatischen Kultur- und Sprachwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München erfolgte 1956 seine Promotion in Sinologie. Ab 1964 bekleidete Dr. Schwarz-Schilling verschiedene politische Ämter, bis er schließlich am 4. Oktober 1982 als Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen (seit 1. Juli 1989: Bundesministerium für Post- und Telekommunikation) in die Bundesregierung berufen wurde. Aus Protest gegen deren Haltung im Jugoslawien-Konflikt um Bosnien-Herzegowina trat er am 10. Dezember 1992 von seinem Ministeramt zurück. Von 1995–1998 war Schwarz-Schilling Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und von 1998–2002 Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Dabei setzte er sich auch stets für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ein. Seit 31. Januar 2006 ist Christian Schwarz-Schilling Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina und somit für die Überwachung des Friedenabkommens von Dayton verantwortlich.

Politische Studien: Wenn Sie die politische und wirtschaftliche Entwicklung Bosniens und Herzegowinas seit der Unterzeichnung des Daytoner Friedensabkommens betrachten, welchen Fortschritt hat Ihrer Ansicht nach die Integration gemacht?

Christian Schwarz-Schilling: Der Erfolg Bosniens und Herzegowinas hat selbst die Erwartungen der optimistischsten Beobachter der Friedensver-

handlungen von Dayton übertroffen. Über eine Million Flüchtlinge und Vertriebene sind entweder nach Hause zurückgekehrt oder haben ihr Eigentum, von dem sie vertrieben wurden, zurückerhalten. Im ganzen Land herrscht völlige Freizügigkeit und heute kommt es nur noch selten zu ethnisch bedingten Vorfällen. Das Ausmaß des Zusammenhalts in Bosnien und Herzegowina ist höher als die meisten Experten zum Ende des Krieges für möglich hielten.

Der Staat genießt internationale Anerkennung und die nötigen Institutionen – darunter ein für ganz Bosnien-Herzegowina zuständiges Pendant des FBI der Vereinigten Staaten, eine staatliche Grenzpolizei und eine landesweit tätige Steuerbehörde – haben die Arbeit aufgenommen. Natürlich ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass viele staatliche Institutionen noch in den Kinderschuhen stecken, der Gesetzgebungsprozess nur schleppend vorankommt und einige durch das Friedensabkommen von Dayton vorgesehene Institutionen zu uneinheitlich und komplex sind und viel zu hohe Kosten verursachen. Darüber hinaus macht sich während des gegenwärtigen Wahlkampfes wieder bemerkbar, welcher starken, unheilvollen Einfluss ethnische Belange noch immer auf die Politik ausüben.

Politische Studien: Unter welchen Voraussetzungen – intern und extern – kann Bosnien-Herzegowina auf eigenen Beinen stehen?

Christian Schwarz-Schilling: Sowohl Kroatien als auch Serbien haben in Bosnien-Herzegowina manchmal eine sehr negative Rolle gespielt. Beide Staaten haben ganz offensichtlich ein Interesse daran, was in Bosnien und Herzegowina geschieht, insbesondere an den Zukunftsaussichten für die kroatischen und serbischen Bevölkerungsgruppen dort. Sollten sich die Nachbarstaaten nicht vernünftig verhalten, wird es schwierig, sicherzustellen, dass sich der Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina weiterhin selbst trägt. Es ist allerdings ermutigend, dass sich sowohl Belgrad als insbesondere auch Zagreb in ihren Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina immer verantwortlicher zeigen. Teilweise liegt dies auch an den

Aussichten auf eine euro-atlantische Integration. Zagreb hat offensichtlich beschlossen, dass seinen eigenen Interessen am besten damit gedient ist, dass in Bosnien und Herzegowina Stabilität und Wohlstand herrschen (was auch für Serbien gilt).

Das Ziel des Daytoner Friedensabkommens war, ein Ende des Krieges herbeizuführen. Dies ist gelungen. Das Friedensabkommen von Dayton sah auch einige Mechanismen vor, die Bosnien und Herzegowina dabei helfen sollten, seine ersten Schritte in Richtung eines funktionierenden Staatswesens zu machen. Die Einführung einer Mehrwertsteuer im ganzen Land, der Ausbau der Staatsregierung und die Reform der Verteidigungspolitik waren zwar nicht explizit im Daytoner Friedensabkommen enthalten, wurden aber durch die Bestimmungen des Abkommens ermöglicht.

Die Daytoner Rahmenbedingungen sind jedoch komplex, und die vielstufige Bürokratie ist kostspielig, undurchschaubar und langsam. Die Fähigkeit lokaler Akteure, Institutionen lahm zu legen, machte die Einführung der Bonner Befugnisse notwendig. Der Einsatz der Bonner Befugnisse ebnete dem Friedensprozess den Weg und sorgte dafür, dass Bosnien-Herzegowina weiterhin auf dem Weg zur Erholung blieb. Allerdings ist das Amt des Hohen Repräsentanten mittlerweile so institutionalisiert, dass es fast mehr zum Erhalt der Probleme beiträgt, als zu deren Lösung. Damit Bosnien und Herzegowina auf seinen eigenen Beinen stehen kann, muss die internationale Staatengemeinschaft einen Schritt zurücktreten und den Bosniern und Herzegowinern erlauben, den gesamten Friedensprozess in die eigenen Hände zu nehmen.

Das bedeutet nicht, dass Bosnien und Herzegowina seinem eigenen Schicksal überlassen würde. Weit gefehlt, denn von nun an konzentriert sich die internationale Staatengemeinschaft darauf, diesem Staat auf seinem Weg nach Europa behilflich zu sein.

Politische Studien: Welche Fortschritte hat die ethnische und religiöse Aussöhnung gemacht?

Christian Schwarz-Schilling: Ich habe, bevor ich mein Amt als Hoher Repräsentant in der Rolle eines internationalen Vermittlers antrat, über ein Jahrzehnt Bosnien und Herzegowina bereist und habe enorme Fortschritte sehen können. Als internationaler Vermittler habe ich Abkommen auf lokaler Ebene ausgehandelt, um den Prozess der Rückkehr zu erleichtern. Es war extrem schwierig, diese Vereinbarungen zu erreichen. Manchmal dauerte es sogar Jahre, bis sich die völlig verhärteten Positionen aufweichen ließen. Auf das gesamte Land bezogen konnte jedoch vor einigen Jahren ein Durchbruch erzielt werden, infolgedessen zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene nach Hause zurückkehren konnten. Als Zeuge dieser Entwicklungen war ich immer wieder sehr von der Zähigkeit und dem Mut der Menschen beeindruckt, die sich entschieden haben, trotz der vielen Hindernisse in ihr Zuhause aus der Zeit vor dem Krieg zurückzukehren.

Im Vergleich zu den anderen Friedensprozessen in aller Welt ist der Bosnien-Herzegowinas äußerst erfolgreich. Das bedeutet aber nicht, dass alle Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft jetzt gehen können. Die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, die in

Bosnien und Herzegowina eine immer wichtigere Rolle spielt, müssen sich weiterhin engagieren, um sicherzustellen, dass das Land auf dem richtigen Weg bleibt. Ich gehe nicht davon aus, dass es zu einem weiteren bewaffneten Konflikt kommen wird. Dennoch ist es möglich, dass sich in der öffentlichen Meinung wieder Fronten bilden und verhärteten. Eine solche Entwicklung würde die Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas erschweren und Folgekosten aufwerfen.

Religionsführer spielen potenziell eine extrem einflussreiche Rolle in diesem Prozess. Sie haben einen Religionsrat gebildet, dem die geistlichen Oberhäupter der großen Religionsgemeinschaften Bosnien-Herzegowinas angehören, und dessen Ziel es ist, durch den Dialog zum Frieden und Verständnis zwischen den Religionen beizutragen. Leider war diese Rolle nicht immer so positiv. Religiöse Gebäude, Symbole und Zeremonien wurden auch bereits dazu eingesetzt, Konflikte zu provozieren, anstatt für Versöhnung zu werben. Meine Botschaft an die Religionsführer Bosniens und Herzegowinas ist daher, unter ihren eigenen Anhängern für Toleranz zu werben, anstatt auf die Fehler anderer zu deuten.

Politische Studien: Serbische Sicherheitsexperten haben wiederholt auf die Gefahr, die von der Entstehung einer extremistischen, islamistischen Strömung in Europa ausgeht, hingewiesen. Vor allem über die „Aktive Islamische Jugend“ wurde berichtet, sie sympathisiere mit dem islamistischen Terrorismus. Besteht eine Gefahr, dass Bosnien-Herzegowina zu einem Sprungbrett für den internationalen Terrorismus wird? Wie ist Ihre Meinung dazu?

Christian Schwarz-Schilling: Wie alle anderen europäischen Staaten auch ist Bosnien und Herzegowina nicht gegen Terrorismus immun. Gewiss gibt es in Bosnien-Herzegowina extremistische Elemente, doch dabei handelt es sich um einzelne Personen, deren Werte nicht von der großen Mehrheit der Muslime Bosnien-Herzegowinas geteilt werden. Vielleicht sollte ich hinzufügen, dass Extremisten, die der muslimischen Bevölkerung Deutschlands angehörten, die Anschläge des 11. September geplant haben sollen, und dass die Selbstmordattentäter des 7. Juli 2005 in London sowie die Terrorverdächtigen, die im August 2006 bei dem fehlgeschlagenen Versuch, einen Anschlag auf vom Flughafen Heathrow aus startende Flugzeuge zu verüben, festgenommen wurden, alle britische Staatsbürger sind. Vernünftigerweise sollte der Problematik folglich so begegnet werden, dass man sich auf die durch Extremismus entstehenden Gefahren konzentriert, anstatt auf eine bestimmte Religion.

Der muslimische Religionsführer Bosnien-Herzegowinas, Reis-ul-Ulema Mustafa efendija Ceric, setzt sich aktiv für einen Dialog ein, der Religionen und ethnische Gruppen überspannt. Dies ist sowohl für Bosnien und Herzegowina im Allgemeinen als auch für die Muslime des Landes im Besonderen sehr wichtig. Trotz allem, was den Muslimen Bosniens und Herzegowinas widerfahren ist – vor allem, was sich während des Krieges ereignete – ist diese Gemeinschaft nach wie vor bemerkenswert tolerant und offen.

Politische Studien: Hätte die Unabhängigkeit des Kosovo einen Einfluss auf Bosnien und Herzegowina in dem

Sinne, dass die Republika Srpska dann ebenfalls eine Loslösung von Bosnien-Herzegowina und völlige Unabhängigkeit fordern würde?

Christian Schwarz-Schilling: Die territoriale Integrität Bosniens und Herzegowinas wird durch das Daytoner Friedensabkommen gewährleistet. Daran werden Entwicklungen, die an anderen Orten in der Region vonstatten gehen, nichts ändern. Serbische Beobachter und politische Führer sowie sogar einige westliche Kommentatoren verbinden das Schicksal des Kosovo mit dem der Republika Srpska. Es wird argumentiert, dass Serbien für einen „Verlust“ des Kosovo durch die zu Bosnien-Herzegowina gehörende Serbische Republik „entschädigt“ werden sollte. Dieses Argument ist falsch. Der schlussendliche Status des Kosovo wird in den kommenden Monaten durch einen Prozess unter der Aufsicht der Vereinten Nationen bestimmt werden. Egal wie diese Entwicklung ausgeht – sie wird keinen Einfluss auf Bosnien und Herzegowina haben. Es ist äußerst wichtig, dass es in diesem Punkt keinerlei Missverständnisse gibt.

Politische Studien: Vor welchen Hauptproblemen steht Bosnien-Herzegowina, und auf welche Probleme konzentrieren Sie sich? Was sind Ihrer Ansicht nach die Haupthindernisse, die der Erfüllung dieser Aufgaben entgegenstehen?

Christian Schwarz-Schilling: Die beiden Geißeln dieses Landes sind die Armut und die Kriminalität. Diese Probleme können durch den Wiederaufbau der Wirtschaft, um Investitionen anzuziehen und Arbeitsplätze zu schaffen, sowie durch die Rehabilitation der

wichtigsten Institutionen zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit angegangen werden. Beide Ziele können dadurch erreicht werden, dass Bosnien und Herzegowina seinen Weg zur vollständigen euro-atlantischen Integration erfolgreich abschließt. Bosnien-Herzegowina muss ein normaler Staat mit funktionierenden Institutionen werden, welche die Rechtsstaatlichkeit sichern und die Vorteile einer effizienten Staatsregierung an jeden Bürger weiterreichen. Der Weg dorthin ist lange und schwierig, und es wird zahlreiche Hindernisse geben. Die für eine schlussendliche Mitgliedschaft in der Europäischen Union nötigen Vorbereitungen zeigen jedoch bereits einen deutlich abgesteckten Weg in die Zukunft auf. Die Herausforderung besteht also darin, diesen Weg auch wirklich zu beschreiten.

Eine Priorität muss folglich sein, ein Stabilisierungs- und Assoziierungs-Abkommen (SAA) mit der Europäischen Union auszuhandeln. Ich hoffe, dass diese Verhandlungen bis zum Ende 2006 oder in der ersten Hälfte des kommenden Jahres erfolgreich abgeschlossen werden können, und dass sie nicht durch Probleme wie die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien zum Entgleisen gebracht werden. Eine weitere Priorität besteht darin, die Dynamik beizubehalten, mit der in den vergangenen Jahren Reformen durchgeführt wurden, und sicherzustellen, dass weitere Reformen in den Bereichen der Verfassung, der Strafver-

folgung und der Verteidigung umgesetzt werden. Die Verbesserungen, die auf jedem dieser Gebiete erreicht werden können, bringen nicht nur den Menschen in diesem Land einen greifbaren Nutzen, sondern stehen auch in direktem Zusammenhang zu den Bemühungen, sich in die Europäische Union zu integrieren, denn viele der nötigen Reformen sind auch Voraussetzung für das Stabilisierungs- und Assoziierungs-Abkommen.

Die größte Schwierigkeit wird in der Überwindung fest verwurzelter eigenütziger Interessen liegen. Die Bemühungen müssen stetig und mit Entschlossenheit vorangetrieben werden. Am besten sollten sie die Zugkraft Brüssels und das Verlangen der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas, Mitgliedsstaat der EU zu werden, für sich nutzen. Meine Arbeit in Bosnien und Herzegowina wird sich immer stärker auf das Aushandeln von Abkommen in meiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter der EU konzentrieren, da das Amt des Hohen Repräsentanten Ende Juni 2007 auslaufen soll. Das Amt des EU-Sonderbeauftragten hingegen wird gerade stark ausgebaut, um ihm die Kapazitäten zu verleihen, die für die Koordinierung der Bemühungen der einzelnen EU-Institutionen nötig sind, Bosnien-Herzegowinas Fortschritte auf dem Weg zur euro-atlantischen Integration zu unterstützen.

Politische Studien: Herr Dr. Schwarzschilding, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Prof. Dr. Klaus Lange, Referent für Internationale Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Schwerpunktthema

**Entwicklungsperspektiven für
den ländlichen Raum –
Leistungspotenzial stärken,
Lebensqualität erhalten**

Einführung

Nicolai von Rimscha

Die Abwanderung vor allem junger Menschen und die beginnende Schrumpfung der Bevölkerung aufgrund der demographischen Entwicklung stellen die Zukunftsfrage ländlicher Regionen mit neuer Dringlichkeit. Gleichzeitig wächst in den ländlichen Regionen das Gefühl, im Vergleich zu den „Metropolregionen“ und Ballungszentren benachteiligt zu sein. Es verwundert deshalb nicht, dass das Thema „Zukunft der ländlichen Räume“ auch auf der politischen Agenda ganz oben steht.

Blickt man nach Bayern, so stellt sich die Situation des ländlichen Raums im Vergleich zu manch anderem Bundesland, insbesondere den neuen Ländern, noch sehr günstig dar. Von einer Abwärtsspirale aus Abwanderung, Abbau der Infrastruktur und weiterer Abwanderung, wie sie andernorts schon zu beobachten ist, ist Bayerns ländlicher Raum im Großen und Ganzen noch nicht betroffen. Allerdings droht in Nordostbayern und vereinzelt an den Landesgrenzen bis 2020 ein starker Bevölkerungsrückgang. Überhaupt wird die Entwicklung in den ländlichen Regionen Bayerns nach den vorliegenden Prognosen sehr unterschiedlich verlaufen: Wachsenden und prosperierenden Regionen stehen Regionen mit

negativen demographischen und wirtschaftlichen Trends gegenüber. Dies verdeutlicht, dass der ländliche Raum kein homogenes Gebilde ist, sondern geografische Lage und Verkehrsanbindung, Infrastruktur sowie Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Unternehmensstruktur einzelne Teilgebiete des ländlichen Raums individuell prägen. So ist denn auch die erwartete Abwärtsentwicklung in manchen Regionen weniger auf ihren ländlichen Charakter zurückzuführen, als auf ihre periphere Lage und teilweise nicht mehr wettbewerbsfähigen Industrien. Entgegen verbreiteten Vorurteilen ist der ländliche Raum nicht per se strukturschwach. Weder die Bedeutung einer modernen, multifunktionalen Landwirtschaft sollte verkannt werden, noch die der mittelständischen Betriebe, die zum Großteil im ländlichen Raum zu finden sind und von denen einige in ihrem Marktsegment zu den Weltmarktführern zählen.

Was die genannten „Problemregionen“ anbelangt, so muss alles daran gesetzt werden, gegenwärtigen negativen Tendenzen entgegenzuwirken. Dann wird sich die Situation im Jahr 2020 günstiger darstellen, als auf Grundlage der heutigen Entwicklung prognostiziert

wird. Entscheidend wird hierbei sein, ob es gelingt, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den peripheren, strukturschwachen Gebieten zu erhalten und neu zu schaffen. Denn nur, wenn auch die wirtschaftliche Situation in diesen Regionen zufriedenstellend ist, kommen dort ihre günstigen „weichen“ Standortfaktoren zu tragen. Investitionen in zukunftsfähige Wirtschaftszweige sind daher die Grundvoraussetzung, um Abwanderung zu verhindern. Innerhalb wie außerhalb der Landwirtschaft bestehen zahlreiche Innovationsfelder, die zu einer positiven Entwicklung des ländlichen Raums beitragen können.

Neben Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den ländlichen Regionen müssen gleichzeitig Maßnahmen zur Anpassung an die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung ergriffen werden. Denn auch wenn Abwanderung eingedämmt oder verhindert werden kann, wird die Bevölkerung aufgrund der niedrigen Geburtenraten altern und abnehmen. Alle Anstrengungen werden also in demographischer Hinsicht nur dazu führen, den Bevölkerungsrückgang gleichmäßiger zu verteilen. Der Schrumpfungprozess, der ab 2020 Bayern insgesamt betreffen wird, würde auch bei einem etwaigen Wiederanstieg der Geburtenrate erst nach langer Zeit enden. Es ist daher unverzichtbar, auf

Grundlage der spezifischen lokalen Situation individuelle Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels auszuarbeiten. Homogenere soziale Strukturen, Identifikation mit der Heimatkommune und ein starker Zusammenhalt der Bevölkerung geben dem ländlichen Raum dabei im Vergleich zu den Ballungsräumen einen Vorteil. Bürgerschaftliches Engagement ist auf dem Land leichter zu aktivieren und kann viel dazu beitragen, die durch Alterung, knapper werdende öffentliche Mittel und rückläufiges Wachstum bedingten Probleme zu verringern.

Die nachfolgenden Beiträge gehen auf eine Fachtagung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung am 29. Mai 2006 zurück, in der untersucht wurde, wie die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums gesichert und weiterentwickelt werden kann. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Tagung sowie einiger ergänzender Stellungnahmen soll dazu dienen, der Öffentlichkeit ein realistisches Bild der Probleme wie Potenziale des ländlichen Raums zu vermitteln. Gleichzeitig soll insbesondere den kommunalen Gebietskörperschaften im ländlichen Raum eine Hilfestellung dabei gegeben werden, frühzeitig Erfolg versprechende Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels zu erarbeiten.

Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann zum Themenschwerpunkt „Ländlicher Raum“

Politische Studien: Die demographische Entwicklung erfordert künftig weitergehende Handlungsansätze als bisher, wenn das Ziel der Landesplanung, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ im ländlichen Raum herzustellen, aufrechterhalten werden soll. Welche Maßnahmen sehen Sie?

Joachim Herrmann: Bayern zählt zu den wirtschaftlich stärksten und – auch an der Bevölkerungsentwicklung gemessen – zu den attraktivsten Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Städte mit teils internationaler Bedeutung liegen inmitten ländlicher Räume mit einer weitgehend intakten Wirtschaftsstruktur und einer eher niedrigen Bevölkerungsdichte. Das Zusammenspiel zwischen Stadt und Land ist vielfältig, weshalb im Rahmen von Partnerschaften Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung nicht nur zum Nutzen für die ländlichen Räume selbst, sondern auch für die Verdichtungsräume entstehen müssen. Die Vielfältigkeit der ländlichen Räume und ihre unterschiedlichen Trends und Problemthemen erfordern einen regionsbezogenen Handlungsansatz. Dabei ist es wichtig, die Eigeninitiative und Kompetenz auf lokaler Ebene zu nutzen.

Politische Studien: Beachtliche Auswirkungen auf den ländlichen Raum erwachsen aus der unausgewogenen demographischen Entwicklung. Wie können wir dieser Herausforderung begegnen?

Joachim Herrmann: Schwierig für den ländlichen Raum ist vor allem die Abwanderung der jungen, gut ausgebildeten Leute. Wenn wir hier nicht gegensteuern, müssen wir eine Überalterung der Landbevölkerung erwarten. Wer auf der Grundlage heutiger Erkenntnisse ein Bild von Bayern malt, wie es aussehen würde, wenn man nichts tut, könnte Folgendes sehen: Ortskerne, später wohl auch erste Neubaugebiete, mit wenigen, meist älteren Bewohnern und sogar leerstehenden Häusern. Die damit einhergehende mangelnde Auslastung der technischen und sozialen Infrastruktur wird dann bei den Gemeinden, aber auch bei den verbleibenden Anliegern zunehmend zu Kostenproblemen führen. Dagegen wird ein weiter zunehmender Nutzungsdruck im Umfeld von Ballungsräumen erwartet, damit einhergehend ein Verlust von Identität und hoher Flächenverbrauch mit Verteuerung des Baulandes. Eine Zunahme von Landnutzungskonflikten ist die Folge.

Wie können wir gegensteuern? Zur Bewältigung der enormen Herausforderungen halten die ländlichen Räume kostbare Potenziale bereit, die es herauszustellen und zu entwickeln gilt. Ziel der bayerischen Strukturpolitik ist es, den ländlichen Raum und seine Gemeinden als eigenständige und vielfältig ausgeformte Lebensräume zu stärken. Damit soll ein Gleichklang mit der Organisations-, Wirtschafts- und Finanzkraft der Verdichtungsräume erhalten bzw. hergestellt werden. Wir müssen unsere Politik auf eine Verantwortungsgemeinschaft des Staates mit den Bürgern ausrichten. Stadt und Land müssen in einem gemeinsamen Management die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung in Bayern vorantreiben. Hierzu gilt es, auch entsprechende Kompetenzen vor Ort einzufordern und zu fördern. Dennoch muss klar sein, dass wir angesichts begrenzter finanzieller Möglichkeiten eine neue Verständigung darüber brauchen, was noch leistbar ist. Wir brauchen eine strategische Planung, denn es geht um die bestmögliche Nutzung vorhandener Ressourcen und darum, möglichst viele Menschen auf dem vorgeschlagenen Weg mitzunehmen. Überall bedarf es einer stärkeren Bereitschaft zur Kooperation, denn der Strukturwandel ist keine vorübergehende Aufgabe und keinem einzelnen Politikressort zuzuordnen. Sie muss vielmehr in jedem Ressort stattfinden. Eine ausgewogene Landesentwicklung werden wir nur durch ein Zusammenwirken des ländlichen Raums mit den Städten erreichen. Die Ausbildung von Netzwerken bietet gute Entwicklungschancen für Stadt und Land. Wir brauchen die Ausprägung von Wertschöpfungsketten und verkehrlich gut angeschlossene und mit Verwaltungs-

und Wirtschaftsfunktionen ausgestattete ländliche Räume. Dann können wir die beschriebenen Herausforderungen für die ländlichen Räume auch meistern.

Politische Studien: Welche Rollen spielen die Kommunen bei der Gestaltung des demographischen Wandels?

Joachim Herrmann: Die Kommunen sind das Fundament für den Aufbau unserer Demokratie von unten nach oben im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Kommunen spielen bei der Entwicklung des ländlichen Raums und damit auch bei der Gestaltung des demographischen Wandels dort eine herausragende und wichtige Rolle. Starke Kommunen sind die Garanten für Selbstverantwortung, Bürgernähe, soziales Miteinander und Transparenz. Die Kommunen stehen bei der prognostizierten demographischen Entwicklung vor besonderen Herausforderungen, da sie z.B. von Betriebs-schließungen und -verlagerungen oder Abwanderung der jüngeren Bevölkerung direkt betroffen sind. Zugleich sind unsere Kommunalpolitiker mit bundespolitischen und europapolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert, auf die sie nur begrenzt Einfluss nehmen können. CSU-Fraktion und Staatsregierung werden die Kommunen bei diesen fordernden Aufgaben auch künftig nicht allein lassen, sondern auf verschiedenste Weise die nötige Unterstützung geben. Aber auch der Zusammenarbeit der Kommunen untereinander wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen neben den schon genannten Handlungsansätzen eine besondere Rolle zukommen.

Politische Studien: Die Fördermittel der Europäischen Union für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER-Verordnung) werden in der kommenden Förderperiode 2007–2013 geringer ausfallen als bisher. Nach welchen politischen Schwerpunkten sollte die Verteilung der knappen Mittel erfolgen?

Joachim Herrmann: Bei der Planung und Umsetzung von Projekten hilft uns unter anderem die Verordnung zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Sie sieht folgende Schwerpunkte vor:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Verbesserung der Umwelt und der Landwirtschaft,
- Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft.

Innerhalb dieser drei thematischen Schwerpunkte wird der Schwerpunkt LEADER, unter dem lokale Entwicklungsstrategien gefördert werden, umgesetzt. Die insgesamt dazugehörigen Instrumente und Förderprogramme haben sich in Bayern bewährt. Sie sollten den aktuellen Erfordernissen angepasst, weiterhin zielgerichtet und aufeinander abgestimmt eingesetzt werden. Ein entsprechendes unabhängiges, ressortübergreifendes Management für die einzelne Region erscheint mir hier dringend notwendig zu sein. Auch für die Koordination weiterer Fördermöglichkeiten außerhalb der ELER-Verordnung.

Um eine einseitige Ausrichtung der nationalen Programme zu verhindern, hat die Europäische Kommission für jeden Schwerpunkt eine Mindestmittel-

ausstattung vorgesehen. Mindestens 10% für den ersten und dritten Schwerpunkt und mindestens 25% für den zweiten Schwerpunkt der Gesamtmittel sind entsprechend einzusetzen. Darüber hinaus kann und wird Bayern eigene Akzente für die Entwicklung seiner ländlichen Räume setzen.

Der Bayerische Landtag hat im Landesentwicklungsprogramm das Vorrangprinzip für besonders strukturschwache ländliche Räume beschlossen. Wir wollen diesen Vorrang auch mit konkreten Projekten ausgestalten und dafür politische Ziele setzen:

- Zusammenarbeit der Kommunen untereinander,
- regionsbezogene Handlungsansätze,
- Unterstützung von Netzwerken,
- Förderung der Eigeninitiative und Kompetenz vor Ort,
- interdisziplinäre Konzepte, Leitlinien sowie
- Management für die Region.

Landes- und Kommunalpolitik sollte sich dabei gemeinschaftlich um die strukturschwachen Regionen kümmern. Dabei gilt es, zwischen Stadt und Land keine Gegensätze aufzubauen.

Politische Studien: Ist die Politik für die ländlichen Räume zu sehr von der Landwirtschaft geprägt? Wie lassen sich vor Ort Arbeitsplätze außerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs schaffen?

Joachim Herrmann: Will man die ländlichen Räume in Bayern auch künftig nicht nur als Erholungs- und Siedlungsbereiche ansehen, muss die Wirtschaftskraft und Wertschöpfung des ländlichen Raumes erhalten und

ausgebaut werden. Hierzu kann insbesondere auch eine zukunftsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft erheblich beitragen. Wichtig sind die Netzwerke zwischen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie dem Handwerk und dem Mittelstand. Diese bieten vielfältige Möglichkeiten für regionale Märkte und für eine Erhöhung der Wertschöpfung im ländlichen Raum. Mit unserer Initiative „Allianz Bayern Innovativ“ und damit mit der Vernetzung von innovativen Unternehmen und einer verstärkten Zusammenarbeit der Hochschulen mit dem Mittelstand, stärken wir gerade auch den ländlichen Raum und sichern vor Ort Arbeitsplätze auch außerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs. Durch eine moderne Kommunikationsinfrastruktur eröffnen wir zudem neue Chancen als Arbeitsstandort. Selbstverständlich gibt es für die Gesamtentwicklung kein Pauschalrezept. Wir müssen Initiativen zur gezielten Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur unterstützen. Der zentrale Handlungsauftrag an die Politik lautet, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu gestalten.

Politische Studien: Wie kann eine befriedigende Kooperation zwischen den Kommunen im ländlichen Raum und den Stadt- oder Metropolregionen andererseits gelingen?

Joachim Herrmann: Echte Kooperation gelingt immer dann am besten, wenn alle Partner voneinander profitieren können. Meines Erachtens soll-

ten die Instrumente der Landentwicklung mit den Instrumenten der Entwicklung der Städte und der Ballungsgebiete abgestimmt werden. Insbesondere die zunehmende Bedeutung der Stadt-Umfeld-Beziehungen ist hier in den Blick zu nehmen. In der Zusammenarbeit der kommunalen Träger sind regionale Stärken und Schwächen zu analysieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Eine integrierte ländliche Entwicklung mit einem entsprechenden Prozessmanagement, mit der Koordinierung der Förderpolitik und Fördermittel über die Ressorts hinweg und der damit verbundenen Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung sind hier wesentliche Eckpfeiler. Sponsoring, Private Public Partnership und eine Verwaltung, die als Ideengeber, als Netzwerkarchitekt und damit als Motor der Entwicklung auftritt, sind mögliche Ansatzpunkte. Zum Beispiel könnte eine Zusammenfassung von Bewilligungsstellen ein erster Schritt sein. Insgesamt gilt auch hier: Angesichts der Unterschiede in wirtschaftlicher Hinsicht, der Chancen im Tourismus, des Stellenwerts der Landwirtschaft, der Vernetzung mit bestehenden Unternehmen, Lehr- und Forschungseinrichtungen müssen wir mögliche Lösungen regionspezifisch angehen. Dabei wird auch künftig die Förderung einer vielfältigen Wirtschaft im ländlichen Raum ein Schwerpunkt unserer Politik sein.

Politische Studien: Herr Fraktionsvorsitzender, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Nicolai von Rimscha, Referent für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Zusammenarbeit schafft Perspektiven

Josef Miller

1. Einführung

Bayerns Weg in die Spitzengruppe der europäischen Regionen ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen konsequenten Landespolitik mit zielgerichteten Rahmenbedingungen für den ökonomischen, kulturellen und sozialen Wandel. Die Menschen im Land, ob Arbeitnehmer oder Unternehmer, ob in Bildung oder sozialen Diensten, konnten sich dadurch den Aufgaben und Herausforderungen der Zeit stellen und mit Leistungsbereitschaft und Kompetenz die Entwicklung Bayerns mitgestalten. Dieses Zusammenspiel hat Bayerns erfolgreiche Entwicklung geprägt. Es gibt unserem Land auch für die Zukunft eine Perspektive.

Ein wichtiges Kapitel der bayerischen Erfolgsgeschichte betrifft den ländlichen Raum, dessen „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ immer eine unverzichtbare Vorgabe bayerischer Politik bildete. Dies gilt insbesondere für die eigenständige bayerische Agrarpolitik, durch deren Angebote Bäuerinnen und Bauern über die Lebensmittelproduktion hinaus ihren Beitrag zu

Vielfalt und Lebensqualität unserer bayerischen Regionen, ihren Siedlungsräumen und Kulturlandschaften leisten.

Die Zukunft der ländlichen Räume ist gegenwärtig völlig zurecht eines der Top-Themen in Gesellschaft und Politik. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat erst vor kurzem wieder die enorme Bedeutung des ländlichen Raums für Bayern und seinen hohen Entwicklungsstand ausführlich dargestellt. Ich bin froh über seine Zusicherung, dass der ländliche Raum angesichts der großen Herausforderungen, vor denen er steht, weiterhin auf die Unterstützung der Staatsregierung bauen kann. Wie wichtig diese Zusage ist, zeigen Bestrebungen im Rahmen der deutschen Raumordnungspolitik, den Fokus verstärkt auf die Metropolregionen zu richten. Ich will meinen Beitrag leisten, dass der ländliche Raum nicht ins Abseits gerät.

Das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten wird zur Unterstützung der ländlichen Räume, in denen es in Bayern sehr unterschiedliche Auf-

gaben zu lösen gilt, weiterhin wesentliche Hilfestellung geben. Es geht mir vor allem darum, dass die bayerische Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft als der wichtigste Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber in den ländlichen Räumen erhalten bleibt.

- Insgesamt erzielt die bayerische Agrar- und Ernährungswirtschaft einen jährlichen Umsatz von rd. 33 Mrd. €. Damit liegt sie nach dem Fahrzeug- und Maschinenbau an dritter Stelle.
- Die Forst- und Holzwirtschaft einschließlich Papier- und Möbelindustrie sowie der Holzhandel in Bayern erwirtschaften zusammen mehr als 30 Mrd. €.
- Land- und Ernährungswirtschaft bieten über 400.000 Menschen vielseitige und qualifizierte Arbeitsplätze, die Forst- und Holzwirtschaft weitere rd. 200.000.

Was viele, auch in Politik und Wissenschaft, übersehen: Diese Wirtschaftsbereiche sind eindeutig Zukunftsbranchen. Belege dafür sind die Zunahme der Weltbevölkerung und die Entwicklungen auf den internationalen Rohstoffmärkten, insbesondere bei Nahrung und Energie.

Über eine wirtschaftliche Stabilität sichern wir auch die ökologischen und sozio-kulturellen Funktionen, die von den ländlichen Gebieten aus für unsere Gesellschaft zu erfüllen sind, wodurch die Lebensqualität der Menschen in Stadt und Land nachhaltig gestärkt wird.

Wir leisten unseren Beitrag aber auch, weil wir dafür die besten Voraussetzungen mitbringen, weil mein Ressort über

vielfältige, auf den ländlichen Raum zugeschnittene Kompetenzen, Erfahrungen und Fähigkeiten verfügt, die an sieben Ämtern für Ländliche Entwicklung und 47 Ämtern für Landwirtschaft und Forsten mit hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flächendeckend zum Einsatz kommen.

Unsere Mitarbeiter agieren auf der Grundlage des Leitbilds, ihre Aufgaben nicht nur im Hoheitsvollzug und in der Förderung zu sehen, sondern auch Ideengeber, Ideenförderer und Netzwerkarchitekten im ländlichen Raum zu sein. Die Aktivitäten werden sich noch mehr vom „Machen“ zum „Möglich machen“ weiterentwickeln müssen. Denn mehr denn je zwingen uns die begrenzten Mittel der öffentlichen Haushalte in Europa, Bund und Land, neue Ideen und Strategien zu entwickeln, die weniger Geld kosten, aber dennoch die Entwicklung nachhaltig fördern.

Im Sinne einer „Doppelstrategie“ erstrecken sich unsere Handlungsansätze sowohl auf einzelbetriebliche wie auch auf räumlich-strukturelle Hilfen. Das Ressort agiert dabei einerseits flächendeckend im ländlichen Raum über die Betriebe der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, andererseits mit maßgeschneiderten Verfahren der ländlichen Entwicklung dort, wo besondere Hilfen und Entwicklungskonzeptionen erforderlich sind.

Ausgehend von den Oberzielen, die ländlichen Gemeinden und Regionen als eigenständige und vielfältig ausgeformte Lebensräume zu stärken und in Stadt und Land gleichwertige – nicht gleichartige – Lebensbedingungen zu

schaffen, zielen unsere Aktivitäten insbesondere ab auf

- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhöhung der Wertschöpfung,
- Erschließung neuer Einkommenspotenziale,
- Steigerung der Attraktivität,
- Verbesserung der Lebensqualität,
- Schutz von Natur und Umwelt sowie der natürlichen Ressourcen.

Dabei ist uns klar: Um das große Potenzial der ländlichen Räume auszuschöpfen, gibt es keinen zentralen „Masterplan“, keine Patentrezepte. Vielmehr müssen in den einzelnen Regionen gemeinsam maßgeschneiderte Lösungen unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Identität und Bedürfnisse erarbeitet werden. Die mit der Globalisierung erfolgte Internationalisierung des Lebens auch in den ländlichen Räumen erfordert noch mehr die Beherzigung des Leitspruchs „global denken, regional planen, lokal handeln“.

Ein Grundsatz bei all unseren Aktivitäten aber ist und bleibt: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Unser Ansatz ist bürgerorientiert. Wir setzen im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft auf eine Verantwortungsgemeinschaft von Bürgern, Gemeinden und Staat sowie auf die Stärkung der Eigenkräfte des ländlichen Raumes.

Und wir setzen auf Zusammenarbeit auf allen Ebenen und über Sektoren hinweg, um die Kräfte im und für den ländlichen Raum zu bündeln. Der Schritt von der Konkurrenz zur Kooperation muss noch konsequenter gegangen werden. Sektoriales Denken und

Ressortegoismen dürfen keinesfalls wirkungsvolle Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Räume verhindern. Die Herausforderungen lassen uns keine Wahl: Zukünftig ist noch gezielteres und effektiveres, sektorübergreifendes Denken und Handeln, sind integrierte Projekte und Programme sowie Netzwerke erforderlich.

2. Ebenen der Zusammenarbeit

2.1 Clusterstrategie

Einen hervorragenden Ansatz zur Zusammenarbeit auf übergeordneter Ebene bietet die „Allianz Bayern Innovativ“ mit ihrer Clusterstrategie, der Bündelung von Kräften und Mitteln aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Für die ländlichen Räume besonders erfolgversprechend sind die unter Federführung meines Ressorts initiierten Cluster Ernährungswirtschaft und Holzwirtschaft. Durch die stärkere Verzahnung von Unternehmen und Institutionen und die darauf aufbauende Zusammenarbeit in diesen Zukunftsbranchen werden neue Märkte erschlossen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen.

2.2 Erhöhung der Wertschöpfung durch Netzwerke

Darüber hinaus ist es mir ein großes Anliegen, alles daran zu setzen, die bestehenden regionalen Wertschöpfungspotenziale zu erhöhen sowie neue Wertschöpfungsketten zu entwickeln und zu fördern. Wir verfügen dafür in Bayern über hervorragende Möglichkeiten. Ich nenne hier beispielhaft die Bereiche Holzbe- und -verarbeitung, Energiege-

winnung über den Einsatz nachwachsender Rohstoffe sowie die Nahversorgung über Regional- und Direktvermarktung. Gerade Netzwerke zwischen der Land- und Forstwirtschaft, dem Handwerk und dem Handel bis hin zu Naherholung und Gastronomie bieten vielfältige Möglichkeiten für eine Erhöhung der Wertschöpfung im ländlichen Raum.

2.3. Interkommunale und regionale Zusammenarbeit

Viele Herausforderungen im ländlichen Raum können am wirkungsvollsten mit gemeindeübergreifenden Handlungsansätzen, mit kommunalen Allianzen gemeistert werden. Durch diese Kooperationen wird die Schaffung handlungsfähiger Größenordnungen für Entwicklungsprozesse und die Aktivierung der Eigenkräfte nach dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ vorangebracht. Die Aktivierung, Begleitung und Umsetzung von Entwicklungskonzepten erfolgt auf

- übergemeindlicher Ebene durch integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) unter Trägerschaft der Gemeinden und
- auf regionaler Ebene durch Regionale Entwicklungskonzepte (REK) bei LEADER, der von Brüssel vorgegebenen Entwicklungsinitiative.

Derzeit betreuen die Ämter für Ländliche Entwicklung bereits 65 Vorhaben der integrierten ländlichen Entwicklung und Gemeindeallianzen. Im Rahmen von LEADER arbeiten 45 lokale Aktionsgruppen an der Umsetzung ihrer Entwicklungskonzepte. Zahlreiche positive Beispiele finden sich im Internet auf der Homepage des Ministeriums www.landwirtschaft.bayern.de.

Ich habe die Zuständigkeiten für den ländlichen Raum in meinem Hause in der Abteilung „Ländlicher Raum und Landentwicklung“ zusammengefasst. Damit sind wir gut vorbereitet auf die im Zeitraum 2007–2013 mögliche Verknüpfung des Schwerpunktes LEADER mit den sogenannten Hauptmaßnahmen Dorferneuerung und Flurneuordnung.

2.4 Zusammenarbeit mit den Bürgern

Ich habe die Bürgerorientierung bereits angesprochen. Hier hat die Dorferneuerung Pionierarbeit geleistet. Seit rd. 25 Jahren ist die Beteiligung der Bevölkerung ein zentraler Bestandteil des bayerischen Weges der Dorferneuerung. Um auch zukünftig vitale Dörfer als Rückgrat für einen starken ländlichen Raum zu haben, führt kein Weg an der Dorferneuerung vorbei. Zur Zeit werden in Bayern in rund 2.000 Ortschaften mit insgesamt über 500.000 Einwohnern in über 600 Gemeinden Dorferneuerungsmaßnahmen durchgeführt. Eine große Zahl von Dörfern steht auf der Warteliste.

In allen Verfahren finden sich Frauen und Männer, die sich für ihre Dorfentwicklung engagieren und so ihre Verantwortung für ihre Heimat zum Ausdruck bringen. Engagement und staatliche Förderung können erst erfolgreich sein, wenn die Bevölkerung bereit ist, sich an der Gestaltung ihres Lebensraumes zu beteiligen und wenn diese Beteiligung auch zugelassen wird. Die Erfahrung zeigt: Wenn die Bürger mitreden und mitentscheiden können, tragen sie auch die Ergebnisse mit. Unter dem Motto „Mitdenken, Mitplanen,

Mitgestalten“ rufen wir die Bürgerinnen und Bürger in den Entwicklungsprozessen auf, mit ihren Ideen die Zukunft ihrer Heimat aktiv mitzugestalten.

Das bedeutet aber auch: Die Bürger müssen frühzeitig informiert und intensiv beteiligt werden. Und sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Dabei kommt den Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum, insbesondere den drei Schulen für Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten, Plankstetten und Klosterlangheim, eine wichtige Rolle zu.

2.5 Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Bei der Erarbeitung von integrierten Entwicklungskonzepten und ihrer Umsetzung, insbesondere durch die ländliche Entwicklung mit den Möglichkeiten der Bodenordnung, ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen beteiligten Fachstellen erforderlich. Dazu zählen neben den Gemeinden insbesondere die Verwaltungen in den Bereichen Straßenbau, Wasserwirtschaft und Naturschutz.

Viele Entwicklungsansätze können nur dann umgesetzt werden, wenn auch eigentumsrelevante Problemstellungen gelöst werden können. Jeder Kommunalpolitiker weiß doch um die Vielfalt der gemeindlichen Handlungsfelder: Verkehrserschließung und Hochwasserschutz, Biotopvernetzung und Tourismusinfrastruktur, Siedlungsentwicklung und Flächen für den Gemeinbedarf. Die Umgehungsstraße, das Rückhaltebecken, die Sportplatzenerweiterung, der Radweg – was nutzen die schönsten

planerischen Ideen und Konzepte, wenn es am Grund und Boden für die Umsetzung fehlt.

Die Bodenordnung in den Verfahren der ländlichen Entwicklung ermöglicht ein flächensparendes Boden- und Flächenmanagement. So können Landnutzungskonflikte eigentumsfreundlich, sozialverträglich und flächensparend gelöst werden. Gleichzeitig steigt die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ganz erheblich und häufig wird die gemeindliche Verkehrsinfrastruktur deutlich verbessert. Voraussetzung dafür ist natürlich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen beteiligten Fachstellen. Ganz im Sinne einer Public Private Partnership (PPP) werden wir die Zusammenarbeit auch mit privaten Auftragnehmern und Institutionen weiter intensivieren.

Die Verwaltungen müssen mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen zurechtkommen. Damit sie ihren Aufgaben auch bei steigenden Herausforderungen gerecht werden können, werden wir – ganz im Sinne einer Public Private Partnership (PPP) – die Zusammenarbeit mit privaten Auftragnehmern und Institutionen intensivieren.

3. Fazit und Ausblick

Wir setzen auf sehr vielfältige Ansätze zur eigenständigen Entwicklung des ländlichen Raumes. Der ländliche Raum muss auch in Zukunft in seiner Dynamik gefördert werden. Er darf nicht, wie von manchen gefordert, zu einem Anhängsel der Verdichtungsräume herabgestuft werden.

Für eine zielgerichtete und nachhaltige Förderung des ländlichen Raumes steht die Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung insgesamt. Deshalb haben wir alles daran gesetzt, die Kürzungen der EU – ursprünglich auf 46% veranschlagt – auf nunmehr 26% zu verringern. Es ist uns gelungen, im Bundesvergleich den bisherigen, überdurchschnittlich hohen Anteil von 30% der Mittel für Bayern zu erhalten.

Gleichzeitig setzen wir auch weiterhin über die Kofinanzierung hinaus Landesmittel für den ländlichen Raum ein. Ein voller Ausgleich der EU-Kürzungen ist zwar nicht möglich. Gleichwohl setzen wir alles daran, in meinem Zuständigkeitsbereich weiterhin die Politik einer umfassenden Landentwicklung zu verfolgen und zu intensivieren.

Das finanzielle Fundament der neuen Förderperiode 2007–2013 bilden die verfügbaren Gelder auf EU-, Bundes- und Landesebene. Derzeit erarbeiten wir die Programmplanung für den Zeitraum 2007–2013. Sie wird die Grundlage unseres Engagements und unserer Maßnahmen für den ländlichen Raum in dieser Zeitspanne sein. Nach derzeitigem Stand werden uns in der Summe

aus EU-, Bundes- und Landesmitteln in diesem Zeitraum von sieben Jahren insgesamt rd. 3,3 Mrd. € für die Maßnahmen aus der zweiten Säule zur Verfügung stehen.

Damit finanzieren wir die für den ländlichen so wichtigen Programme wie z.B. die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die Einzelbetriebliche Investitionsförderung, das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) sowie die integrierte ländliche Entwicklung mit Dorferneuerung und Flurneuordnung. Künftig ist aus diesem insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzvolumen auch die LEADER-Förderung zu bestreiten. Hieraus werde ich künftig auch Hauptmaßnahmen wie z.B. die Dorferneuerung finanzieren.

Klar ist: Mein Ressort mit seinen Geschäftsbereichen steht weiterhin in einer ganz besonderen, herausgehobenen Verantwortung für den ländlichen Raum. Der ländliche Raum prägt Bayern in besonderem Maße. Unsere Aufgabe ist es, die herrlichen Landschaften und unsere schönen Dörfer für die nachkommenden Generationen und die Zukunft unseres Landes zu erhalten und weiter zu gestalten.

Regionale und wirtschafts- politische Aspekte des demo- graphischen Wandels in Bayern

Erwin Huber

1. Grundlegende demo- graphische Trends

Das langjährige Geburtendefizit sowie der erfreuliche Anstieg der Lebenserwartung und die damit verbundene Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung wirken sich in vielen Bereichen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft spürbar aus. Bayern insgesamt wird auf Grund vergleichsweise günstiger Altersstruktur und anhaltender Wanderungsgewinne aber weniger stark betroffen sein als andere Länder der Bundesrepublik Deutschland:

- Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts wird für Deutschland bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen für das Jahr 2050 ein Bevölkerungsstand von 68,5 Mio. Einwohnern erwartet. Das ist ein Rückgang um knapp 17% gegenüber 2001. In Bayern wird die Einwohnerzahl bei dieser Annahme zur Außenwanderung zunächst bis etwa 2023 auf 12,8 Mio. ansteigen, um dann im Jahr 2050 wieder den Wert des Jahres 2000 mit etwa 12,2 Mio. zu erreichen. Gegenüber 2001 ist dies ein Rückgang um nur 0,8%.

- Dagegen entwickelt sich in Bayern die Altersstruktur analog dem Bundestrend. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen wird abnehmen. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter geht bis zum Jahr 2050 um ein Viertel zurück. Der Anteil älterer Menschen (60+) an der Gesamtbevölkerung wird sich spürbar von 24,4% im Jahr 2001 auf 33,7% im Jahr 2050 erhöhen. Die Zahl der 75- und Mehrjährigen wird um knapp 80% ansteigen.

Über die Zahl der Kinder entscheiden die Menschen, nicht der Staat. Maßnahmen zur kurzfristigen Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung stehen kaum zur Verfügung. Der demographische Wandel ist nur langfristig zu ändern: Selbst dann, wenn die Geburtenrate in Deutschland bis zum Jahre 2020 von derzeit rd. 1,4 auf 2,0 Kinder pro Frau zunähme und danach auf diesem Niveau bliebe, wäre das vorhandene Geburtendefizit erst ca. zwischen 2080 und 2090 wieder ausgeglichen. Zur langfristigen Beeinflussung und Steuerung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung eignet sich vor allem eine bevölkerungsrelevante aktive Familienpolitik. Wir müssen den jungen Paaren wieder die Freude am und mit dem Kind vermitteln. Unabhängig

davon müssen wir Konsequenzen aus dieser Entwicklung für die überschaubare Zeit ziehen.

2. Regionale Bevölkerungsentwicklung in Bayern

Die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung nach Regionen, Regionsgruppen und Regierungsbezirken verdeckt häufig den Blick auf die Teilräume, in denen der Bevölkerungsrückgang bereits heute ein Thema ist. In den letzten fünf Jahren waren 19 (20%) von 96 Stadt- und Landkreisen von Abnahmen betroffen. Aber erst auf der Gemeindeebene zeigt sich die Vielfalt der Bevölkerungsentwicklung in den Teilräumen Bayerns. 532 (26%) der 2056 Städte und Gemeinden in Bayern verzeichneten in diesem Zeitraum einen Bevölkerungsverlust.

Betroffen sind vor allem Gemeinden nahe der Landesgrenzen, insbesondere im nördlichen Niederbayern, der östlichen Oberpfalz und im nördlichen Unter- und Oberfranken, aber auch Gemeinden in den Landkreisen Ansbach und Donau-Ries sowie im Alpenraum. Dagegen überwogen im Umland der Städte München, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg und Landshut die Gemeinden mit starkem Bevölkerungswachstum. Durch das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Gemeinden halten sich die Auswirkungen auf die Infrastruktur in der Mehrzahl der Regionen in engen Grenzen.

3. Regionale Prognosen

Die Entwicklung der Bevölkerung in Bayern wird auch in Zukunft unter-

schiedlich verlaufen. Überdurchschnittlichen Bevölkerungszunahmen im Raum Regensburg – Ingolstadt – München stehen Verluste in den Landkreisen an den Außengrenzen Bayerns gegenüber.

Die erwartete Bevölkerungsentwicklung bis 2020 in der Landeshauptstadt München und im Landkreis Freising ist auch im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich. Auf der anderen Seite sind die Rückgänge in den Landkreisen in Nordostbayern überdurchschnittlich hoch. Die Wanderungsgewinne werden im Raum zwischen München und Augsburg am größten sein. Wanderungsverluste werden für vier Landkreise in Nordostbayern erwartet.

4. Ziele der Landesentwicklung zum demographischen Wandel

Die Beibehaltung des Leitziels „gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen“, die künftig verstärkte Gewichtung des „Vorhalteprinzips“ und das Festhalten am bewährten System der Zentralen Orte sind die zentralen Antworten der bayerischen Landesentwicklung auf den demographischen Wandel.

Konkret ist hierzu im Landesentwicklungsprogramm Bayern 2006 als grundlegende Festlegung die räumlich ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung des Landes und seiner Teilräume verankert. Daneben sollen gemäß Landesentwicklungsprogramm negative Folgen von altersstrukturellen Verschiebungen und Wanderungsbewegungen gering gehalten und einer überproportionalen Zuwanderung entgegengewirkt werden.

Die vorhandene Zuwanderung soll so gesteuert werden, dass sie zur Sicherung des ökonomischen Gewichts des Landes und der regionalwirtschaftlichen Stabilität seiner Teilräume beiträgt.

Es liegt auf der Hand, dass zur Verwirklichung dieser Festlegungen ein bedarfsgerechtes und wohnortnahes Infrastrukturangebot zur Daseinsvorsorge – im Sinne der angesprochenen „gleichwertigen Lebensbedingungen“ – gerade auch in den peripheren, dünner besiedelten Räumen gesichert werden muss. Hierzu ist im neuen Landesentwicklungsprogramm das Vorhalteprinzip noch stärker gewichtet worden. Ziel ist es, Versorgungseinrichtungen wie z.B. Schulen oder Kindergärten, im Rahmen der vorhandenen Handlungsspielräume „zu halten“, auch wenn diese nicht mehr voll ausgelastet sein sollten.

Angesichts der auch künftig begrenzten öffentlichen Finanzmittel wird es – unter Auslastungsgesichtspunkten – jedoch auf verstärkte Vernetzungen und Kooperationen der Infrastruktureinrichtungen ankommen. Im Landesentwicklungsprogramm ist das wichtige Prinzip der Kooperation und Vernetzung – insbesondere von Kommunen bzw. Teilräumen untereinander – gerade auch mit Blick auf die mit dem demographischen Wandel verbundenen Herausforderungen nach wie vor fester Bestandteil.

Das Grundgerüst zur Sicherung der Daseinsvorsorge im ganzen Land ist und bleibt das bewährte System der Zentralen Orte. Deren Stützpunktfunktionen werden sich im Hinblick auf den demographischen Wandel noch verstärken. Sie bündeln z.B. als „Marktorde“

wirtschaftliche Tätigkeiten und als Siedlungskerne öffentliche Versorgungsinfrastruktur in zumutbarer Entfernung. Sie liegen verkehrsgünstig und sind in der Regel durch die Ausrichtung der öffentlichen Verkehrsnetze gerade auch für ältere Menschen, die verstärkt auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, gut erreichbar.

Neu ist im gerade beschlossenen Landesentwicklungsprogramm das Vorrangprinzip. So haben die ländlichen Teilräume, deren Entwicklung im besonderen Maße gestärkt werden soll, also die schwach strukturierten Räume, Vorrang bei einschlägigen staatlichen Aktivitäten zur Gewährleistung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zu Gunsten des strukturschwachen ländlichen Raums besteht damit bei gleich gelagerter fachlicher Notwendigkeit Priorität gegenüber den übrigen Teilräumen des Landes bei

- Planungen und Maßnahmen zur Versorgung mit Infrastruktur,
- der Abgrenzung von staatlichen und EU-Fördergebieten,
- staatlichen und EU-Fördermaßnahmen und
- der Verteilung der Finanzmittel.

Das bedeutet jedoch nicht, dass in anderen Teilräumen keine Investitionen mehr getätigt werden. So wird etwa Hochwasserschutz weiterhin dort betrieben, wo er notwendig ist, unabhängig von der Lage im strukturschwachen Raum, im Verdichtungsraum oder im sonstigen ländlichen Raum.

In Umsetzung der Festlegungen des Landesentwicklungsprogramm als Kernelement des klassischen Instrumentariums der Landesentwicklung tragen

auch die „weichen“ Instrumente wie teilräumliche Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement/Regionalmarketing zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen bei. Diese Instrumente kommen überwiegend in den strukturschwachen, peripheren ländlichen Teilräumen zum Einsatz und befördern dort – von den Kommunen angestoßen und getragen – deren Entwicklung und Stärkung.

5. Wirtschaftspolitik bei alternder und schrumpfender Bevölkerung

Die zentrale Herausforderung des demographischen Wandels für die Wirtschaftspolitik in Bayern und Deutschland besteht in der langfristigen Sicherung des Wirtschaftswachstums.

Die Alterung des Erwerbspersonenpotenzials kann sich negativ auf die kontinuierliche Modernisierung der Wirtschaft und das Hervorbringen von Innovationen auswirken und damit die allgemeine Wirtschaftsdynamik verlangsamen. Dem ist durch eine offensive Inventions- und Innovationspolitik entgegenzuwirken. Damit neue Unternehmen im notwendigen Umfang entstehen, müssen auch die Gründungspotenziale bislang eher gründungsferner Gruppen der Erwerbsbevölkerung – etwa der Frauen, der Älteren und der Migranten – in Zukunft noch stärker ausgeschöpft werden.

Um die wachstumsdämpfenden Effekte der demographischen Entwicklung abzumildern, ist es erforderlich, über eine noch bessere Nutzung der vorhandenen Qualifikationspotenziale aller Bevölkerungs- und Altersgruppen

die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern. Hierzu muss u.a. die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen erhöht werden. Das um Weiterbildung ergänzte Erfahrungswissen, die Fähigkeiten und die Potenziale der älteren Generation für Wirtschaft und Gesellschaft können nicht hoch genug eingeschätzt werden und müssen weit mehr als bisher in den Unternehmen verbleiben und zum Einsatz kommen. Darüber hinaus müssen die Begabungen und Stärken im gesamten Bildungsbereich – von der frühkindlichen Bildung über die Allgemeinbildung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung – noch gezielter und effektiver gefördert und zur Entfaltung gebracht werden. Dem „Lebenslangen Lernen“ kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls herausragende Bedeutung zu.

Geburtenrückgang und Alterung der Bevölkerung werden das Problem der Arbeitslosigkeit nicht automatisch lösen. Bezeichnenderweise hat sich in denjenigen europäischen Regionen, in denen die Bevölkerung bereits abnimmt, keineswegs automatisch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit eingestellt. Daher kann und darf der absehbare demographische Wandel nicht zur Rechtfertigung für das Unterlassen notwendiger Reformen zur Flexibilisierung der Arbeitsmärkte herangezogen werden.

Viele der genannten Maßnahmen können und müssen gerade auch auf regionaler Ebene ergriffen und unterstützt werden. Gerade in den Kommunen bestehen Handlungsmöglichkeiten, den Ausschöpfungsgrad des Erwerbspersonenpotenzials durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor Ort, z.B. über ein gut ausgebautes

Netz an Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche, zu erhöhen.

Die Zukunftsfähigkeit der strukturschwächeren ländlichen Räume im de-

mographischen Wandel zu sichern, wird einen der wesentlichen Schwerpunkte der Politik der Bayerischen Staatsregierung in den kommenden Jahren bilden.

Neues Denken für eine positive Zukunft – Die Zeichen unserer Zeit

Markus Sackmann

1. Einführung

Lange Zeit sorgte vor allem der landwirtschaftliche Strukturwandel für Veränderungen in den ländlichen Räumen. Immer deutlicher wirken sich Entscheidungen wie die EU-Erweiterungen und die Globalisierung der Märkte auf die ländlichen Räume aus. Überlagert werden diese Entwicklungen heute durch weitere Herausforderungen wie z.B. die Demographische Entwicklung, das Entstehen von Metropolregionen und Clustern und das Problem knapper öffentlicher Haushalte.

So beginnen viele Artikel, Konzepte u.s.w. Der ländliche Raum ist vielfach analysiert und es werden auch viele Prognosen gestellt. Offen bleibt oft die Frage nach der Strategie und den Handlungsansätzen, damit eine Prognose gerade eben nicht eintritt. Die ländlichen Räume in Bayern sind gekennzeichnet von einem hohen Potenzial an Landwirtschaft, Natur, Bürgerkultur usw. Die Menschen können dort leben, wo an-

dere Urlaub machen. Immerhin ist Bayern das Urlaubsland Nr. 1 in Deutschland. Dennoch erfordert der ländliche Raum unsere volle Aufmerksamkeit, um die Wertschöpfung in den Regionen zu verbessern, die Attraktivität für Familien zu erhöhen und unsere Kultur in jeglicher Hinsicht zu erhalten. Das Leben auf dem Land ist geprägt von einer Vielzahl, teils vernetzter Anforderungen und Kompetenzen. Dieses Potenzial sollte genutzt werden. Wir müssen daher in der Politik versuchen, die Rahmenbedingungen weiterhin so zu gestalten, dass wir die Ziele im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich für ganz Bayern erreichen. Es ist keine zufällige Auswahl der Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung. Diese drei Bereiche in einem ausgewogenem Verhältnis machen deutlich, an welchen fachlich-inhaltlichen Schwerpunkten wir arbeiten und unseren erfolgreichen bayerischen Weg fortsetzen müssen. „Ausgewogen“ bedeutet in diesem Zusammenhang auch, dass Kooperation notwendig ist.

2. Ergebnisse in den peripheren Gebieten

Nach wie vor gibt es einerseits wirtschaftsstarke Regionen, gerade im Bereich der Verdichtungsräume, andererseits strukturschwächere, zumeist periphere Gebiete, die durch geringe Bevölkerungsdichte, Abwanderung und relativ niedrige Einkommen gekennzeichnet sind, zugleich aber auch ihre besonderen regionalen und örtlichen Stärken aufweisen wie beispielsweise im sozialen und kulturellen Bereich. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, z.B. im Ehrenamt, hat große Bedeutung. Mit dem „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ gibt es hier eine landesweite Servicestelle für Fragen rund um das Ehrenamt. Genauso muss die Kultur als Alleinstellungsmerkmal weiter als Stärke gefördert werden.

Die Schwächung der ökonomischen Leistungsfähigkeit im ländlichen Raum hat eine Grundlage in der mangelnden Verflechtung zwischen Stadt und Land im Bereich der wirtschaftlichen Investitionen, Produktivität und Beschäftigung. Die Verdichtungsräume sind erfolgreich organisiert und immer weniger auf die eigenständigen Produktionen der ländlichen Regionen angewiesen. Beispielsweise sei hier die Produktion der Agrarwirtschaft genannt. Die Nahrungsmittelversorgung ist mehr und mehr unabhängig von den herkömmlichen regionalen Produkten organisiert. Weitgehend abgekoppelt verlaufen auch die Textil-, Holz- und Lederverarbeitungsbranche und auch die damit verbundene Beschäftigung. Ebenso sind zahlreiche handwerkliche Tätigkeiten traditionell in ländlichen Regionen verbreitet, ihre Produkte werden

jedoch häufig in den Ballungsräumen durch ausländische Billigimporte ersetzt.

Schwierig für den ländlichen Raum wird voraussichtlich auch die erwartete demographische Veränderung wie Einwohnerverluste, Geburtenrückgang und Überalterung. Dies führt zur Entleerung von Ortskernen und damit zu Problemen mit der Infrastruktur. Leer stehende Wohngebäude, schlechte Verkehrsanbindungen, Zusammenlegung von Schulen und Behörden und damit weitere Anfahrtswege, ein geringeres Angebot an Dienstleistungen in der medizinischen Versorgung, im Einzelhandel usw. Die Folgen für die kommunale Selbstverwaltung seien hier gar nicht erwähnt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die erwartete demographische Entwicklung gerade die ländlichen Räume vielfältig schwächt. Wirtschaftlich, sozial und kulturell erfolgt ohne Gegenmaßnahmen eine regional unterschiedliche Abwärtsbewegung. Offen bleibt die Fragestellung, was dann mit unserer Kulturlandschaft passiert? Wir müssen uns unserer Stärken bewusst werden und sie gezielt für die weitere Entwicklung unserer ländlichen Regionen einsetzen. Ein starker ländlicher Raum ist ein Anliegen von allen, von Stadt und Land, Verdichtungsraum und peripherem ländlichen Raum.

3. Unser Potenzial

Innovation ist der Motor der bayerischen Wirtschaft. Wie die Zahl der angemeldeten Patente belegt, hat Bayern ein großes Potenzial an innovativen und kreativen Ideen. Die eigentliche

Herausforderung liegt dabei in der Umsetzung dieses Potenzials und in der Verfügbarkeit von ausreichendem und qualifiziertem Personal, gerade im ländlichen Raum. Wie wird sich die Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit, die Lohnstruktur oder beispielsweise die Selbstständigkeit entwickeln? Ein lebhaftes Unternehmensgründungsgeschehen ist äußerst wichtig für die Vielfalt der Wirtschaft, für den Erhalt der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und für einen funktionierenden Strukturwandel in allen Bereichen.

Gerade eine Zentralisierung und wirtschaftliche Konzentration auf Ballungsräume führt zu den Problemen der ländlichen Räume. Die Betriebe stehen im weltweiten Wettbewerb und konzentrieren ihre Aktivitäten meist auf die Ballungsräume und neuerdings auf Metropolregionen. Der Freistaat Bayern unterstützt mit seinem Landesentwicklungsprogramm die strukturschwachen ländlichen Räume als Vorranggebiete. Fraglich ist aber, ob mit raumpolitischen Maßnahmen die prognostizierte demographische Entwicklung abgemildert werden kann oder ob letztlich eine rein strukturelle Anpassung erfolgt. Dies ist ohne Frage äußerst wichtig, aber reicht dies aus? Stärkt eine Metropolregion die ohnehin wirtschaftsstarken Verdichtungsräume? Wird dadurch der periphere ländliche Raum noch mehr geschwächt? Die Entleerung ganzer Landstriche über einen längeren Zeitraum führt zur Aufgabe der Landbewirtschaftung, zur Verbuschung und zu Brachflächen. Wie stellt sich der Flächenverbrauch in den Verdichtungsräumen dar? Wie können wir Dörfer, Ortschaften und damit einen wichtigen Teil unserer Kultur erhalten? Die Innenentwicklung unserer Orts-

kerne stellt uns vor eine große Aufgabe. Was passiert mit unserer Wasserversorgung, mit unserer Lebensmittelversorgung und infolge mit der Qualität unserer Lebensmittel? Welche Rolle spielt die Landwirtschaft und wie entwickeln sich die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum?

Viele Fragen, auf die man nicht einfach eine Antwort geben kann.

Der ländliche Raum mit einer flächendeckenden Landbewirtschaftung bietet eine immense Vielfalt an marktfähigen und nicht marktfähigen Leistungen. Insbesondere die nicht marktfähigen Leistungen, z.B. die Bereitstellung von sauberem Wasser, von der Vielfalt von Pflanzen und Tieren und von attraktiven Landschaften wird in unserer Gesellschaft nur unzureichend honoriert. Gerade im ländlichen Raum gibt es in diesem Bereich noch eine Menge Ressourcen. Wir müssen diese vorhandenen Ressourcen nutzen, die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Potenziale in allen ländlichen Teilräumen stärken und die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, zur Stärkung der Eigenkräfte der Region beizutragen. Zum Beispiel liegt ein großes Potenzial im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Können wir es uns in diesem Zusammenhang leisten, auf eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu verzichten? Eher nicht! Landwirtschaftliche Produkte in ihrer ganzen Bandbreite in Verbindung mit einer regionalen Weiterverarbeitung dieser Produkte, Handwerksbetriebe, regionale Wirtschaftskreisläufe, eine aktive Bürgergesellschaft und die natürlichen Ressourcen sind die Hauptpotenziale im ländlichen Raum. Diese gilt es zu nutzen und mit den wirt-

schaftsstarke Regionen zu vernetzen. Wir müssen dabei alle Zielgruppen, auch die außerhalb der Landwirtschaft anstreben.

4. Unsere Handlungsansätze

Die Überlagerung der verschiedenen, bereits genannten Herausforderungen erfordert zukünftig noch gezielteres und effektiveres, sektorübergreifendes Denken und Handeln, integrierte Projekte und Programme sowie Netzwerke. Regionale Wertschöpfungspotenziale sind zu erhöhen, Wertschöpfungsketten zu entwickeln und zu fördern. Dazu hinterfragen wir auch unsere bisher erfolgreichen Instrumente und forcieren ihre Neuausrichtung.

4.1 Allianz Bayern Innovativ-Cluster-Offensive

Die „Allianz Bayern Innovativ“ bietet mit ihren Clustern hervorragende Chancen für eine positive Entwicklung in allen Regionen Bayerns. Durch eine wertschöpfungsorientierte und interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie Forschungs- und Entwicklungskooperationen entstehen Innovationen, Produktivitätsverbesserungen und schließlich wirtschaftliche Erfolge. Durch eine Netzwerkbildung innerhalb der Cluster, aber auch der einzelnen Cluster untereinander, können Standortnachteile ausgeglichen werden. Gerade in der regionalen Netzwerkbildung in allen Bereichen kann eine höhere Innovationsdynamik, eine Steigerung der Produktivität und damit eine Bindung von attraktiven Wertschöpfungsketten in der Region erreicht werden. Dafür gibt es bereits hervorragende Beispiele im

ländlichen Raum. Vor allem in einer erfolgreichen Clusterkooperation liegt also der Schlüssel für die erfolgreiche Entwicklung.

4.2 Landwirtschaft

Netzwerke zwischen der Land- und Ernährungswirtschaft, die nach wie vor der wesentliche Pfeiler der Wirtschaft und für die Gesellschaft in den ländlichen Räumen sind, sowie dem Handwerk und dem Mittelstand, bieten vielfältige Möglichkeiten für regionale Märkte und für eine Erhöhung der Wertschöpfung. Die Wettbewerbsfähigkeit einer flächendeckenden, vielfältigen, nachhaltigen Landbewirtschaftung, die die natürliche Ertragsfähigkeit des Bodens, den Schutz der natürlichen Ressourcen und die Erzeugung hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte gewährleistet, soll dauerhaft gestärkt werden. Gerade hier sind funktionierende Wertschöpfungsketten in der Region für unsere Gesellschaft äußerst wichtig. Regionalmarketing und regionale Wirtschaftskreisläufe sind hier die Stichworte.

Bisher werden im ländlichen Raum vorrangig unverarbeitete Rohstoffe bereitgestellt und die Wertschöpfung und die dadurch erreichten Beschäftigungseffekte bei der Veredelung dieser Rohstoffe anderswo erzielt. Die Landwirtschaft muss sich, um aktiv zur Regionalentwicklung beizutragen, permanent verändern und das Besondere ihrer regionaltypischen Produkte gegenüber den globalisierten Agrarprodukten herausstellen. Sie braucht eine stärkere Vernetzung und Verbindung zu vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen in der Region. Daneben könnte

unsere Landwirtschaft verstärkt an außerlandwirtschaftliche Sektoren in der Region anknüpfen und sich dort neue Märkte erschließen. Beispielsweise sei hier der Bereich der erneuerbaren Energien, Gastronomie und Tourismus, Naturschutz, Landschaftspflege, Gesundheit und Wellness genannt. Langfristig wird die Erzeugung standardisierter Agrarrohstoffe für eine flächendeckende Landwirtschaft in Bayern wohl nicht ausreichen. Eine flächendeckende Landbewirtschaftung sichert uns unsere abwechslungsreiche und attraktive Kulturlandschaft. Die landschaftliche Schönheit wird von den Urlaubern in Bayern als Auswahlkriterium genannt. Über 70 Millionen Gästeübernachtungen im Jahr 2002, rund 27 Milliarden Umsatz und ca. 330.000 Arbeitsplätze sprechen für sich.

4.3 Integrierte Entwicklung des ländlichen Raums

Durch die Aktivierung von Verantwortungsgemeinschaften zwischen Bürgern, Wirtschaft, Politik und Verwaltung können Konzepte initiiert werden, die das Bürgerengagement fördern und intensive Kräfte, z.B. Ressourcen im Sinn von Public Private Partnership (PPP), stimulieren. Heute spricht man auch von Public Citizen Partnership (PCP). Hier müssen wir selbstverständlich die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Es gibt kein Pauschalrezept für die Entwicklung des ländlichen Raums. Regionspezifische Herausforderungen benötigen regionsspezifische Handlungskonzepte. Zur Umsetzung dieser Konzepte ist ein eigenes Prozess- und Projektmanagement unabdingbar. Es erscheint

Erfolg versprechend, diese regionalen Handlungskonzepte in Verbindung mit einem regionalen und vor allem mit einem ressortübergreifenden Management umzusetzen. Dabei sind jeweils die besonderen sozial-räumlichen Verhältnisse samt den sozialen und institutionellen Fähigkeiten in der Region zu beachten. Der Installation eines derartigen Managements ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bietet mit der integrierten ländlichen Entwicklung ein hervorragendes Instrument für eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum an.

Typische Entwicklungsstrategien einer Region können geplant und umgesetzt werden. Kooperationen zur Einkommensdiversifizierung oder zur Schaffung von zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten stehen u.a. im Mittelpunkt.

Mit dieser Politik verfolgen wir insbesondere folgende Ziele:

- Steigerung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Kleinen und Mittleren Unternehmen im ländlichen Raum,
- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und multifunktionale Land- und Forstwirtschaft, die vor Ort befindliche Ressourcen nutzt und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützt,
- die Entwicklung von Zukunftsperspektiven zur Stärkung der Attraktivität, Vitalität und der Wirtschaftskraft des ländlichen Raums,
- Unterstützung von Wachstumspotenzialen im ländlichen Raum,

- gemeinsame Erarbeitung maßgeschneiderter Lösungen unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Identität und Bedürfnisse, z.B. in den Bereichen Schule, Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen und ÖPNV,
- Aufbau echter Schnittstellen zwischen Unternehmen, Forschung und Entwicklung sowie Bildungseinrichtungen,
- strategische und marktorientierte Ausrichtung von Innovationsprozessen,
- Initiierung von technologieorientierter Zusammenarbeit zwischen Unternehmen durch den Aufbau aktiver, branchenübergreifender Netzwerke und
- den Aufbau von kundenorientierten Dienstleistungsangeboten zur Unterstützung von Wirtschaft und Wissenschaft.

5. Fazit

Die verschiedenen Ressorts agieren gebündelt durch ein regionales Manage-

ment für den ländlichen Raum nicht nur im Hoheitsvollzug und als Geldgeber, sondern auch als Ideengeber und Netzwerkarchitekten. Eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Politik, Gemeinden, Bürgern und Behörden leistet dabei einen erheblichen Beitrag zur Netzworfbildung durch Aktivierung von privat-öffentlichen Partnerschaften in jeglicher Ausprägung und damit zur Erhöhung der sozialen Bindungen im ländlichen Raum.

Eine zentrale Verknüpfungsstelle sowie eine Koordinierungsstelle auf operativer Ebene ist einzurichten, um die Förderpolitik und Fördermittel zu koordinieren. Wir haben viele hervorragende Konzepte und Handlungsansätze. Wenn es uns jedoch gelingt, über ein entsprechendes Management unsere personellen und finanziellen Ressourcen besser zu nutzen und effektiver und effizienter einzusetzen, „alte Zöpfe“ abzuschneiden und ressortübergreifender zu denken und zu handeln, dann wird unser ländlicher Raum eine positive Zukunft haben.

Die Zukunft der ländlichen Regionen: Chancen und Leistungsstärken Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern

Holger Magel

1. Ländliche Räume in Bayern – wie gut geht es ihnen?

1.1 Der ländliche Raum – ein gedankliches Kunstprodukt?

Politiker werden natürlich nicht gewählt, wenn sie dem Volk erklären, dass es woanders noch viel schlechter sei, weshalb man doch bitteschön zufrieden(er) sein möge. Umgekehrt gilt aber sehr wohl, dass man auf „bessere“ Länder starrt oder das Erreichen dortiger Standards (siehe Pisa-Studie oder wirtschaftliche Wachstumsraten etc.) im Zeichen von Globalisierung und internationalem Benchmarking zum Maß der Dinge macht. Sieht man auf die Situation der ländlichen Räume in der Welt, entweder in Form persönlicher Besuche oder durch Berichte der Medien, Entwicklungsexperten von Staat, Fachinstitutionen (z.B. der Hanns-Seidel-Stiftung) und NRO oder durch Teilnahme an UN- und anderen Weltkonferenzen, so erscheint die Situation der ländlichen Räume in Deutschland und erst recht in Bayern immer noch recht paradiesisch. Wir kennen hier zu Lande keine massenhafte Migration vom Land in die Stadt (vom Sonderfall der neuen Bundeslän-

der natürlich abgesehen, wo sowohl von Stadt und Land in den Westen abgewandert wurde) mit der Folge riesiger Slumbildung und städtischer Armut. Wir kennen auch keine illegalen Landbesetzungen oder gar staatlichen, kommunalen und privaten Landraub bzw. gewaltsame Landvertreibungen von Bauern, wir haben auch – zumindest im Westen – keine Abraumwüsten des Bergbaus und schließlich auch keine nennenswerten Verseuchungen von Grundwasser und Oberflächengewässern etc. So gesehen geht es uns in Deutschland immer noch recht gut. Aber auch wir haben schwer wiegende Probleme, die allerdings anderer Natur sind und im Gegensatz zu sofort sichtbaren Problemen in der Dritten Welt oder in Reformländern erst nach einer 20- bis 30-jährigen Inkubationszeit und nach einem jahrelangen allzu sorglosen Wegschauen der deutschen Öffentlichkeit nun mit voller Wucht angekommen sind wie z.B. der demographische Faktor.

Jedenfalls reagiert man auf diese oder jene Probleme mit vielfältigen Programmen und Aktivitäten. Auf internationaler Bühne ist – neben den schon lange bestehenden Bemühun-

gen der UN-FAO – das Thema ‚Ländlicher Raum‘ nun auch auf der Ebene der UN-Vollversammlung angekommen (siehe vor allem den Weltgipfel in Johannesburg 2002) mit der Folge vielfacher Beschäftigung seitens der einzelnen UN-Behörden und Kommissionen wie z.B. UN-Habitat, UNEP etc.; auf internationaler Länderebene sticht vor allem das spektakuläre Beispiel China hervor, das nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der ländlichen Räume nun verzweifelt versucht, Überlebensstrategien für die ländlichen Räume mit ihren rd. 800 Mio. Menschen zu entwickeln. Auf europäischer und damit auch deutscher/bayerischer Ebene gibt es seit 1990 zunächst räumlich und finanziell eher eingeschränkt, nun nur noch finanziell beschränkte Bestrebungen zur ländlichen Entwicklung. Folgt man dem Echo oder der Nachfrage der auf die deutsche und bayerische Ebene herunterdeklinierten und zum Teil ergänzten Programme (die Zauberworte heißen LEADER, Strukturfonds wie EAGFL oder EFRE, Verordnung 1257/1999, Agenda 2000, ELER) und vertraut man den verkündeten Erfolgen dieser Politik, so verwundert etwas, wie dennoch z.Z. geradezu hochkonjunkturartig der ländliche Raum in einer Krise gesehen wird.

Entsprechend hektisch reagierten und reagieren Politik und Verbände. Eine „Ländlicher Raum-Tagung“ jagt die andere, und man sieht sich gerade in Bayern dabei in trautem alpenländischem Verbund, wo bislang Udenkbares nun laut formuliert wird, z.B. beim Österreichischen Gemeindetag 2006, wo vom „schleichenden Tod des ländlichen Raumes“ gesprochen wird (obwohl doch anerkanntermaßen Österreich beim Europäischen Strukturfi-

nanzpoker sehr viel für die ländliche Entwicklung herausgeholt hat) oder in der Schweiz, wo das Wirtschafts magazin Facts seit langem an den Grundfesten schweizerischer Agrar- und Ländlicher-Raum-Politik rüttelt, von der „Rettung aus Zürich: Nur ein starkes Zentrum bringt die Schweiz aus der Krise“ spricht und eine Diskussion in Gang gesetzt hat, die in der Metapher vom „unrentablen ländlichen Raum“ gipfelt.¹ Auch in Bayern sprechen die Präsidenten des Bayerischen Städtetags längst davon, dass der ländliche Raum ja nur noch ein „gedankliches Kunstprodukt“ und alles doch längst Stadt (region) sei (so Deimer bereits 1998 und nun auch Schaidinger 2006).

1.2 Bayern steht noch verhältnismäßig gut da

Es soll hier nicht weiter vertieft werden, ob nun der ländliche Raum in Bayern ein gedankliches Kunstprodukt ist oder nicht – die Bayerische Staatsregierung und der Landtag werden sich wohl etwas dabei gedacht haben, als sie das neue LEP 2006 beschlossen und darin den ländlichen Raum, allerdings in vielfältig differenzierter Form, neuerlich festgeschrieben haben. Gleichwohl mag hierzu noch die zweifach unabhängige Stimme (weil emeritierter Professor und Wissenschaftler sowie Schweizer) der Raumordnungseminenz Prof. Martin Lendi von Interesse sein. Er konstatiert: „Bayern weist auf alle Fälle einen deutlich erkennbaren ländlichen Raum aus, der diesen Namen verdienen mag“.²

Nähert man sich nun der Frage, wie Bayerns ländliche Räume im Vergleich zu anderen Bundesländern abschnei-

den, kann man sich sogenannter objektiver Daten, z.B. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) beispielsweise aus den Bereichen der Daseinsgrundfunktionen sowie der subjektiven Ergebnisse aus Befragungen von Wirtschaftskreisen und Bevölkerung durch McKinsey, Prognos etc. bedienen. Vielfach hängen ja beide – objektive Daten und subjektive Einschätzungen – zusammen. Die BBR-Untersuchung „LebensRäume“ hat ergeben, dass die abgefragte „Zufriedenheit mit dem eigenen Leben“ letztlich von den wirtschaftlichen (und weniger von standortlichen oder sozialen) Bedingungen abhängig ist³, ganz besonders natürlich in den neuen Bundesländern. Aber warum nicht auch in Oberfranken?

Aus den erfreulicherweise dichten Daten und Ergebnissen (allerdings macht es stutzig, dass es im Grunde genommen immer die gleichen Erheber sind)

lassen sich holzschnittartig folgende Aussagen treffen:

- Bezüglich der (sicherlich wahlpolitisch relevanten) Einschätzung der Lebensqualität stehen Bayerns ländliche Räume gut da, wenn es auch ein leichtes Nord-Süd-Gefälle gibt. Nordost-Bayern gibt allerdings Anlass zur Sorge (mehr Informationen siehe „Perspektive Deutschland – eine Initiative von McKinsey, Stern, ZDF und AOL“).
- Auch bezüglich erfolgter und prognostizierter Beschäftigungsentwicklung in den Leitbranchen (hier allerdings mit regionalen Schwächen, nicht nur in Oberfranken) oder bezüglich Wanderungssalden (außer Nordost-Bayern) steht Bayern deutschlandweit recht gut da. Überraschend mag sein, dass auch die Großräume Bremen, Hamburg, Kiel und die Rheinschiene Bonn bis Mainz erhebliche Wanderungsgewinne aufweisen.

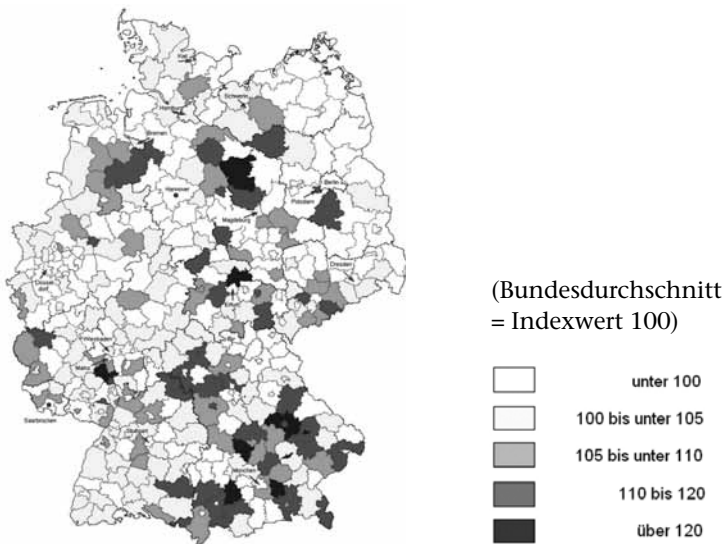


Abb. 1: Beschäftigungsentwicklung in den 14 Leit- und Wachstumsbranchen 2000–2004. Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2006; Dynamik-Karte.

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen Prognos.

Was aber zu denken gibt, ist der Blick auf die Anzahl der Top 25-Platzierungen in den 14 Leit- und Wachstumsbranchen der Prognos-Studie (Maschinenbau, Metallindus-

trie, Automobilbau, chem. Industrie etc.) im bundesdeutschen Vergleich: Hier rangieren Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vor Bayern.

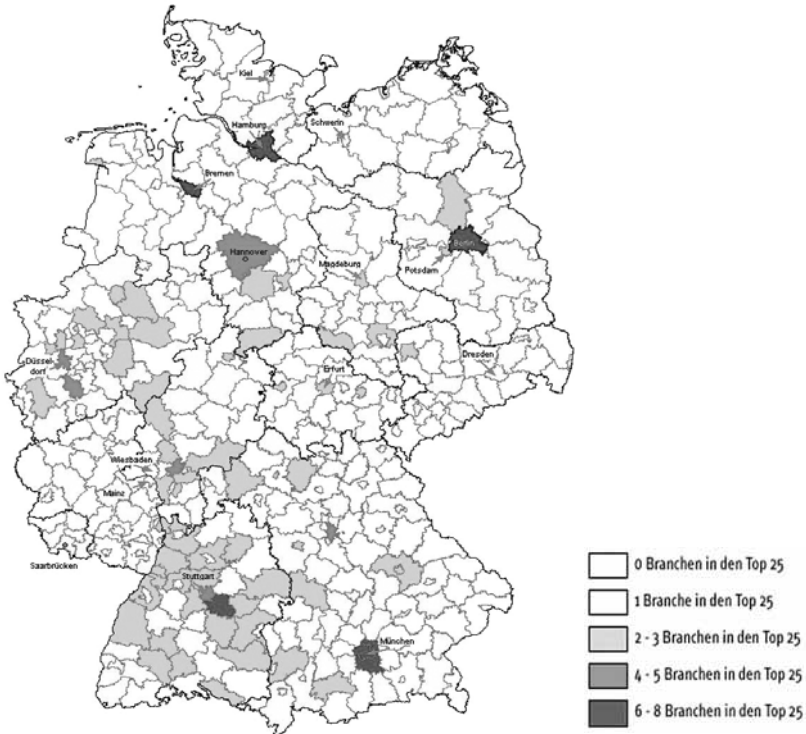


Abb. 2: Anzahl der Top 25-Platzierungen in den 14 Leitbranchen.

Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2006, Top 25-Karte.

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen Prognos.

Dies bestätigt auch die Auswertung der regionalen Bedeutung der Branchen (Spezialisierungsgrad) in den 14 deutschen Leitbranchen: Die Zahl der Beschäftigten in diesen Zukunftsbranchen ist in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erneut eindeutig höher (siehe Abb. 3: Regionale Bedeutung der Branchen (Spezialisierungsgrad)). Nachdem ein Kausalzusammenhang zwischen Lebenszufrie-

denheit und wirtschaftlicher Situation besteht, ist trotz allgemein bekannter Bedeutung der in Bayern reichlich gegebenen „weichen“ Standortfaktoren stark auf diese „harten“ Aspekte zu achten. Eine progressive, auf die Zukunftsbranchen setzende Wirtschaftspolitik ist also von allergrößter Priorität, sie muss aber die Lebenschancen der ländlichen Räume mit berücksichtigen.

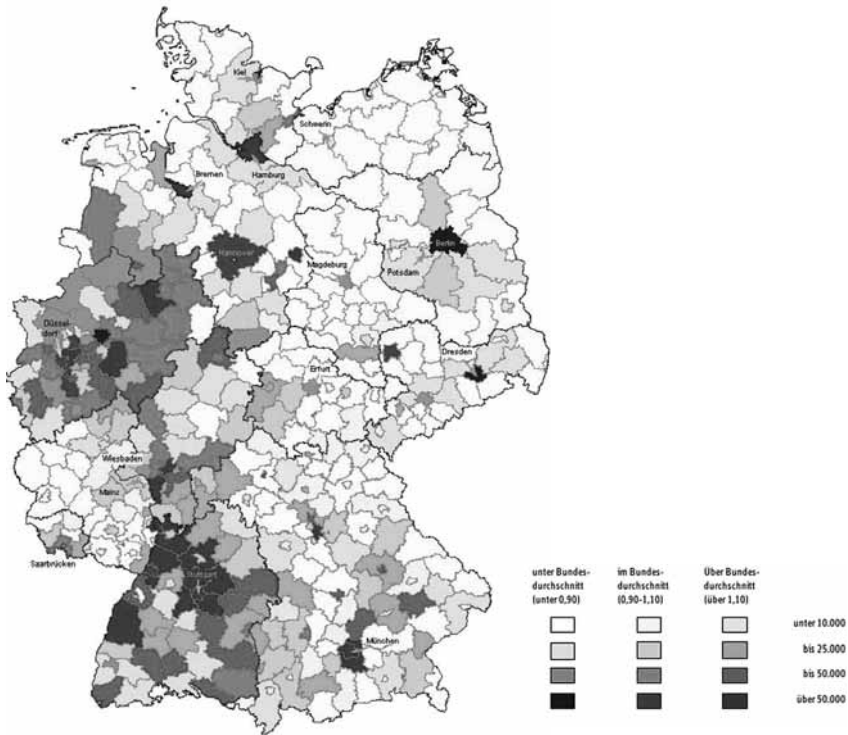


Abb. 3: Regionale Bedeutung der Branchen (Spezialisierungsgrad).

Beschäftigte 2004 in den 14 deutschen Leitbranchen.

Quelle: Prognos Zukunftsatlas 2006, Stärke-Karte.

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen Prognos.

- Bezüglich Überalterung der Bevölkerung 2002–2020 weist Bayern keine Abweichungen von den alten Bundesländern auf: Es gibt auch hier kleinräumig wechselnde Unterschiede zwischen den Gemeinden, was zu einem, inzwischen ja bereits gestarteten, scharfen Wettbewerb um den einzelnen Bürger, um Familien mit Kind unter Gewährung großzügiger „Ansiedlungsgeschenke“ (früher wurde das Gewerbe damit bedacht, jetzt sind es die Familien) geführt hat und weiter führen wird.
- Überalterung der Bevölkerung, weniger Kinder, weniger Kaufkraft füh-

ren regional und kleinräumig zu Tragfähigkeitsproblemen in den Bereichen Bildung (Grundschulen!), Gesundheit, soziale Einrichtungen und Verkehr. Auch hier ist Bayern ganz „normal“ im Vergleich zu den alten Bundesländern – aber es droht ein politisch relevantes Gefälle innerhalb Bayerns, was dem ja immer noch hoch gehaltenen Grundsatz der „gleichwertigen Lebensbedingungen“ zuwiderlaufen mag. Hieraus entwickelt sich – vor allen Dingen auch im Hinblick auf die allseits geforderte und geförderte Unterstützung von Metropolregionen, Clustern etc., die bisher über-

wiegend städtischen Räumen zugute kommen – landes- und kommunalpolitischer Zünd- und Sprengstoff.

- Es ist höchst besorgniserregend, dass die erwarteten Leerstandsrisiken im vermieteten Geschosswohnungsbau – die landwirtschaftlichen Gebäude wurden leider von der BBR-Prognose nicht erfasst, dürften aber noch dramatisch höher liegen, weil auch sie eine Inkubationszeit aufweisen und noch nicht sofort aufrütteln – wieder in den Sorgenregionen der bayerischen ländlichen Räume, nun aber auch in Westmittelfranken, Schwaben und Bayerischem Wald liegen. Hier stellt sich überdeutlich die Aufgabe der Vitalisierung der Stadt- und Dorfkern durch Innenentwicklung (mit Hilfe von Stadt- und Dorferneuerungsprogrammen etc.) an Stelle von Außenentwicklung. Aber gerade auch hier braucht man den viel zitierten „change of mind“ bei Kommunalpolitikern, Investoren und Bürgern.

Bezüglich sonstiger deutschland- und bayern-spezifischer Daten und Rückschlüsse sei auf die weiteren Beiträge in diesem Heft verwiesen. Fest zu halten ist, dass auch Bayern Grund genug hat, forciert eine zukunftsorientierte Politik für die ländlichen Räume weiterzuentwickeln.

2. Zukunft der ländlichen Regionen in Bayern – was ist zu tun?

Auf diese Frage geben z.Z. vielfach Politiker, Verbände, Ministerien, NROs und Experten Antworten. Nachfolgend werden weniger Antworten gegeben als

vielmehr einige möglicherweise provokative Denkanstöße und Fragestellungen.

2.1 Können wir auch in Zukunft am Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilräumen fest halten?

Der ökonomisch ausgebildete deutsche Bundespräsident wurde ob dieser Fragestellung prompt und rüde abgestraft. Die übrigen Politiker schweigen (noch) und „segnen“ Programme ab wie z.B. das Bayerische LEP 2006, in denen das „sakrosankte“ Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen erneut festgeschrieben wurde oder die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“.⁴ Um nicht missverstanden zu werden: Hier geht es nicht um ein für die ländlichen Räume äußerst fatal wirkendes Aufgeben des Ziels; es soll aber ehrlich diskutiert werden, ob wir uns darob nicht einlullen lassen, derweil Globalisierung und Wirtschaftsmächte tagtäglich andere, nämlich Fakten und Konzentrationen in Ballungsräumen schaffen. Wie also erreichen wir die Gleichwertigkeit in allen Lebensräumen, die ja – siehe die Ergebnisse aus Kap. 1 – nachweislich bereits in Gefahr ist? Immerhin spricht CSU-Fraktionschef Herrmann schon vorsichtig davon, dass es künftig nur noch um das Halten und nicht mehr um die Mehrung von Wohlstand geht. Das BBR hat diesem Thema ein ganzes Heft gewidmet mit einigem argumentativen Hin und Her,⁵ die Akademie für Raumforschung und Landesplanung plagt sich durchaus vieldeutig und vorsichtiger geworden mit dem Thema ab, nachdem ihr vormaliger, auch ökonomisch

ausgebildeter (sic!) Präsident mit seiner Aussage, dass das Ziel der Gleichwertigkeit nicht mehr erfüllbar sei und in manchen Räumen es quasi nur noch um einen Mindeststandard gehen könne, für einen Paukenschlag gesorgt hat. Der bereits zitierte Martin Lendi schreibt gar, dass die Frage nach gleichwertigen Lebensbedingungen anders gestellt werden müsse, nämlich in Richtung menschenwürdige Bedingungen. Es ist eben nicht am Staat, Daseinsvorsorge nach einheitlichen Qualitätskriterien für alle Menschen, wo auch immer, zu gewährleisten, zu forcieren, planerisch vorzugehen. Am Staat ist es einzig, um menschenwürdige Bedingungen besorgt zu sein, allenthalben angelegt auf faire Chancen, Lebensqualitäten zu gewinnen. Der Staatsrechtler und Raumordnungsexperte Lendi fährt fort und fordert: „Es braucht also einer sorgfältigen Funktionserkenntnis des Staates im Verbund mit den Anforderungen an Selbstverantwortung und an die Freiheit der Menschen vom Staat. Übersetzt auf den ländlichen Raum ist dies, dass die Menschen im ländlichen Raum faire Bedingungen vorfinden sollen, in Freiheit Glück und Sicherheit sowie Eigentum anzustreben, wie andere Menschen (z.B. in den Städten) unter anderen äußeren Bedingungen ebenfalls.“ Es scheint, als hätte Lendi das Buch von Abt Primas Notker Wolf „Worauf warten wir?“ gelesen, der ja die Grundsatzfrage der staatlichen und bürgerschaftlichen (Selbst)Verantwortung letztlich auf den Punkt reduziert: Geht es um Gleichheit im Sinne von Gleichmacherei bzw. Einebnen oder um (Chancen) Gerechtigkeit?

Worauf diese Ausführungen hinaus wollen: Es muss ehrlich und offen über

die realistischen Möglichkeiten dieses Ziels diskutiert werden, diskutiert werden darüber, welchen „Wohlstand“ und welche Lebensqualität bzw. welchen Lebensstandard wir uns künftig noch leisten können, angesichts bereits erwähnter negativer Auswirkungen von Demographie, globalisiertem Arbeitsmarkt, veränderten und längst einkommensmindernden Umstellungen unserer Sozial- und Gesundheitssysteme etc.? Viele Menschen wissen ja längst – so das BBR und McKinsey etc. –, dass künftig die persönliche Lebenszufriedenheit und Lebensqualität sinken dürften. Vor diesem Hintergrund besteht dringender Bedarf nach transparenter Neubewertung und u.U. auch Neudefinition von Lebensqualität bzw. Wohlstand und nach einer Diskussion von staatlicher „Mindestversorgungsrolle“ und verstärkter bürgerschaftlicher Verantwortung unter Wahrung sozialer Gerechtigkeit für Schwache. Alois Glück spricht zu recht von „Solidarischer Leistungsgesellschaft“, die nur durch eine für alle nachvollziehbare und von allen mitgetragene neue „Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Kommune, Wirtschaft, Bürgern und Zivilgesellschaft“ erreichbar scheint.

Das scheinbar (nur) landesplanerische Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen ist bisher zu wenig zusammen mit dieser ordnungspolitischen Frage der Neugestaltung unseres Staatswesens diskutiert worden. Als Fazit zu diesem Punkt gilt: Die Fragestellungen können nicht weiter unter dem Deckel gehalten werden, die harten Diskussionen und politischen Konsequenzen werden sich so oder so ihre Bahn brechen.

2.2 Einige weitere Forderungen und Fragestellungen

Wie steht es in Bayern um die Resortverantwortung für den ländlichen Raum?

Vielen erscheint sie nicht klar, zumindest nicht federführend geregelt (so z.B. aus Sicht des Bayerischen Landkreistages und auch vieler Kommunalpolitiker). Es gibt fünf deutsche Bundesländer, in denen Ministerien im Namen sichtbar federführende Verantwortung für den ländlichen Raum tragen. Es stellen sich Fragen wie: Rechtfertigt z.B. die Abwicklung der immer noch recht agrarisch geprägten europäischen und nationalen ‚Ländliche Entwicklung – Förderprogramme und -mittel‘ durch bestimmte Ministerien automatisch deren Federführung für den gesamten ländlichen Raum, angesichts z.B. weiterhin rückläufiger Agrarquoten oder sollte man nicht ein neues, mächtiges Ministerium bilden, in dem auch außerlandwirtschaftliche Interessen, Akteure und Förderung spürbarer zur Wirkung kämen? Es wäre sicherlich von Vorteil, wenn das Wirken der vorgeannten ‚Ländlicher-Raum‘-Ministerien in den fünf Bundesländern BW, BB, HE, NS, SH überprüft würde, um in Bayern immer wieder aufkommende Forderungen objektiver diskutieren zu können.

Zu große Vielfalt an raumwirksamen Programmen in allen Bundesländern

Das Bundeslandwirtschaftsministerium spricht in einem Beitrag zu einer OECD-Studie über die Situation ländli-

cher Räume in Deutschland von einer erfolgreichen Zusammenarbeit, bleibt aber dafür den näheren Beweis schuldig. Offensichtlich bestehen gleichwohl Zweifel. Das BBR spricht nämlich von der Notwendigkeit, den unübersichtlichen Dschungel von Instrumenten und Programmen zu roden.⁶ Nachdem das auf absehbare Zeit ein frommer Wunsch bleiben dürfte, muss zumindest auf mehr Koordinierung und Kooperation an Stelle von „Grenzzäune errichten“ und „Ausschluss von diesem Programm, wenn bereits in einem anderen“ gesetzt werden. Hier besteht auch in Bayern dringender Optimierungsbedarf.

Mehr Mut und Innovationsbereitschaft

Entsprechend der Komplexität des ländlichen Raumes muss mehr Integration und aktive Mitwirkung von und seitens aller Wirtschafts- und Sozialpartner sowie Vertreter der Zivilgesellschaft in Diskussionen, Konzepten und vor allem bei der Umsetzung der Förder- und Maßnahmenprogramme gewagt werden. Die Bayerische Akademie Ländlicher Raum z.B. ist wie nur wenige andere keine sektoral ausgerichtete Lobby, sondern kennt alle Berufe und Berufsgruppen des ländlichen Raumes in ihren Reihen. Erst durch ein Aufbrechen vielfach noch geschlossener Zirkel, deren Denken man längst kennt und deren Äußerungen vielfach bekannten Ritualen gleichen, wird es möglich sein, neue Sichtweisen und Denkansätze sowie im günstigsten Fall Innovationen zu erreichen. Hierzu sollten auch manche bestehenden Beiratsgremien mutiger überdacht werden.

Neue und wieder stärkere Rolle der bayerischen Flurbereinigungsbehörden

Die bayerische Politik sollte sich wirklich überlegen, wie sie künftig mit der fachlichen Kompetenz, der Erfahrung mit dem ländlichen Raum und den einmaligen Zugangsmöglichkeiten der Flurbereinigungsbehörden zu Bevölkerung, Eigentum (smobilisierung) und Landmanagement umgeht. Immerhin hat die bayerische Flurbereinigung Geschichte in Deutschland und Bayern geschrieben, als sie als erste Verwaltung eine konsequente Bürgeraktivierung in Dorferneuerung und Flurneuordnung einführte, der ein pionierhaftes und von der EU-Kommission sogar kopiertes ‚capacity building‘ an den Schulen der Dorf- und Landentwicklung folgte. Hinzu kamen dann erstmals in Bayern eingeführte interkommunale Landentwicklungen. Die EU und der Bund folgten erst Jahre später. Und nun sollen diese Behörden kraft Verwaltung(sreform) 21 abgespeckt und auf „Stock“ gesetzt werden, während daneben wieder ein neues Instrument, nämlich jenes des landesplanerischen Regionalmanagements aufgebaut wird? Es besteht dringender Bedarf, die ehemaligen Flurbereinigungsbehörden zu effizienten „Agenturen für den ländlichen Raum“ und zu umfassenden „Managern“ des vielfach benötigten und nicht leicht verfügbaren knappen Grund und Bodens fortzuentwickeln (Landmanagement). Die Kommunen würden eine solche Entscheidung begrüßen.⁷

Flächendeckender und hochtechnologischer IuK-Anschluss im ländlichen Raum

Im High Tech-Land Bayern sollte ein flächendeckender und hochtechnolo-

gischer IuK-Anschluss im ländlichen Raum und ein entsprechender Start up seitens der Regierung eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, wenn sogar – so die Aussage eines indischen Regierungsvertreters bei der IuK-Konferenz Map Asia in Bangkok 2006 – im über 40 mal größeren Indien in Zukunft jedes Dorf Zugang zum Internet haben soll. Die viel zitierte Hoffnung einer Telearbeit im ländlichen Raum wird ansonsten zur Farce. In den bereits zitierten neuen „Leitbildern der Raumentwicklung in Deutschland“ wird immerhin unter Leitbild 2 „Öffentliche Daseinsvorsorge sichern“ auch für den ländlichen Raum die Gewährleistung sozial verträglicher Standards der öffentlichen Infrastruktur angesprochen. In heutigen Zeiten – so seinerzeit ja auch Ministerpräsident Stoiber und der ehemalige Staatskanzleichef Huber – gehören auch die Data-Highways zu einer solchen öffentlichen Infrastruktur. So sieht das auch die EU-Kommissarin für ländliche Entwicklung, Fischer-Boel. Es darf nicht passieren, dass aus Renditegründen High Tech- und IuK-Infrastrukturen nur in den Ballungs- oder Metropolitanregionen oder daneben allenfalls nur noch in den 19 Clusterräumen, in denen der periphere ländliche Raum nicht vertreten ist, angesiedelt werden.

Bildung von Win-win-Partnerschaften

Nachdem auf absehbare Zeit wohl dennoch die Marktkräfte zunächst zu den Ballungsräumen und -kernen drängen werden, sollte von Seiten der Staatsregierung machtvoller auf die Bildung von Win-win-Partnerschaften von Stadt und Land gesetzt werden (so ja auch in den neuen Leitbildern der Raumentwicklung, Leitbild 1 „Wachs-

tum und Innovation“ gefordert). Es muss verhindert werden, dass die ländlichen Räume – wie es z.Z. bei den Metropolregionen den Anschein hat – von den Städten als willkommene räumliche Füllmenge geködert werden, ohne dass von Anfang an Klarheit besteht über Rollenverteilung und Win-win-Situation. An die ländlichen Räume selbst geht aber die Forderung, pro-aktiv und offensiv solche Partnerschaften einzugehen, wenn Chancen zur Stärkung der eigenen Räume bestehen. Das Beispiel der Europäischen Metropolregion Nürnberg wird hier genau zu beobachten sein. Dazu gehört auch die längst nicht mehr utopisch anmutende Überlegung nach ländlichen Clustern, z.B. im boomenden Gesundheits- und Wellnessbereich – die Bayer. Akademie Ländlicher Raum wird sich dieses Themas anzunehmen haben. Sie wird dabei der Frage nachgehen: Wenn die bayerische Clusteroffensive auch eine hohe landesplanerische Bedeutung hat (und nicht nur eine wirtschaftliche), dann müssten sich Landesplanung und Landesentwicklung auch mit einer sicherlich kleinmaßstäblicheren Clusterpolitik für jene ländlichen Räume auseinandersetzen, die nicht in Vorzugslagen und Boom-Räumen liegen. Dies ist nun in Bayern erfreulicherweise der Fall.⁸

3. Den demographischen Wandel gestalten

Der demographische, nun zusammen mit dem immer schon gegeben

nen (land)wirtschaftlichen und vermehrt auch sozialen Wandel (Stichwort Migration etc.) wird zu schwerwiegenden, vielfach noch unbekanntem, aber von der Bevölkerung durchaus bereits erahnten Konsequenzen, auch bezüglich Lebensstandard und Lebensqualität, führen. Um nicht nur beim reinen Verwalten des Schwunds und möglichen Rückgangs bisheriger Lebensqualität zu verharren, sind pro-aktives und strategisches Handeln, insbesondere aber Wahrheit, Offenheit, Visionen und Innovationen notwendig.

Wie wir das schaffen können?

- Durch aktive Beteiligung, Diskussion und „Arbeit“ mit möglichst vielen Menschen aus allen Bereichen (Stichwort Aktive Bürger- und Verantwortungsgesellschaft) – Rückschläge inbegriffen sowie
- durch entsprechende Kreativität, Innovation und Zukunftsfreude fördernde Lehr- und Studienpläne bzw. -methoden an unseren Grund-, weiterführenden und Hochschulen.

Gerade hier gilt Malcolm Forbes Mahnung besonders: „Education's purpose is to replace an empty (Anm.: or sometimes even full) mind with an open one.“ Setzen wir also auf viele offene und neugierige Köpfe!

Anmerkungen

¹ Boesch, Martin: Unrentabler ländlicher Raum?, Vortrag bei den Münchner Tagen der Bodenordnung und Landentwicklung 2006, in: Materialien des TUM Lehrstuhls

für Bodenordnung und Landentwicklung (im Druck).

² Lendi, Martin: Unveröffentlichter Briefwechsel mit dem Autor v. 07.08.2006.

- ³ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse, Informationen zur Raumentwicklung. H. 6/7.2006 (mit verschiedenen Beiträgen, z.B. von Kawka, Rupert/Sturm, Gabriele zur Lebensqualität und Lebenszufriedenheit oder Kaltenbrunner, Robert: Gleichwertige Lebensverhältnisse – nur ein Mythos deutscher Politik? und mit weiteren Hinweisen auf die McKinsey-Untersuchung „Perspektive Deutschland“ etc.).
- ⁴ MKRO: Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Beschluss der 33. Ministerkonferenz für Raumordnung am 30. Juni 2006, Berlin.
- ⁵ BBR: Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse?, H. 6/7.2006.
- ⁶ Ebda.
- ⁷ Magel, Holger: Bürgergesellschaft und Privatisierung – was brauchen wir dann noch Behörden für Ländliche Entwicklung?, in: AVN, 10/2006, S.330–335.
- ⁸ ARL: Wie hell strahlen „Leuchttürme“? Anmerkungen zur Clusterpolitik in ländlichen Räumen (= Positionspapier 66), Hannover 2006.

Weitere Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung:** Diskussionspapier des Präsidiums zu Gleichwertige Lebensverhältnisse – nur ein Mythos deutscher Politik?, Mai 2005.
- Aring, J./Sinz, M.:** Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland, in: disp 165 2/2006 S.43–60.

Der demographische Wandel, heimatliche Region als Zukunftsperspektiven für die Jugend im ländlichen Raum – Bildungsangebot und Lebensraum

Rainer Winkel

1. Einführung

Auf Grund des demographischen Wandels steht bekanntlich Deutschland ein Bevölkerungsrückgang bevor. Dieser betrifft jedoch die deutschen Bundesländer und deren Teilräume höchst unterschiedlich, da z.T. die fehlenden Geburten durch hohe Zuwanderungen ausgeglichen werden. Der Freistaat Bayern gehört zu den Wanderungsgewinnern, der bislang durch hohe Zuwanderungen ein anhaltendes Bevölkerungswachstum erfährt. Diese günstige Entwicklung wird jedoch kaum von Dauer sein. Die hohen Zuwanderungen aus den neuen Bundesländern werden in nächster Zukunft deutlich zurückgehen, schlichtweg weil auf Grund der niedrigen Geburtenzahlen und hohen Abwanderungen in Ostdeutschland das Wanderungspotenzial ausgeht. Die Zuwanderungen aus den anderen europäischen Ländern dürften sich ebenfalls rückläufig entwickeln, da inzwischen in sämtlichen westeuropäischen Staaten die Geburtenzahlen unter den Sterbezahlen liegen, z.T. sogar erheblich. In den meisten osteuropäischen Staaten sind die Geburten sogar

noch drastischer zurückgegangen. Sie liegen dort nur noch bei etwa einem Kind je Frau, d.h. im genauen statistischen Durchschnitt zwischen 1,1 und 1,18 Kindern je Frau. Wenn nicht in Zukunft von massiven Zuwanderungen aus außereuropäischen Ländern ausgegangen wird, muss wohl von sinkenden Wanderungsgewinnen ausgegangen werden. Deshalb werden die eigenen bzw. die hier geborenen Kinder und Jugendlichen noch wichtiger für die zukünftige Entwicklung.

Das gilt im besonderen Maße für die ländlichen Räume. Die ländlichen Räume sind nämlich trotz der dortigen überdurchschnittlichen Geburtenzahlen in der Bevölkerungsentwicklung benachteiligt, weil sie weit weniger Zuwanderungen als die Verdichtungsräume erfahren. Der Wanderungsausgleich findet dort also nicht oder nur sehr begrenzt statt. Gleichzeitig erfahren jedoch diese Räume häufig deutliche Abwanderungen, was vor allem für die junge Bevölkerung zutrifft. Diese Erscheinung gilt inzwischen für die meisten deutschen ländlichen Räume, wenngleich mit unterschiedlicher In-

tenalität. Da die Jugend auch in den meisten anderen europäischen Staaten verstärkt aus den ländlichen Räumen abwandert, handelt es sich offensichtlich um ein grundsätzliches, gewichtiges Problem. Wenn in den ländlichen Räumen angemessene Entwicklungschancen gesichert werden sollen, muss dieser Entwicklung entgegen gewirkt werden und zwar vor allem durch Verbesserung der Bildungs- und Daseinsbedingungen für eigene Kinder sowie für Eltern und mögliche zukünftige Eltern.

Da die Probleme und Ursachen dieser Entwicklung mehrschichtig sind, gilt es, in unterschiedlichen Bereichen einzuwirken. Nach der hier vertretenen Einschätzung vor allem in Folgendem:

- Die vorschulische Versorgung bzw. die Ausstattung mit Kindereinrichtungen, also die Anfangsebene, ist zu verbessern,
- das Angebot an Jugendfreizeiteinrichtungen ist wegen der Bedeutung für das zukünftige Wanderungsverhalten merklich anzuheben,
- es muss wegen der entscheidenden Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit dieser Räume eine gute Ausstattung mit allgemein bildenden Schulen gesichert werden,
- das Gleiche gilt für die Berufsausbildung im ländlichen Raum und
- die Erreichbarkeit der Angebote muss gesichert werden, weil etliche Versorgungsprobleme durch diesbezügliche Defizite begründet sind.

2. Vorschulische Versorgung

Wenn den niedrigen Geburtenzahlen entgegen gewirkt werden soll, müssen

auch die Voraussetzungen für die Kinderbetreuung verbessert werden. Das gilt vor allem, weil bei den wenigen Kindern die familiären Betreuungsvoraussetzungen immer weiter zurückgehen. Auf Grund der demographischen Entwicklung steht zudem auch ein Rückgang der Arbeitskräfte bevor. Deshalb wird die volle Berufstätigkeit von Frauen mit fortschreitendem Zeitverlauf immer wichtiger, bzw. unverzichtbar. Das gilt auch für ländliche Räume, wenn sie keine Entwicklungsnachteile erfahren sollen. Deshalb werden dort benötigt:

- Eine Vollversorgung mit Kindergärten, jedoch mit Ganztagsplätzen. Der quantitative Versorgungsbedarf geht zwar mit der sinkenden Kinderanzahl zurück, aber es werden qualitative Verbesserungen, eben Ganztagskindergartenplätze, benötigt.
- Gleichzeitig brauchen die ländlichen Räume eine wesentliche Erhöhung des Angebotes an Krippen- und Hortplätzen. Dieser Versorgungsbereich ist einer der wenigen Bereiche, in denen die neuen Bundesländer besser und vorbildlich ausgestattet sind. Dort stehen selbst in ländlichen Räumen für ca. 33% der Kinder im Krippenalter und 66% im Hortalter diese Einrichtungen bereit. Diese Ausstattung garantiert zwar nicht mehr Geburten, wie die ostdeutschen Zahlen belegen, aber die Ausstattung wird eben mit der rückläufigen familiären Leistungskraft immer wichtiger.
- Die Einrichtungen sollten weitgehend als integrierte Einrichtungen mit flexibler Nutzung geführt werden, bei Neubauten durch ein darauf ausgerichtetes Konzept und im

Bestand durch entsprechende Umrüstung. Integrierte Einrichtungen haben sich nämlich in den neuen Bundesländern hervorragend bewährt und stellen dort mehr als drei Viertel der Angebote. Der Vorteil dieser Einrichtungen liegt darin, dass damit selbst in dünn besiedelten ländlichen Räumen ein entsprechend breites Angebot wirtschaftlich vorgehalten wird. Die flexible Nutzung ermöglicht bei Auslastungsdefiziten in bestimmten Bereichen, z.B. für Kindergartenplätze, die Kapazitäten nach Bedarf eben für Krippen- und Hortkinder zu nutzen, womit sich ebenfalls die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen, effizienten Betrieb verbessern.

3. Jugendliche

Der Rückgang der jungen Bevölkerung in ländlichen Räumen wird wie zuvor angeführt in hohem Maße auch durch die Abwanderung dieser Altersgruppe aus den ländlichen Räumen verursacht. Die Ursache dieser Wanderungen liegt jedoch nicht nur in den begrenzten beruflichen Perspektiven, die diese Räume bieten oder in hohem Pendleraufwand. Vielmehr hat die Abwanderungsbereitschaft häufig auch hochgradig emotionale Ursprünge.

In Deutschland gibt es in den meisten Dörfern kaum Angebote für Jugendliche. Das gilt vor allem für die Altersgruppe zwischen 12 und unter 16 Jahre, weil diese unmotorisiert räumlich nur über eine sehr eingeschränkte Mobilität verfügt. Diese Gruppe hat nicht mehr das Spielbedürfnis von Kindern. Zugleich bewirkt das Fernsehen Freizeitbedürfnisse, für die es auf dem Land

meistens kein Angebot gibt. Auf Grund des oft mäßigen öffentlichen Personennahverkehrs können in vielen Dörfern unmotorisierte Jugendliche selbst das bestehende knappe Freizeitangebot nicht erreichen. Gerade am Abend und am Wochenende ist auf dem Lande die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oft sehr rar, teilweise fehlt sie ganz. Die Jugendlichen dieser Altersgruppe kommen dann aus ihrem Dorf nicht weg. Sie erleben dadurch in einer entscheidenden Lebensphase ihr Dorf als Inbegriff der Langeweile, wo nichts los ist. Diese Phase ist deshalb entscheidend, weil zwischen dem 12. und 18., häufig bereits bis zum 16. Lebensjahr die meisten engen und andauernden Freundschaften bzw. Sozialbeziehungen geschlossen werden. Wenn gerade diese Phase dazu nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten bietet und damit in Verbindung der Ort auch negativ erlebt wird, prägt das. Die Folge: Die Jugendlichen ziehen später schneller weg, z.T. selbst wenn sie vor Ort Arbeit finden könnten. Der Großteil von ihnen kommt auch nicht wieder. Die Rückzüge ehemaliger Einwohner beschränken sich überwiegend auf betagte Personen, die als Senioren wieder in ihre Heimat ziehen.

Deshalb bedarf es unbedingt der Angebote für die Jugendlichen, mit denen sie zugleich emotionale Bindungen an den Heimatraum und Sozialbeziehungen aufbauen. Dazu hat sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten bewährt:

- Überlassung kommunaler Räume für Jugendliche zum Gruppentreffen,
- Gründung eines regionalen Vereins für einen überschaubaren Raum aus Gemeinden, Wirtschaft, weiteren

Dritten/Bürgern, die sich die Jugendarbeit zum Ziel setzen und Angebote für die Jugendlichen schaffen, z.B. organisierte Freizeitfahrten, Wettkämpfe zwischen den Dorfgenerationen oder auch die Durchführung von Disconächten im Sommer und dgl.,

- Verstärkung der Jugendarbeit in Sportvereinen, indem das Land diese Arbeit unterstützt, z.B. durch Erstattung der Gebühren für den Erwerb von Trainerlizenzen, wenn die Trainer nachweislich vorrangig in der Jugendarbeit tätig sind, evtl. weitere Förderung der Jugendarbeit,
- stärkere Einbindung in verantwortungsvolle, Jugendliche begeistern- de interessante Aufgabenbereiche, z.B. in die Freiwillige Feuerwehr, bei Ausstattung mit Uniformen und Übertragung einfacher Hilfsdienste außerhalb der eigentlichen Einsätze,
- Vorgaben an Kreise, bestimmte Leistungen der Jugendarbeit zu erbringen, ggf. unterstützt durch ein Landesförderprogramm;
- durch flexible Nutzung des Bestands kann zudem das Angebot für Jugendfreizeit ohne Investitionsaufwand wesentlich erhöht werden. So waren im hessischen Vogelsbergkreis in 21 Gemeinden insgesamt lediglich nur 15 Jugendfreizeiteinrichtungen und -räume verfügbar. Bei einer Mitnutzung von Schulen und Bürgerhäusern wären es 184 gewesen.¹
- Ggf. ist von Landesseite Druck zu mehr Jugendarbeit und Jugendinitiative auf Kommunen und Kreisen auszuüben, z.B. dadurch, dass die Zuteilung von bestimmten Fördermitteln von der Vorlage eines Zukunftskonzeptes abhängig gemacht wird, in dem vor allem der Nach-

weis über aktive Jugendarbeit zu führen ist.

4. Zukunftsbedeutung von Schulen und Berufsausbildung

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft liegt im Hochtechnologiebereich. Das gilt auch für den ländlichen Raum. Die Land- und Forstwirtschaft, die zwar etwa 80% der Fläche Deutschlands gestalten und unverzichtbarer Garant für die Grundsicherung sind, stellen jedoch nur einen Anteil von ca. 3% an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen, wobei immer noch Arbeitsplätze infolge fortschreitender Rationalisierung abgebaut werden. Selbst wenn es gelingen würde, durch neue Anbau- und Produktionsbereiche wie nachwachsende Rohstoffe, Biogas und dgl. die gesamten Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft zu verdoppeln, wären es nur 6%. Die reichen jedoch bei weitem nicht für den Arbeitsplatzbedarf im ländlichen Raum aus. Das Handwerk und haushaltsorientierte Dienstleistungen sowie der Einzelhandel stagnieren seit Jahren und stellen ebenfalls nur einen sehr begrenzten Anteil an Arbeitsplätzen in diesen Räumen. Ähnliches gilt für das Arbeitsplatzangebot von Versicherungen, Banken und öffentlicher Hand. Von daher ist das verarbeitende Gewerbe der mit Abstand größte und wichtigste Arbeitgeber in den meisten ländlichen Räumen. Dieser Wirtschaftszweig wird sich jedoch nur durch Wettbewerbsfähigkeit im Hochtechnologiebereich halten und weiter entwickeln können.

Die Grundvoraussetzung dafür ist ein ausreichendes Potenzial hochqualifi-

zierter Fachkräfte. Dafür ist wiederum eine qualifizierte Schulausbildung unerlässlich, genauso wie eine fundierte und ebenfalls qualifizierte Berufsausbildung. Deshalb sind für ländliche Räume eine gut erreichbare und gute Ausstattung mit weiterführenden Schulen sowie ein differenziertes, hoch qualifizierendes Ausbildungsangebot von größter Wichtigkeit. Nur unter dieser Voraussetzung ist der ländliche Raum für das globale Investitionskapital interessant bzw. nur so kann es gelingen, diesen Raum in die globale Wirtschaftsentwicklung bzw. den Wachstumsmotor der Weltwirtschaft einzubinden.

4.1 Schulen

Die demographischen Veränderungen wirken sich vor allem durch die deutlich geringeren Geburten und damit durch eine verringerte Kinderzahl aus. Damit geht auch die Zahl der Schüler und die Auslastung von Schulen entsprechend zurück. Westdeutschland war von dieser Entwicklung bereits seit Mitte der 70er-Jahre, die neuen Bundesländer seit Mitte der 90er-Jahre betroffen. In Westdeutschland hat man damals vor allem mit Schulschließungen und Konzentration der Schüler auf den Rückgang und die verbleibenden Schülerzahlen reagiert. Diese Vorgehensweise ist heute in den meisten neuen Bundesländern sowie auch in westdeutschen Räumen, die vom Schülerrückgang betroffen sind, üblich. Als Folge wird das Schulnetz ausgedünnt bei deutlich ansteigenden Fahrzeiten.

Diese Entwicklung hat in Westdeutschland frühzeitig zu hohen Schülertransportkosten geführt. Der Bildungsplaner

Jokusch berechnete daraufhin bereits 1983 die möglichen Folgen für dünn besiedelte Landkreise Niedersachsens. Demnach können Fahrzeiten von 1,5 Stunden und mehr je Richtung, also über drei Stunden je Schultag entstehen.² In ländlichen Räumen Sachsens sitzen heute Gymnasiasten z.T. mehr als zwei Stunden im Bus, um zu ihrer Schule und zurück zu gelangen. In Sachsen haben zudem Bildungsforscher festgestellt, dass der Grad des Schulabschlusses nicht nur von der Intelligenz und Lernwilligkeit der Schüler, sondern gleichfalls auch von der guten Erreichbarkeit einer weiterführenden Schule abhängt.³ Diese Aussage wird auch durch eigene Untersuchungen tendenziell bestätigt.

Angesichts der Erreichbarkeitsprobleme haben sich bereits in den 80er-Jahren in der Bundesrepublik eine ganze Anzahl von Bildungsexperten für andere Konzepte in ländlichen Räumen ausgesprochen.⁴ Der Bildungsplaner Weishaupt ging sogar so weit, zur Stärkung einer dezentralen Schulversorgung ländlicher Räume die Schließung größerer Schulen zu fordern.⁵ So extrem muss nun nicht gerade reagiert werden, aber für ländliche Räume wurden nun auch dezentrale, an die örtliche Situation angepasste Versorgungskonzepte entwickelt und zur Diskussion gestellt.⁶ Inzwischen werden derartige Modelle nicht nur im Ausland, sondern auch in dünn besiedelten Räumen Deutschlands bereits angewandt. Diese Konzepte könnten auch für ländliche Räume in Bayern interessant sein, insbesondere:

- Weiterführung als Filialstandorte,
- Qualitätsinitiative für Schulen im ländlichen Raum,

- jahrgangsübergreifende Klassen und Blockunterricht im Grundschulbereich sowie
- verstärkter EDV-Einsatz zur Unterrichtsergänzung.

Statt Schulen zu schließen, ließen sich Standorte auch als Filialen weiter betreiben. In dem Fall wäre ein Standort einer anderen Schule verwaltungsmäßig anzugliedern. Die Lehrer sind dann gleichfalls gemeinsam für beide Schulen einzusetzen. Statt der vielen Schüler müsste in begrenztem Maße nur ein Teil der Lehrer fahren. Da die Lehrer in der Regel motorisiert sind, ließen sich auf diesem Wege die Erreichbarkeitsprobleme mancher Schulen reduzieren. Außerdem wird mit diesem Konzept der Vorteil einer wohnortnahen Schulversorgung mit ihren günstigen sozialen Rückwirkungen eher möglich.

In ländlichen Räumen, in denen ein erheblicher Teil der Schüler nicht das örtliche Schulangebot, sondern das an anderen Standorten aufsucht, sollten das Kultusministerium und das Schulamt des Kreises die Ursachen ergründen. Soweit es sich um qualitative Gründe handelt, könnte das der Anlass sein, mittels gezielter Maßnahmen die Defizite auszuräumen und so diesen Schulen die erforderliche Attraktivität für ihre Auslastung zu verschaffen.

Ein ortsnahes, gut erreichbares Grundschulangebot ließe sich selbst bei geringen Schülerzahlen mittels kleinerer, dezentraler Filialschulen erreichen, die mit verändertem pädagogischem Konzept auch jahrgangsübergreifenden Unterricht praktizieren. Bis auf die Kernfächer, deren Fachinhalte zwingend aufeinander aufbauen, könnte das Unterrichtsangebot in etlichen Fä-

chern durchaus jahrgangsflexibel gehandhabt werden. Allein der Vergleich der Bildungsplanung in den einzelnen Bundesländern macht deutlich, dass es in dieser Hinsicht in Deutschland erhebliche Unterschiede gibt. So könnte z.B. der zeitliche Ablauf des Unterrichtsangebotes in Geografie, Geschichte, Kunst, Sport, begrenzt auch in Biologie oder der Beginn des Sprachunterrichts durchaus mit gewisser Flexibilität gehandhabt werden.⁷

Diese Konzepte sind inzwischen längst nicht mehr Theorie. Sie werden seit Jahren im dünn besiedelten Ausland praktiziert und inzwischen auch in einigen deutschen Ländern. Der Spitzenreiter der PISA Studie Finnland hat z.B. jahrgangsübergreifenden Unterricht in dünn besiedelten Räumen. Nach den dortigen Erfahrungen sind damit zugleich sehr günstige soziale Effekte verbunden, die sich später vorteilhaft auf die wichtige Teamfähigkeit im Berufsalltag auswirken. In Deutschland zeigen das Beispiel der Waldorfschule oder zurückliegende Erfahrungen des Modells der Jena-Schule, dass derartige Konzepte keinesfalls zu schlechten Bildungserfolgen führen müssen.

Zur Verdeutlichung, wie unterschiedlich sich Schulversorgungskonzepte unter den Bedingungen des demographischen Wandels ausnehmen, sei auf die Länder Thüringen und Sachsen verwiesen.

- In Thüringen gab es 1999 noch die Vorgabe, dass Haupt- und Mittelschulen, dort als Regelschulen bezeichnet, mindestens dreizügig sein müssen. Durch einen Forschungsauftrag für das Land Thüringen⁸ wurde von mir nachgewiesen, dass

bei dieser Ausrichtung dieser Schultyp weitgehend aus dem ländlichen Raum verschwindet. Thüringen hat inzwischen reagiert. In dünn besiedelten ländlichen Räumen sind dort als Ausnahme auch einzügige Regelschulen sowie Grundschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht zulässig. Nach bislang vorliegenden Ergebnissen lässt sich dieses Konzept für Grundschulen sogar nahezu kostenneutral umsetzen.⁹

- Im ansonsten bildungspolitisch erfolgreichen Sachsen (Platz Drei im Bundesvergleich, jedoch mit nur 12 Schuljahren) hält man hingegen dogmatisch an der Mindestvorgabe der zweizügigen Regelschulen fest. Damit verschwinden die Regelschulen zunehmend aus dem ländlichen Raum. In einem derzeit im Rahmen eines Bundesforschungsprojektes untersuchten sächsischen ländlichen Raum¹⁰ hat die Vorgabe dazu geführt, dass von den acht Regelschulen, die dort noch 1995 existierten, fünf nicht mehr bestehen und für eine weitere Schule die Auflösung verfügt wurde.

Diese Entwicklung hat Folgen. Bei einer Ausdünnung der Schulausstattung gelingt es kaum noch, dort neue Betriebe anzusiedeln. Stattdessen können durch diese Maßnahme sogar Betriebe zur Abwanderung veranlasst werden. Die negativen Folgen von Schulschließungen für die wirtschaftliche Standortgunst waren auch in dem angeführten Forschungsprojekt für den Bund in Sachsen eindeutig. Die nachteiligen Folgen auf die Betriebe bewirken später weitere Nachteile. Damit verschwinden Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze in den betreffenden Standorten, womit die Abwanderungen weiter an-

halten und ggf. sogar zunehmen. Bei schwer erreichbaren Gymnasien wird es zudem kaum gelingen, eine Landarztpraxis wieder zu besetzen. Eine Problematik, die auch für andere hoch qualifizierte Berufe für die Standortakzeptanz in ländlichen Räumen gilt.

Schließlich sollten auch verstärkt die Möglichkeiten neuer Informations- und Kommunikationstechniken durch die Schulen genutzt werden. Zum einen, um die Schüler an dieses immer wichtiger werdende Medium früh heranzuführen und zum anderen, um es zugleich für ergänzende, dezentrale Unterrichtsbetreuung zu nutzen wie z.B. Schularbeitenbetreuung oder quasi als Ganztagschulersatz, indem die Betreuung am Nachmittag über EDV auch dezentral erfolgt.

4.2 Berufsbezogene Ausbildung

Grundsätzlich bewirkt der demographische Wandel, wie zuvor dargelegt, auch einen Rückgang von Arbeitskräften und damit letztlich auch von Fachkräften. Zugleich sinkt dadurch das Nachwuchspotenzial und die verfügbaren Fachkräfte werden immer älter. Da diese Entwicklung bereits weite Teile Europas betrifft und sich immer stärker ausweitet, ist die zukünftige Knappheit von Fachkräften absehbar. Deshalb wird es mit fortschreitendem Zeitverlauf zum Konkurrenzkampf um Fachkräfte kommen, zunächst deutschlandweit, was für bestimmte Berufsgruppen längst gegeben ist und später auch europaweit.

In der Berufsausbildung bewirkt die demographische Entwicklung sinkende Berufsschülerzahlen. Das führt zur Aus-

dünnung der Jahrgänge. Als Folge wird die reduzierte Schülerzahl in dünner besiedelten Gebieten bzw. in ländlichen Räumen für einzelne Berufe nicht mehr zur Bildung von Berufsschulklassen ausreichen. Dann ist in den betroffenen ländlichen Räumen in diesen Berufen keine Ausbildung mehr möglich oder die Lehrlinge müssen mit ähnlichen Berufen in gemeinsamen Klassen zusammengefasst werden. Das geht, aber die Ausbildungsqualität wird hinter spezifischem Unterricht in den Verdichtungsräumen abfallen. Daraus dürften sich abträgliche Folgen für die Standortgunst ländlicher Räume ergeben.

Dem ist unbedingt entgegen zu wirken. Ansatzmöglichkeiten werden hier vor allem gesehen:

- in einer stärkeren Nutzung moderner Informationstechniken,
- diese sinnvoller Weise in Verbindung mit der Erwachsenenfortbildung und
- in einem staatlichen Ausbildungsprogramm, verknüpft mit Wirtschaftsansiedlungspolitik.

Eine Möglichkeit, in peripheren Räumen dem entgegen zu steuern, könnte in der wesentlich stärkeren EDV-Einbindung in den Unterricht liegen. So könnte ein Teil des Berufsschulunterrichts mit einem anderen pädagogischen Konzept dezentral per EDV erfolgen. Damit entfallen auch die oft langen Fahrzeiten zum Berufsschulstandort. Das Angebot wäre jedoch durch gemeinsamen Blockunterricht an den Berufsschulen zu ergänzen. Dieses Konzept hat sich in dünn besiedelten skandinavischen Regionen bewährt. Zudem sind von einem derarti-

gen Konzept auch positive Auswirkungen auf ein Fortschrittsimage für die betreffenden ländlichen Räume zu erwarten.

Bei einem derartigen Angebot bzw. einer derartigen Ausrichtung sollte diese zugleich mit einem Erwachsenenfortbildungsangebot verbunden werden. Das geflügelte Wort vom „Lebenslangen Lernen“ wird zukünftig immer mehr Realität erhalten. In der Fortbildung von Erwachsenen weisen die ländlichen Räume bislang unvergleichlich schlechtere Möglichkeiten als Großstädte und Verdichtungsräume auf. Mit einem derartigen dezentralen EDV-gestütztem Lehrangebot ließe sich auch das Fortbildungsangebot im ländlichen Raum wesentlich verbessern. Zugleich würden davon auch günstige Rückwirkungen hinsichtlich eines fortschrittlichen Images für ländliche Räume ausgehen.

Eine weitere Möglichkeit liegt letztlich in staatlichen Ausbildungsaktivitäten in Verbindung mit der Landesansiedlungspolitik. Das gilt vor allem für ländliche Räume, in denen es wie in den meisten Gegenden Deutschlands zu wenige Ausbildungsplätze gibt. Dort wird eine ausreichende Versorgung mit Fachkräften zunehmende Probleme aufwerfen, was entsprechende Nachteile für Betriebsansiedlungen nach sich zieht. Der Freistaat Sachsen könnte bei größeren Ansiedlungsvorhaben mit einer Fachkräftegarantie werben. Im Ansiedlungsfall werden i.d. Regel mindestens zwei Jahre, oft länger für Planung, Erstellung der Produktionsgebäude und Einrichtung mit Maschinen benötigt. In dieser Zeit könnten mit einem Landesausbildungsprogramm in den betreffenden Räumen die benötig-

ten Fachkräfte ausgebildet werden. Die Vorteile: Das Ausbildungsangebot für junge Personen wird dort erhöht, zugleich werden Arbeitsplätze für Ausbilder geschaffen, die Betriebe erhalten an den betreffenden Standorten in einem zunehmend wichtiger werdenden Bereich Ansiedlungsbedingungen bzw. Vorteile, die über die übliche Abgabe günstiger Gewerbeflächen und evtl. Förderzuschüsse hinausgehen und es werden letztlich wichtige zusätzliche Arbeitsplätze in diesen Räumen geschaffen.

5. Erreichbarkeit

Ein großes Problem ländlicher Räume liegt in der häufig gegebenen, schlechten Erreichbarkeit vieler existenter Angebote für unmotorisierte Personen. Unmotorisierte Personen können eben am Abend oder Wochenende häufig aus ihrem Dorf nicht wegkommen. Die Ursache liegt in der knappen, z.T. sogar fehlenden Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Dieses Problem ist jedoch schwer ausräumbar. Auf Grund der geringeren Siedlungsdichte gibt es in ländlichen Räumen nur ein begrenztes Fahrgastpotenzial und somit auch nur eine sehr begrenzte Tragfähigkeit der Angebote. Gleichzeitig liegen die Kosten für den öffentlichen Verkehr je Bürger auf Grund der weiten Strecken und des ungünstigen Verhältnisses von Bürgern je Haltestelle wesentlich höher als in Verdichtungsräumen. Ein kostendeckender öffentlicher Personennahverkehr ist deshalb in ländlichen Räumen kaum zu erreichen. Aus diesem Grunde wird z.B. der öffentliche Personennahverkehr in der Schweiz vom Staat bezuschusst. Die Bahn blieb dort aus den gleichen Grün-

den Staatsbahn und wurde ganz bewusst nicht wie in Deutschland privatisiert. Eine gute Erreichbarkeit zu tragbaren Belastungen wird in der Schweiz eben als Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge verstanden.

In Deutschland wird seit Jahrzehnten bekanntlich ein anderer Weg beschritten. Der Bund wird wohl kaum bereit sein, hier Kosten zu übernehmen, sodass letztlich die Kreise und über die Kreisumlage auch die Kommunen die Kostenträger sind, die das Angebot der Verkehrsbetriebe bezuschussen müssen. Das Geld ist knapp und um die Zuschüsse in machbaren Grenzen zu halten, sind die Angebote oft stark ausgedünnt. Dementsprechend ergeben sich Angebotsdefizite. Wer kann, nutzt oftmals lieber das eigene Kraftfahrzeug. Das private Kraftfahrzeug stellt deshalb in den meisten peripheren ländlichen Räumen Deutschlands den Hauptverkehrsträger dar. Ein Problem stellen jedoch die durch Ölpreissteigerungen und Ökosteuern extrem gestiegenen Kosten dar, mit denen die ländliche Bevölkerung oft ohne jegliche Ausweichmöglichkeit übermäßig stark belastet wird.

Für die schwierige Problematik der Erreichbarkeit gibt es letztlich keine befriedigenden Lösungen, sodass mit den hier aufgeführten Möglichkeiten nur eine Minderung, aber kein Ausräumen der Probleme erreicht werden kann.

- Durch kommunale Zubringerkleinbusse zu zentralen Haltestellen der regulären Buslinie können Fahrgäste aus kleinen, abgelegenen Ortsteilen an die reguläre Buslinie angebunden werden. Dadurch entstehen

jedoch zusätzliche Kosten für die Gemeinde.

- Durch kommunale Aktivitäten, ggf. auch mittels einer Landeskampagne, sollten in diesem Bereich Nachbarschaftshilfen ausgeweitet werden. In anderen dünn besiedelten Ländern, z.B. in Australien oder ländlichen Räumen der USA wird ein erheblicher Teil notwendiger Fahrten eben per Nachbarschaftshilfe bewältigt. Hier könnte z.B. der Freistaat belebend eingreifen, indem er grundsätzlich die Versicherungskosten zur Abdeckung des Unfallrisikos bei Mitnahme von Schülern abdeckt.
- In dünn besiedelten Gebieten könnte eine Umstellung von regulären Buslinien auf Rufbusse erfolgen. Diese Möglichkeit bedingt jedoch Voranmeldungen, ggf. längere Wartezeiten vor jeder Fahrt und reduziert die Nutzungsmöglichkeiten durch Außenstehende. Bislang wurde dieses Konzept vorrangig in Hinblick auf die Seniorenversorgung gesehen. Es könnte aber genauso auch eine wesentliche Verbesserung für die Busnutzung von Jugendlichen am Abend und am Wochenende beinhalten.
- Die Einrichtung von Themenfahrten, z.B. der Discobus am Abend oder der Bäderbus in der Ferienzeit, wenn Schulbusse nicht fahren. Durch einen entsprechenden Reklame- bzw. Marketingvorlauf wird die für einen tragbaren Betrieb erforderliche Fahrgastzahl angeworben, wobei später auch andere Fahrgäste dieses Busangebot nutzen können.
- Damit Fußgänger und Radfahrer ungefährdet die nächsten Ortschaften erreichen können, sollte der Ausbau eines Fußwege- und Radwegenetzes neben Kreis-, Landes- und Bundes-

straßen erfolgen. Eine derartige Ausstattung ist bislang nur in Schleswig-Holstein und in nördlichen Räumen Niedersachsens üblich. In den anderen Bundesländern müssen sich Fußgänger und Radfahrer neben den Autos auf diesen Straßen bewegen, eine höchst gefährliche Angelegenheit, insbesondere am Abend und zur Winterzeit.

- Schließlich ist zu fragen, ob in Anbetracht der schwierigen Verkehrs- und Erreichbarkeitsbedingungen den ländlichen Räumen nicht besondere Konditionen einzuräumen wären. So ist es von der Begründung zur Einführung der Ökosteuher her schlichtweg nicht nachvollziehbar, dass diese auch auf den Treibstoff für den ÖPNV entrichtet werden muss, was ganz besonders für den ländlichen Raum mit seinen weiten Fahrstrecken gilt.

6. Resümée

Unter den zukünftigen Bedingungen durch den demographischen Wandel gilt es vor allem hinsichtlich der Jugend,

- das vorschulische Angebot für Kinder quantitativ und qualitativ zu verbessern,
- deutliche Angebotsverbesserungen für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen zu schaffen,
- eine gute und zugleich gut erreichbare Schulausstattung zu sichern oder zu schaffen,
- ebenfalls ein erreichbares, qualifiziertes Berufsschulangebot zu sichern, sinnvollerweise zugleich mit verbesserten Angeboten in der Erwachsenenfortbildung und

- die Erreichbarkeit der knappen Angebote für unmotorisierte Personen durch ein besseres ÖPNV-Angebot sowie Ausbau von Fuß- und Radwegen zu verbessern.
- Die Entwicklung sollte zudem durch zielgerichtete Förderprogramme zur Verbesserung der Kinderbetreuung und Jugendarbeit unterstützt werden,
- des Weiteren ist hinsichtlich der Einbeziehung dezentraler, EDV-gestützter Unterrichtsangebote zu empfehlen, die Möglichkeiten in einzelnen Räumen mit Landesmodellvorhaben zu testen.

Zum Abschluss sei nachdrücklich auf zwei wichtige Aspekte verwiesen:

Für periphere, ländliche Räume werden vor allem flexible, hochgradig auf die jeweilige Situation ausgerichtete Konzepte benötigt, anstatt starrer Vorgaben. Die starren, dogmatischen Vorgaben sind i.d. Regel ohnehin weitgehend von den Bedürfnissen und den Situationen in den Verdichtungsräumen her entwickelt worden. So macht z.B. dort die Ökosteuer durchaus einen Sinn, in den ländlichen Räumen belastet sie hingegen die Entwicklungsbedingungen. Wenn jedoch weiterhin an

starren Einheitsvorgaben fest gehalten wird, werden die ländlichen Räume nur sehr mäßige Chancen haben.

Mit den Folgen der demographischen Veränderungen lässt sich durchaus umgehen, was auch für andere Versorgungs- und Daseinsbereiche gilt. Aber dann muss möglichst zügig gehandelt werden. Daran hat es jedoch bislang größtenteils gemangelt. Die problematische Geburten- und Rentenentwicklung hätte z.B. das heutige Ausmaß nicht erreichen müssen, wenn man auf die Warnung der Soziologen Anfang der 80er-Jahre reagiert hätte. Das teure Abrissprogramm „Stadtumbau-Ost“ wäre nicht erforderlich, wenn man 1993 auf die Hinweise bezüglich einer bevorstehenden Fehlentwicklung durch die hohen Steuerabschreibungen im Wohnungsbereich zeitnah reagiert hätte. Von daher kann hier nach mehr als 20-jähriger Auseinandersetzung mit den Fragen des demographischen Wandels in Forschungsprojekten und etlichen Landes-, Kreis- und Kommunalberatungen nur resümiert werden, wir können mit diesen Problemen umgehen, wenn wir zügig handeln. Je später wir handeln, umso weniger können wir dann noch erreichen, aber umso teurer werden die Folgen sein.

Anmerkungen

¹ Winkel, R.: Neue Möglichkeiten öffentlicher Infrastrukturversorgung durch verknüpfte Netze multifunktionaler Einrichtungen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1991, H.1, S.64–77.

² Jokusch, P.: Schulen werden leer stehen – Probleme und Chancen des Bildungswesens, in: Leben im Jahre 2000 und danach, Berlin 1984, S.141–155.

³ Wolter, A./Vogel, L.: Studienbereitschaft im Aufwind – Die Studien- und Berufs-

wahl von Studienberechtigten des Abschlussjahres 2002 in Sachsen, Dresden 2002; sowie Auswertung der kreisbezogenen Schulstatistik des Sächsischen Statistischen Landesamtes 2002; Wolter, A./Winkel, R./u.a.: Forschungsprojekt Entwicklung der Studiennachfrage in Sachsen bis 2021, Abschlussbericht Dresden Nov. 2002.

⁴ Ausdrücklich gegen die Schulkonzentration in ländlichen, dünn besiedelten Räu-

- men sprachen sich u.a. folgende Bildungsplaner aus: Back, H.-J.: Organisatorische Lösungsansätze zur Förderung wohnortnaher Schulen, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1981, H.9, S.639; Heister, M.: Schulplanung im ländlichen Raum in den 80er-Jahren, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1981, H.9, S.650.
- ⁵ Weishaupt, H.: Demographische und schulpolitische Rahmenbedingungen für die Sekundarstufe I, Vortragsmanuskript vom 25.10.1982, S.17.
- ⁶ Tiedtken, H.: Umorientierung der Schulpolitik für den ländlichen Raum, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1981, H.9,
- ⁷ Derenbach, R.: Zur qualitativen Sicherung von Schulstandorten, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1981, H.9, S.643–646; Sandfuchs, U.: Große oder kleine Schulen, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1981, H.9, S.595–601.
- ⁸ Winkel, R.: Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Thüringen – Konsequenzen für Entwicklungsinstrumente und Förderprogramme. Forschungsauftrag der Thüringer Staatskanzlei und des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Erfurt 2000.
- ⁹ BBR-Veröffentlichung: Handlungsansätze für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang, Berlin/Bonn 2005, S.34–39.
- ¹⁰ Winkel, R.: MORO (Modellvorhaben der Bundesraumordnung): Integrierte und effiziente Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum unter den Bedingungen des demographischen Wandels, Lommatzcher Pflege, Abschluss 2006.

Den kommunalen Familienstandort attraktiv gestalten – Entwicklung und Kommunikation von Problemlösungen

Jens Ridderbusch

Rückläufige Kinderzahlen, immer mehr ältere Menschen und Hochbetagte, zukünftig weniger junge Absolventen und junge Erwerbstätige – der demographische Alterungsprozess stellt Deutschland ebenso wie den Freistaat Bayern mit seinen Regionen und Kommunen vor große Herausforderungen. Die kommunale Infrastruktur wie z.B. Kindergärten, Schulen oder Altenpflegeheime an sich stark verändernde Nutzergruppen anzupassen, ist zumeist mit hohem finanziellen Aufwand verbunden und geht zum Teil auch mit handfesten politischen Konflikten einher. Der demographische Wandel bietet jedoch auch Chancen und Potenziale für neue Entwicklungspfade. Eine nachhaltige Stärkung der Regionen und Kommunen als Familienstandort kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die anstehenden Herausforderungen bei der Anpassung der örtlichen Infrastrukturen erfolgreich zu bewältigen, die Selbsthilfepotenziale der Generationen zu stärken und die Lebensbedingungen für Familien zu erleichtern. Die Stärkung des Familien-

standorts kann auch mit dazu beitragen, dass für junge Paare die Entscheidung für (weitere) Kinder wieder leichter wird.

1. Familien im Mittelpunkt der Kommunalpolitik – Herausforderungen und Handlungsfelder

1.1 Bevölkerungsrückgang in Bayern setzt nach 2020 ein

Die gegenwärtige Bevölkerungsentwicklung in Bayern wird bestimmt durch eine zunehmend hohe Lebenserwartung, weiterhin spürbare Zuwanderungsgewinne sowie eine anhaltend niedrige Geburtenrate. Dies wird nach der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung im Ergebnis dazu führen, dass die Bevölkerung in Bayern in den nächsten 15 Jahren noch zunimmt und eine Bevölkerungsabnahme voraussichtlich erst nach 2020 zu erwarten ist. Wenn man für die kommenden Jahre von stabilen Zuwanderungsge-

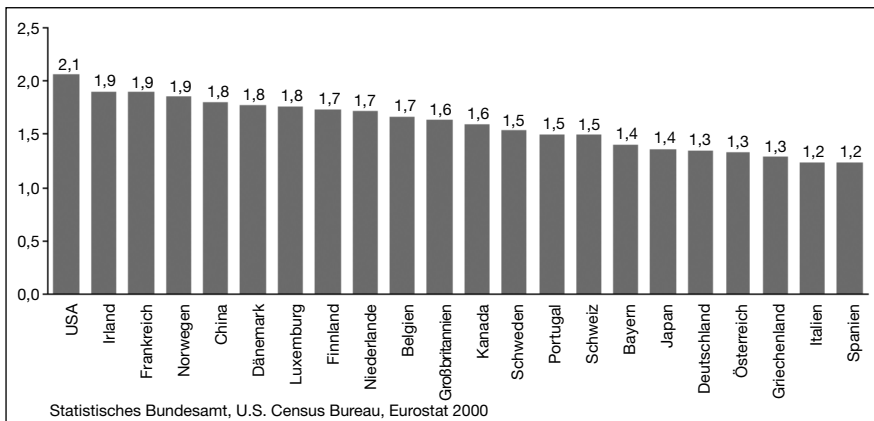
winnen für Bayern von durchschnittlich 40.000 bis 60.000 Personen pro Jahr ausgeht, würde die Einwohnerzahl Bayerns bis 2020 auf knapp 13 Millionen anwachsen und bis 2050 auf 11 bis 12 Millionen Menschen zurückgehen (10. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung, Varianten 1 und 2).

1.2 Zu wenige Kinder werden geboren

Der langfristige Bevölkerungsrückgang ist Folge der seit über drei Jahrzehnten anhaltend niedrigen Geburtenrate in Deutschland. Seit Mitte der 1970er-Jahre werden rund ein Drittel weniger Kinder geboren als notwendig wären, um den Bevölkerungsstand ohne nennenswerte Zuwanderungen zu halten. Bis Ende der 1960er-Jahre lag die zusam-

mengefasste Geburtenziffer noch bei über 2,1 Kindern pro Frau, seit Mitte der 1970er-Jahre hat sich die Geburtenziffer auf niedrigem Niveau eingependelt und liegt gegenwärtig bei durchschnittlich 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau. Im europäischen Vergleich der Geburtenraten liegt Deutschland auf einem der hinteren Plätze, nahezu gleichauf mit südeuropäischen Ländern wie Griechenland, Italien und Spanien, die wesentlich weniger staatliche Leistungen für Familien aufbringen als Deutschland (Schaubild 1). Dabei sind die Kinderwünsche junger Paare durchaus höher als die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder. Nach der Umfrage „Perspektive Deutschland“ von McKinsey u.a. wünschen sich junge Frauen im statistischen Durchschnitt 1,8 Kinder. Die Geburtenrate verharrt jedoch bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau.

Schaubild 1: Kinderzahl pro Frau im internationalen Vergleich



Die Folgen der anhaltend niedrigen Geburtenrate werden heute deutlich sichtbar. Die Zahl der Frauen und Männer im Alter der Familiengründung ist

heute deutlich geringer als vor 30 Jahren. Die Basis für die Reproduktion ist damit erheblich schmaler geworden. Einfach gesagt: Vor 30 Jahren nicht ge-

borene Töchter und Söhne können heute keine Kinder kriegen. So hat seit Mitte der 1990er-Jahre ein neuer Schub des Geburtenrückgangs eingesetzt, der gegenwärtig an rückläufigen Kinderzahlen in den Kindergärten und zunehmend auch in den Schulen sichtbar wird.

1.3 Immer mehr Ältere und Hochbetagte

Durch die weiter steigende Lebenserwartung und die rückläufigen Kinderzahlen verschieben sich die Anteile der Altersgruppen gravierend. Seit einigen Jahren ist der Anteil der älteren Generation 60 plus in Bayern erstmalig größer als der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren – und die Schere zwischen Alt und Jung wird in den kommenden Jahren immer weiter auseinander gehen. Insbesondere der Anteil hochbetagter Menschen im Alter von 75 Jahren und älter steigt stark an und wird sich bis zum Jahr 2050 in etwa verdoppeln. Die Zahl der Kinder im Schulalter wird sich bis dahin um ein Drittel verringert haben.

Die demographische Alterung wird erhebliche Auswirkungen für das Gesundheits- und Pflegewesen haben. Ausgehend von heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden, würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 Jahren und älter in den nächsten 40 Jahren mehr als verdoppeln. Selbst wenn sich die Pflegehäufigkeiten in den Altersgruppen auf Grund des medizinischen Fortschritts in Zukunft verringern würden, ist in den nächsten Jahren mit einer deutlichen Zunahme der Zahl Pflegebedürftiger zu rechnen.

1.4 Impulse zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote

Der demographische Wandel bringt keineswegs nur Risiken und Kosten mit sich, sondern ebenfalls auch Chancen und Impulse für neue Entwicklungspfade. Die rückläufigen Kinderzahlen in den Kindergärten beispielsweise nutzen viele Kommunen für eine Öffnung der Kindergärten für unter 3-Jährige. Daraus ergeben sich auch Impulse, neue pädagogische Konzepte für die verschiedenen Altersgruppen zu entwickeln und die Qualität der frühkindlichen Förderung deutlich zu verbessern.

Andererseits drohen manchen kleineren Ortschaften in Zukunft durchaus auch Schließungen von Kindergärten und Grundschulen, was vor Ort sicherlich zu lebhaften Diskussionen über denkbare Alternativen führen wird. Überleben könnten solche Einrichtungen möglicherweise durch eine stärkere Bündelung mit anderen familienunterstützenden Begegnungs-, Bildungs- und Dienstleistungsangeboten, z.B. als „Familienzentrum“ oder „Haus der Generationen“ unter verstärkter Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements. Eine solche Weiterentwicklung zu Begegnungs-, Betreuungs- und Bildungszentren fördert derzeit auch die Bundesregierung durch das neue Programm „Mehr-Generationen-Häuser“.

1.5 Neue Potenziale zur Selbsthilfe der Generationen

In diesem Zusammenhang birgt auch die längere Lebenserwartung und der zunehmende Anteil älterer Menschen

durchaus Chancen und neue Potenziale. Wenn es gelingt, auch außerhalb verwandtschaftlicher Beziehungen Begegnung, Austausch und Hilfeleistungen zwischen den Generationen zu fördern, also z.B. Motivationskulturen und Märkte für ehrenamtliche Arbeit zu organisieren, dann bedeutet die demographische Alterung nicht automatisch höhere Lasten für den Sozialstaat, sondern kann auch zu einer Stärkung der Selbsthilfepotenziale und des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen.

Ein beispielhafter Ansatz wird u.a. in der Gemeinde Amtzell im Landkreis Ravensburg verfolgt. Dort organisieren Kindergärten, Schulzentrum, Jugendtreff und Alteinrichtungen gemeinsame Bildungs- und Freizeitangebote für Jung und Alt. Vier ehrenamtliche Krabbelgruppen kümmern sich um die Kleinkindbetreuung. Der Förderverein Füreinander-Miteinander bietet Gesprächskreise und Beratung für Familien an. Koordiniert werden die Aktivitäten von dem „Amtzeller Netzwerk Jung und Alt“, dem über 60 örtliche Akteure und Organisationen angehören.

1.6 Handlungsfelder zur Familienfreundlichkeit

Die angesprochenen Beispiele verdeutlichen, dass die Gemeinden und Städte, Kreise und Regionen mit einer nachhaltigen Familien- und Generationenpolitik einen wichtigen Beitrag leisten können, um den Herausforderungen des demographischen Wandels vor Ort wirkungsvoll zu begegnen. Wichtige Handlungsfelder für familienfördernde kommunale Entwicklungsstrategien sind z.B.:

- die Förderung des Zusammenhalts und der Selbsthilfepotenziale der Generationen,
- bedarfsgerechte, früh ansetzende und qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote,
- die Stärkung der Erziehungskompetenzen in den Familien,
- die Schaffung von preisgünstigem, familiengerechtem Wohnraum,
- eine integrierte kinder- und familienorientierte Stadt- und Verkehrsplanung,
- eine familienfreundliche Personalpolitik (Teilzeit, Telearbeit, Elternzeitprogramme usw.),
- eine familienfreundliche Verwaltung und eine für Bürgerbeteiligung offene Kommunalentwicklung,
- ein Klima der Wertschätzung für Familien und eine Motivations- und Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement.

2. Der Familienstandort im Dialog – die Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune

2.1 Zukunftswerkstätten entwickeln familienfreundliche Handlungskonzepte

Für eine Stärkung des Familienstandortes auf kommunaler Ebene ist es wesentlich, dass Kommunen, Kirchen, Unternehmen, Verbände, Vereine und Bürgerschaft ihre Kräfte bündeln, die verschiedenen Handlungsfelder wirkungsvoll miteinander vernetzen und Familienfreundlichkeit zu einem durchgängigen Leitprinzip machen. Eine pragmatische Vorgehensweise hierzu bieten die Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“, die von

der Familienforschung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern angeboten werden. Die ersten 16 Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg haben sich mit Zukunftswerkstätten auf den Weg gemacht und entwickeln zusammen mit engagierten Bürger/Innen und Bündnispartnern örtliche Handlungskonzepte zur Familienfreundlichkeit.

2.2 Schritt 1: Zukunftswerkstatt als Auftaktveranstaltung

Vertreter/Innen der Kommune und Einrichtungen, Geschäfte und Betrie-

be, Kirchen, Verbände und Vereine sowie interessierte Bürger/Innen, Familien, Jung und Alt kommen an einem Tag unter Anleitung sachkundiger Moderatoren zusammen. Nach der Methode der Zukunftswerkstatt werden gemeinsam wichtige Handlungsfelder für mehr Familienfreundlichkeit abgesteckt und erste konkrete Handlungsansätze erarbeitet. Die Zukunftswerkstatt bietet die Möglichkeit, sowohl die verschiedenen fachlichen Sichtweisen der Experten und Schlüsselpersonen, die vor Ort mit Familien zu tun haben, als auch die lebensweltlichen Sichtweisen der Familien selbst sinnvoll mit einzubeziehen (Schaubild 2).

Schaubild 2: Die Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ in Bildern



Der Veranstaltungsablauf kann z.B. wie folgt aussehen:

- Ausgangslage: Was ist in der Kommune familienfreundlich und was nicht? Alle Stärken und Schwächen werden „auf den Tisch gebracht“. So entsteht ein differenziertes Bild der Ausgangslage.

- Reise in die Zukunft: Wie sollen Familien, Jung und Alt in der näheren Zukunft leben können? Was soll die Kommune im Hinblick auf Kinder- und Familienfreundlichkeit dann erreicht haben? Die Teilnehmer/Innen begeben sich auf eine Reise in die Zukunft, um sich vom Alltagsgeschäft frei zu machen und offen zu

klären, wo sie mit ihrer Gemeinde in Zukunft hin wollen.

- Handlungsansätze: Welche Schritte in Richtung Familienfreundlichkeit müssen als Nächstes angegangen werden? Was ist vordringlich? Wo kann man zusammenarbeiten? Zurück in der Gegenwart werden die Zielvorstellungen und Ideen praktisch und konkret erfasst. Es entstehen erste wichtige Ansätze für ein familienfreundliches Handlungskonzept der Gemeinde.

2.3 Schritt 2: Projektgruppen entwickeln Handlungskonzepte

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt werden weiter ausgearbeitet zu einem schlüssigen und tragfähigen Gesamtkonzept zur Familienfreundlichkeit. Dazu werden Projektgruppen beauftragt mit den Entscheidungsträgern der Kommune sowie engagierten Bürger/Innen und Schlüsselpersonen für die Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen. Für eine effiziente Zusammenarbeit sollten die Projektgruppen eine arbeitsfähige Größe behalten. Die Projektgruppen nehmen die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt auf und erstellen in mehreren, gut vor- und nachbereiteten Sitzungen ein Handlungskonzept mit entsprechenden Zielen und Maßnahmevorschlägen. Das Handlungskonzept dient dann als Grundlage für die Beratung und Beschlüsse des Gemeinderats.

2.4 Schritt 3: Umsetzung mit vereinten Kräften

Die Projektgruppen begleiten die Umsetzung des Handlungskonzepts und

stimmen die anstehenden Schritte ab. Je nach Bedarf kommen weitere Beteiligte hinzu. Um den nachhaltigen Erfolg der familienfreundlichen Maßnahmen sicherzustellen, sollten die Kooperationspartner aus Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Verbänden, Vereinen und Bürgerschaft gut eingebunden sein und mit vereinten Kräften zusammenwirken.

Während der Entwicklung und Umsetzung des Handlungskonzepts können weitere konkrete Beteiligungsangebote für Familien, Jung und Alt sinnvoll sein. Dazu sind in Kooperation mit Jugendarbeit, Seniorenarbeit, Kindergärten, Schulen und Vereinen unterschiedliche Beteiligungsformen und Projekte vorstellbar:

- Elternbefragung zur Kinderbetreuung und familienfreundlichen Infrastruktur,
- Spielplatz-Check mit Kindern,
- Interviews mit Jugendlichen, etwa im Rahmen eines Schulprojektes,
- Mal-, Fotowettbewerbe, Filmprojekte zur Kinder- und Familienfreundlichkeit oder
- Mit-Mach-Aktionen, z.B. bei der Neugestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen oder Treffpunkten für Jung und Alt.

2.5 Bislang gute Erfahrungen in 16 Gemeinden und Städten

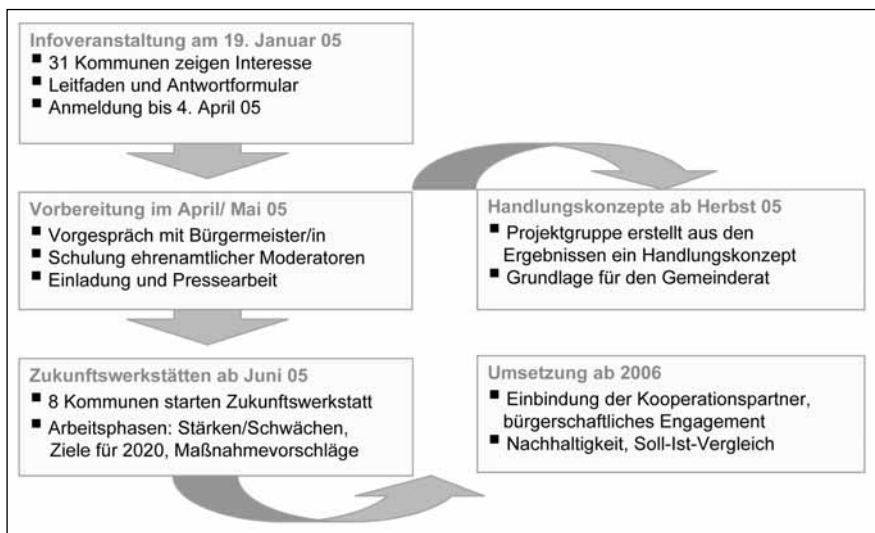
Schaubild 3 zeigt den zeitlichen Ablauf für die ersten sechs Modellkommunen aus dem Ortenaukreis (Baden-Württemberg), die im Zeitraum Juni bis Dezember 2005 Zukunftswerkstätten durchgeführt haben. Die modellhafte Erprobung der Zukunftswerkstätten im

Ortenaukreis hat gezeigt, dass das Veranstaltungskonzept in größeren Städten wie in kleineren Gemeinden gut funktioniert und leicht an die unterschiedlichen örtlichen Ausgangsbedingungen angepasst werden kann. Bis Anfang 2007 werden zehn weitere Kommunen aus ganz Baden-Württemberg zusammen mit der Familienforschung Baden-Württemberg Zukunftswerkstätten durchgeführt haben, darunter kleine Gemeinden ebenso wie Großstädte. Bis dahin werden in den insgesamt 16 Kommunen voraussichtlich mehr als 1.000 Familien und Fachvertreter ihre Ideen und Vorschläge zur Familienfreundlichkeit eingebracht haben.

2.6 Handlungsfelder und Vorschläge der Zukunftswerkstätten

Die Ergebnisse der bisherigen Zukunftswerkstätten zeigen, dass die Handlungsfelder „Zusammenleben, Rückhalt, Unterstützung von Jung und Alt“, „Kinderbetreuung, Bildung, Erziehung“ sowie „Wohnen, Umfeld, Nahversorgung, Verkehr“ für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von besonders großem Interesse sind. In den Zukunftswerkstätten entfielen die meisten Verbesserungsvorschläge auf diese Handlungsfelder. Auch nach der Wichtigkeit gefragt, gaben die Beteiligten den Verbesserungsvorschlägen aus

Schaubild 3: Das Pilotprojekt „Zukunftswerkstätten“ im Ortenaukreis



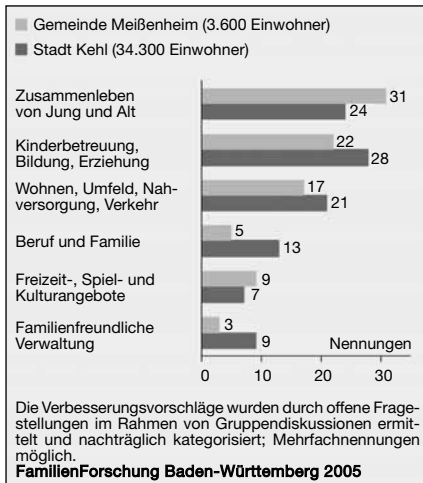
diesen Bereichen im Durchschnitt die meisten Bewertungspunkte.

Weitere relevante Handlungsfelder für die Kinder- und Familienfreundlichkeit von Kommunen sind „Beruf und Familie“, „Kultur- und Freizeitangebote“

sowie „Familienfreundliche Verwaltung“. Auch wenn die Zukunftswerkstätten zu diesen Bereichen insgesamt weniger Verbesserungsvorschläge eingebracht haben, messen die Beteiligten bestimmten Vorschlägen durchaus eine hohe Priorität zu. Schaubild 4 zeigt

für die Zukunftswerkstätten Meissenheim und Kehl, auf welche Handlungsfelder sich die Verbesserungsvorschläge der Teilnehmer/Innen beziehen.

Schaubild 4: Die Topthemen der Teilnehmer/Innen



Die folgende Übersicht zeigt drei beispielhafte Verbesserungsvorschläge zum Handlungsfeld „Zusammenleben von Jung und Alt“, wie sie von der Zukunftswerkstatt der Gemeinde Berg-haupten erarbeitet wurden:

Ort zur Begegnung von Jung & Alt

- In der Gemeinde entsteht ein zentraler Treffpunkt für Jung & Alt: mehrere Begegnungsräume und ein Dorfplatz, der teilweise überdacht ist.
- Hier soll das „Familienbüro“ sein, das Hilfeleistungen für Jung und Alt organisiert.
- Dazu gehören ein Café, in Eigenregie betrieben, sowie

- gemeinsame Spiel- und Freizeitangebote für Jung & Alt, z.B. Spiel- und Bastelnachmittage, Erzählcafé, Vorlesestunden, gemeinsame Feste, Ausflüge u.a.m.

Tauschbörse „Alt hilft Jung, Jung hilft Alt“

- Der „Oma-Service“ bietet stundenweise Kinderbetreuung an.
- Der „Opa-Service“ erledigt Reparaturarbeiten im Haushalt.
- Nachbarn helfen sich aus im Krankheitsfall, übernehmen Einkäufe und Fahrdienste für Ältere.
- Pensionäre begleiten Jugendliche beim Berufseinstieg („Patenschaften“).
- Unentgeltliche Gartenhilfe wird getauscht gegen Bügelarbeiten, Nachhilfe gegen Fahrradreparatur usw.

Jung & Alt bauen einen Naturerlebnis-Spielplatz

- Es entstehen Angebote zum Spielen, Toben, Abenteuer, z.B. Sinnespfad, Experimentierstation, Baumhütte, Räuberlager, Grillplatz u.a.m.
- Örtliche Firmen, Familien, Jung & Alt engagieren sich bei der Planung und Umsetzung.

2.7 Umsetzung der Ergebnisse in den Modellkommunen im Ortenaukreis

In den Modellkommunen aus dem Ortenaukreis steht derzeit die Umsetzung der Ergebnisse an. Die Handlungsvorschläge der Zukunftswerkstatt wurden dem Gemeinderat vorgestellt, der auf

dieser Grundlage über die weitere Ausarbeitung der Vorschläge und die Einsetzung von Projektgruppen entschieden hat. Ziel ist es, die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt zügig zu einem schlüssigen familienfreundlichen Handlungskonzept auszuarbeiten, das dann wieder dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

In der Gemeinde Meißenheim werden die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt in drei Projektgruppen mit den Schwerpunkten „Bildung und Betreuung“, „Alt und Jung“ sowie „Jugend und Freizeit“ weiterverfolgt und in ein familienfreundliches Gesamtkonzept eingearbeitet. In den Projektgruppen arbeiten Gemeinderäte und Erzieherinnen ebenso mit wie Bürgerinnen und Bürger, die ihre Ideen aus der Zukunftswerkstatt selbst mit umsetzen wollen.

Die Gemeinde Willstätt erstellt aus den Ergebnissen der Zukunftswerkstatt ein Leitbild „Familienfreundliches Willstätt“ als Richtschnur für alle zukünftigen kommunalpolitischen Entscheidungen. Dazu wurden zwei weitere vertiefende Workshops mit Bürgern und Bürgerinnen, Vertretern des Gemeinderats, der Ortschaften, der Wirtschaft, Verwaltung und Einrichtungen durchgeführt.

Die Stadt Kehl hat eine Lenkungsgruppe „Familienfreundliches Kehl“ gebildet, mit Vertretern des Gemeinderats, der Wirtschaft, Verwaltung, Einrichtungen, Träger und Eltern. Die Lenkungsgruppe soll die Empfehlungen der Zukunftswerkstatt weiter bearbeiten und die Maßnahmenliste Punkt für Punkt umsetzen. Besonderen Vorrang hat dabei die Planung einer Bege-

nungsstätte für Jung und Alt („Haus der Generationen“).

In Berghaupten hat der Gemeinderat sechs Projektgruppen mit der weiteren Planung und Umsetzung der Ergebnisse beauftragt. Themenschwerpunkte sind hier ein Betreuungsangebot für unter 3-Jährige, die Umsetzung des Orientierungsplans im Kindergarten, die Förderung von Begegnungs- und Freizeitangeboten für Jung und Alt sowie die Verkehrssicherheit für Kinder. In jeder Projektgruppe arbeiten bis zu 20 Bürgerinnen und Bürger. Erste Erfolge sind die Gründung eines Fördervereins zur Kinder- und Jugendbildung, die Einrichtung einer Schulkindbetreuung in den Sommerferien sowie ein regelmäßiges Betreuungsangebot für Kleinkinder unter drei Jahren.

2.8 Nachhaltigkeit auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune

Bei der weiteren Umsetzung der Ergebnisse wird besonders darauf zu achten sein, dass die Ziele und Vorschläge der Zukunftswerkstätten auch tatsächlich in familienfreundliche Handlungskonzepte Eingang finden, umgesetzt werden und die gewünschten Wirkungen entfalten. Dazu wäre eine eigene Qualitätssicherung für familienfreundliche Kommunen hilfreich, die nach einem bestimmten Zeitraum die eingetretenen Resultate mit den ursprünglich gesetzten Zielen vergleicht und die erreichten Fortschritte in besonderer Weise würdigt. Mehrere Modellkommunen im Ortenaukreis wollen ein bis zwei Jahre nach der Zukunftswerkstatt mit allen Beteiligten einen Bilanz-Workshop durchführen, um die erziel-

ten Fortschritte festzustellen und die weitere Umsetzung gemeinsam voranzubringen. Damit soll auch das besonders familienfreundliche Engagement in den Gemeinden und Städten gewürdigt werden.

3. Familienfreundliche Aktivitäten in der Praxis – von guten Beispielen lernen

3.1 Praxisbeispiele und Arbeitshilfen unter www.familienfreundliche-kommune.de

Auf den verschiedenen Handlungsfeldern kommunaler Familienpolitik gibt es eine Vielzahl an guten Konzepten, Modellen und Praxisbeispielen aus den Kommunen, Kreisen und Regionen. Gerade unter den schwierigen finanziellen Bedingungen ist es wichtig, „das Rad nicht immer wieder neu zu erfin-

den“ und viel mehr noch von den Erfahrungen anderer Kommunen und Träger zu lernen. Das Internet-Portal www.familienfreundliche-kommune.de liefert umfassendes Know-how zu beispielhaften Aktivitäten und Projekten für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit (Schaubild 5). Praxisbeispiele aus dem ganzen Spektrum kommunaler Familienpolitik können kostenlos abgerufen werden, z.B. Projekte zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, neue Wege in der Familienbildung, bei Beratung und Hilfen, Treffpunkten und Netzwerken für Familien, Ansätze zur Stärkung von Kinder- und Familienbelangen in der Stadtplanung und der Politik insgesamt. Jedes Praxisbeispiel ist mit Kurzbeschreibung, Ansprechpartnern, Adressen sowie weiterführenden Informationsmaterialien und Internet-Links präsentiert.

Schaubild 5: Das Internet-Portal www.familienfreundliche-kommune.de

The screenshot shows a web browser window displaying the website 'Familienfreundliche Kommune'. The page title is 'Zukunftswerkstatt "Familienfreundliches Bergshaupten" Mit Bürgerbeteiligung auf dem Weg zur familienfreundlichen Gemeinde'. The content includes a description of the workshop, its goals, and contact details for Frau Andrea Lenzhard, the contact person for the initiative. The website has a clean layout with a navigation menu on the left and a main content area with text and images.

Derzeit sind im Portal www.familienfreundliche-kommune.de über 100 besonders innovative Praxisbeispiele abrufbar, weitere Praxisbeispiele können jederzeit online gemeldet werden. Besonders interessant für das Portal sind neuartige familienfreundliche Ansätze und nachhaltige Aktivitäten, die z.B. verschiedene familienfreundliche Leistungen besser miteinander vernetzen, neue Kooperationen eingehen und alternative Finanzierungswege finden oder verstärkt bürgerschaftliches Engagement aktivieren.

3.2 Die Checkliste „Familienfreundliche Kommune“ zur ersten Bestandsaufnahme

Für eine erste Bestandsaufnahme zur Familienfreundlichkeit vor Ort ist im Portal www.familienfreundliche-kommune.de die Checkliste „Familienfreundliche Kommune“ abrufbar. Mit der Checkliste können kleine und mittelgroße Kommunen ihre Ausgangssituation zur Kinder- und Familienfreundlichkeit bestimmen. Entwickelt wurde die Checkliste von lokalen Familienbündnissen aus Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband Jugend und Soziales und der Familienforschung Baden-Württemberg.

Rund 50 Prüfkriterien durchleuchten die Handlungsfelder „Familie und Erziehung“, „Bildung“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Wohnen und

Wohnumfeld“, „Kultur und Freizeit“ sowie „Kommunalverwaltung“. Die Checkliste umfasst beispielsweise Fragen nach Begegnungsmöglichkeiten für Jung und Alt, nach Ansätzen zur ehrenamtlichen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen (z.B. „Patenschaften“ zur Sprachförderung, Integration oder Berufsfindung), nach Angeboten zur Kinderbetreuung (Kleinkinderbetreuung, Ganztagesangebote, Ferienbetreuung, Notfallbetreuung usw.), nach familienentlastenden Dienstleistungen und Ansätzen einer familienorientierten Personalpolitik, Fragen nach Wohnbauförderung für Familien, generationenübergreifendem Wohnen und barrierefreier Stadtgestaltung, bis hin zu Fragen der familienfreundlichen Kommunalverwaltung, einer stärkeren öffentlichen Wertschätzung und politischen Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen.

Die Checkliste kann durch ortsspezifische Kriterien ergänzt werden und kann so für eine differenzierte Bestandsaufnahme und Standortbestimmung genutzt werden. Im Dialog mit den Verantwortlichen und den Familien vor Ort kann dann festgelegt werden, welche Handlungsfelder und Prüfkriterien für den Familienstandort besonders wichtig sind und welche Zielgrößen dafür in Zukunft erreicht werden sollen. Als Dialogforum für die Ziel- und Maßnahmenfindung bieten sich insbesondere die vorgestellten Zukunftswerkstätten an.

Demographischer Wandel – Gestaltungsstrategien im ländlichen Raum

Carsten Große-Starmann/Kerstin Schmidt

1. Einführung

Schrumpfende und wachsende Kommunen liegen in vielen Regionen Deutschlands angesichts der höchst unterschiedlichen demographischen Entwicklung oft nah beieinander. Auch im Wachstumsland Bayern ist diese Entwicklung zu beobachten. Während die Bevölkerung in den größeren Städten Bayerns und den daran anschließenden suburbanen Gebieten wächst, ist gerade in den ländlichen Gebieten, insbesondere in den Regionen direkt an den Landesgrenzen, eine starke Bevölkerungsabnahme und eine überdurchschnittliche Alterung festzustellen (Kreis Kronach, Bayrischer Wald oder auch weiter südlich in Mittenwald). Besonders interessant und oftmals nicht bekannt ist vor allem die Abwanderung vieler junger Menschen, die zu Ausbildungszwecken ihre Wohnorte verlassen. Davon sind insbesondere die ländlichen Regionen betroffen.

Nun stellt sich die Frage, wie die ländlichen Räume mit den Auswirkungen des demographischen Wandels umgehen. Welche Strategien sind insbeson-

dere im ländlichen Raum Erfolg versprechend, um frühzeitig auf die Auswirkungen des demographischen Wandels zu reagieren? An welchen Faktoren ist die demographische Entwicklung abzulesen und wie unterschiedlich zeigt sie sich?

In dem folgenden Beitrag stehen die demographische Entwicklung in den ländlichen Räumen in Bayern und mögliche Gestaltungsstrategien im Vordergrund. Der Bericht basiert auf der Untersuchung „Wegweiser Demographischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung. Alle genannten Zahlen und Analysen können im Internet unter der Adresse www.wegweiserdemographie.de nachgelesen werden.

2. Vielfalt des demographischen Wandels zeigt Vielfalt der Entwicklungen

2.1 50% der deutschen Kommunen schrumpfen

Das Ergebnis der Bevölkerungsprognose der Wegweiser-Studie der Bertels-

mann Stiftung zeigt, dass die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2020 um insgesamt 1,4% schrumpfen wird. Das klingt zunächst nach einer moderaten Schrumpfung. Neben den inzwischen breit diskutierten Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme wird dieser Bevölkerungsrückgang aber nicht auf der gesamtstaatlichen Ebene, sondern vor allem in den Städten und Gemeinden des Landes konkret spürbar – und hier gibt es eine sehr breite Streuung unterschiedlicher Entwicklungen.

Aus der Betrachtung der Gesamtergebnisse wird deutlich, dass rund 50% aller deutschen Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern von Bevölkerungsschrumpfung betroffen sein werden. Die Spannbreite der Schrumpfung reicht hierbei von geringen Bevölkerungsrückgängen mit weniger als 1% Abnahme bis hin zu gravierenden Einwohnerverlusten. So werden in einigen ostdeutschen Kommunen bis zum Jahr 2020 Bevölkerungsverluste zwischen 30% und 40% erwartet.

Demographisch – aber auch ökonomisch – wachsende und schrumpfende Kommunen liegen dabei erkennbar häufig nah beieinander. Das gilt zunächst für die ostdeutschen Bundesländer, wo sich die regionalen Entwicklungen stark unterscheiden und durch ein Patchwork von Gewinner- und Verliererkommunen gekennzeichnet sind. Aber auch in den alten Bundesländern ist die Entwicklung sehr heterogen. Z.B. ist Hessen mit einem tendenziell stark schrumpfenden Norden und einem eher wachsenden und wirtschaftlich prosperierenden Süden ein solches Land der Gegensätze. Und auch innerhalb dieser Regionen gibt es gro-

ße Unterschiede in der Entwicklung. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in Bayern erkennen.

Verstärkt wird durch diese unterschiedliche Entwicklung der Wettbewerb zwischen den Kommunen: der Wettbewerb um Arbeitsplätze, um Einwohner, um Infrastruktur und um Lebensqualität. Hier sind die Kommunen gefordert, aktiv zu werden und klare Prioritäten zu setzen. Diese Notwendigkeit wird z.B. deutlich mit Blick auf die Menschen, die Kinder haben oder perspektivisch haben möchten. Für sie wird sich z.B. die Lebensqualität einer Stadt zu einem ganz erheblichen Teil an der Kinder- und Familienfreundlichkeit der Kommune festmachen. Hier haben Kommunen die Chance, klare Akzente zu setzen und ein eigenes Profil herauszubilden.

2.2 Alle Kommunen altern

Demographisch gesehen wird sich in den bundesdeutschen Kommunen aber nicht nur die Bevölkerungszahl verändern. In seinen Ausmaßen weit aus gravierender als Schrumpfung oder Wachstum ist die Veränderung der Altersstruktur. Der Wegweiser zeigt im Gesamtergebnis, dass ausnahmslos alle betrachteten Kommunen bis zum Jahr 2020 altern werden. Das heißt, das Durchschnittsalter wird sich erhöhen, die Zahl der älteren Menschen (vor allem die der Hochbetagten über 80 Jahre) wird ansteigen, die Zahl der Kinder hingegen aber immer stärker abnehmen.

Die zunehmende Alterung ist dabei das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen. Zum einen steigt – und das ist

für die Menschen ein schöner und positiv zu bewertender Effekt – die Lebenserwartung kontinuierlich an. So wird in der demographischen Forschung z.B. vom Alterungsexperten James Vaupel, Direktor am Max Planck Institut, bereits für 2050 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 90 Jahren für möglich gehalten (bei Frauen sogar bis 100). Eine insgesamt noch zu wenig diskutierte Entwicklung, die bislang vor allem bei den Lebensversicherern Eingang in die Festlegung der Sterbetafeln gefunden hat. Kommunale Reaktionen auf diese Entwicklung sind kaum erkennbar.

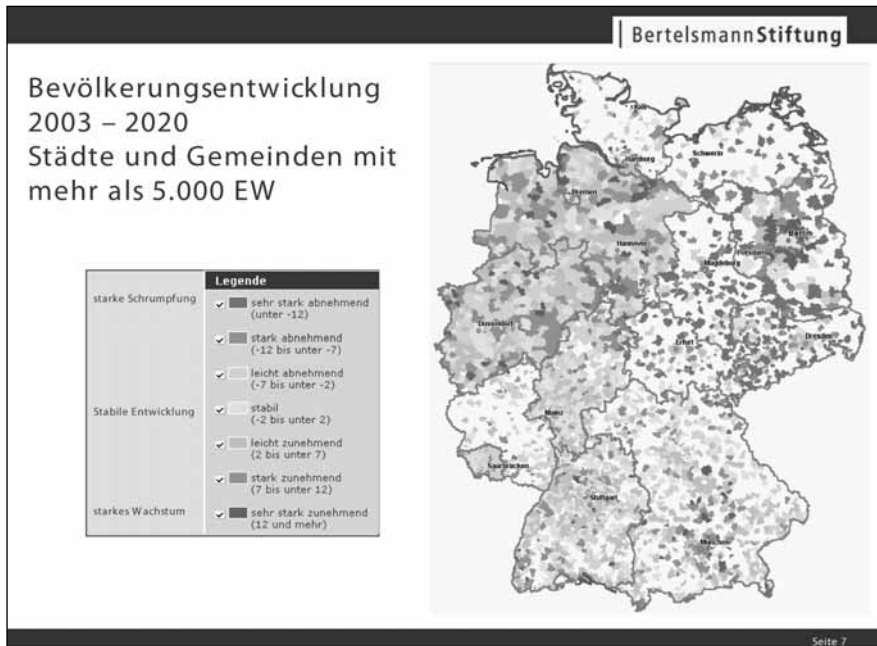
Tendenziell erhöht sich das Durchschnittsalter in der Kommune besonders dann, wenn vor allem junge Menschen (18- bis 24-jährige Bildungswanderer) auf der Suche nach Bildung und Ausbildung aus der Kommune abwandern. Die Bevölkerung schrumpft durch diese Wanderungsbewegungen und mit den jungen Menschen gehen auch die potenziellen Eltern. Zurück bleiben die älteren Menschen und in der Folge werden immer weniger Kinder in diesen Städten geboren. So haben vor allem die stark schrumpfenden und von Abwanderung betroffenen Städte häufig auch eine sehr hohe Alterung zu verzeichnen. Z.B. in Guben, Wittenberge oder Hoyerswerda wird die Hälfte der Bevölkerung im Jahre 2020 älter als 58 Jahre alt sein. Und auch der Anteil an Menschen über 80 Jahre wird in Städten wie z.B. Hoyerswerda oder Cochem an der Mosel bei ca. 15% liegen.

Auf diesen Trend der Alterung, der sich in den Städten und Gemeinden in vielen Facetten zeigt, sind bislang nur wenige Kommunen vorbereitet, obwohl

er ein radikales Umdenken in der Ausrichtung kommunaler Seniorenpolitik erfordert. Diese Entwicklung ist in jeder Stadt in mehrerlei Hinsicht zu bedenken: Zum einen trägt eine alternde Gesellschaft viele Potenziale, die für die bürgerliche Gesellschaft nutzbar gemacht werden können. Überkommene Altenbilder sind dabei neu zu diskutieren und die Kommunen müssen sich fragen, wie sie für die vorhandenen Potenziale wie Zeit, Wissen, Lebenserfahrung etc. einen strukturellen Rahmen schaffen können, der es möglich macht, diese zu nutzen.

Zum anderen ist es wichtig, frühzeitig zu überlegen, wie mit der größer werdenden Gruppe älterer Menschen umgegangen wird, die Hilfs- und Pflegeleistungen benötigen. Welche sozialen Infrastrukturen werden benötigt? Wie kann die Selbstorganisation der älteren Menschen gestärkt werden („Alte helfen sehr Alten“)? Welche Wohnformen können das unterstützen? Welche konkreten Bedürfnisse gibt es eigentlich in der Kommune?

Und letztlich stehen die Kommunen mit einer älter werdenden Gesellschaft auch vor der Fragestellung, wie das Miteinander der Generationen zukünftig verbessert werden kann, denn die Interessen von Familien und Kindern sind häufig andere, als die der Senioren. Hier gilt es, bereits heute aktiv zu werden und kommunale Zukunft im Dialog der Generationen neu zu überdenken. Es kommt für die Kommunen ganz entscheidend darauf an, die unterschiedlichen Interessen einer vielschichtigen Stadtgesellschaft zu berücksichtigen und so eine Balance zwischen den kommunalen Zielgruppen zu schaffen.



2.3 Ostdeutsche Kommunen nehmen gesamtdeutsche Entwicklung vorweg

Bereits in den letzten 15 Jahren haben vor allem die neuen Bundesländer einen Bevölkerungsrückgang von bislang nicht bekanntem Ausmaß erlebt. So haben in diesem Zeitraum ca. zwei Millionen Menschen den Osten verlassen. Und auch bis zum Jahr 2020 werden in vielen Regionen starke Bevölkerungsverluste erwartet, die vor allem auf einer intensiven Abwanderung beruhen. Der Wegweiser Demographischer Wandel zeigt für die betroffenen Kommunen diese im Trend klar zu identifizierenden, in der spezifischen kommunalen Ausprägung jedoch sehr differenziert zu betrachtenden Entwicklungen.

Einwohnerückgang und Alterung sind aber bei weitem kein rein ostdeutsches Phänomen. Vielmehr erleben viele ostdeutsche Kommunen bereits heute Veränderungen des demographischen Wandels, die in 20 Jahren allorts spürbar sein werden. Der Osten ist hier somit der gesamtdeutschen Zeit um mehrere Jahre voraus. Denn mehr und mehr ist die Bevölkerungsschrumpfung auch in den strukturschwachen bzw. ländlichen Regionen im Westen Deutschlands erkennbar. Im Saarland, Süd-Niedersachsen, im Ruhrgebiet, Nordbayern und dem Norden von Schleswig-Holstein ist der demographische Wandel mit den Effekten des Bevölkerungsrückgangs, aber auch der Alterung, bereits heute deutlich zu spüren.

2.4 Demographischer Wandel und Ökonomisierung

Ein klar erkennbares Faktum ist die enge Zusammengehörigkeit von Demographie und Ökonomie. „Die Menschen folgen den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen“ – auf diese knappe Formel lassen sich vielerorts die regionalen und überregionalen Wanderungsbewegungen und in der Folge auch die Gründe für die kommunale Entwicklung bringen. Vor allem mit dem Verlust der ökonomischen Basis in der Kommune wurden und werden häufig starke Bevölkerungsschrumpfungprozesse in Gang gesetzt.

So haben in der Konsequenz fehlende wirtschaftliche Potenziale und eine in der Folge hohe Arbeitslosigkeit (z.B. durch den ökonomischen Bruch nach der Wende 1989/1990) in vielen Regionen der ostdeutschen Bundesländer zu einer stark rückläufigen und deutlich älter werdenden Bevölkerung geführt. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich ab, z.B. für den Harz, das Wendland um Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen sowie die Ostseeküste in Schleswig-Holstein.

Die Bevölkerung schrumpft und altert nicht nur durch diesen Effekt, sondern sie verliert ihre Entwicklungspotenziale: Zum einen wandern vor allem die gut ausgebildeten Fachkräfte sowie die Akademiker der Region ab in der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen. Durch diesen sogenannten „Brain-drain“ geht das für die Schaffung einer neuen ökonomischen Basis in den Kommunen dringend benötigte Potenzial an qualifizierten Kräften verloren. Zum anderen sind es die Frauen im gebärfähigen Alter, die bereits seit Anfang

der 1990er-Jahre diese Regionen verlassen. Damit geht neben dem geistigen Potenzial ein weiteres wichtiges verloren: das der Kinder. Sie werden auf Grund dieser Wanderungsbewegungen in anderen Regionen geboren. Die Entwicklung wird um das Jahr 2010 in diesen Regionen zu einem sprunghaften Geburtenrückgang, dem sogenannten „Zweiten Geburtenknick“ führen.

Zentrale Herausforderung für die Kommunen in den betroffenen Regionen ist es, eine neue ökonomische Basis für die kommunale Entwicklung zu schaffen und alles dafür zu tun, um junge Menschen zu halten.

2.5 Deutlicher Trend „Zurück in die Städte“

Ausfluss der ökonomischen Entwicklungen, bei der sich eine prosperierende Wirtschaft mit Potenzial an Arbeitsplätzen häufig in den Städten konzentriert, aber auch die steigende Attraktivität des urbanen Lebens für viele kommunale Zielgruppen bedingt einen weiteren klar zu identifizierenden Trend, nämlich den Trend zurück in die Stadt.

Das Tempo bei den Suburbanisierungsbewegungen und der Umlandwanderung ist vielerorts stark rückläufig und das in der Vergangenheit dominierende Wohnideal vom freistehenden Einfamilienhaus im grünen Umland der größeren Städte ist schon seit längerer Zeit nicht mehr konkurrenzlos. Denn für immer mehr Menschen stellt sich auch das Wohnen in innerstädtischen Quartieren mit seinen Vorteilen als eine attraktive Alternative dar. Die Stadt

München z.B. ist allein im vergangenen Jahr um 15.000 Menschen gewachsen und auch die Prognose sagt deutliche Zugewinne voraus.

Verschiedene Gründe, die für das innerstädtische Leben und Wohnen sprechen, sind erkennbar:

- Durch die oft günstige Arbeitsplatzentwicklung ist die Stadt für viele Menschen zwar (noch) nicht Wohn- und Lebensmittelpunkt, in jedem Fall aber Mittelpunkt des Arbeitslebens. Auch Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes ist aber ein Stück Lebensqualität und mit Abschaffung der Eigenheimzulage auch eine häufig günstigere Alternative zum Bauen im Umland.
- Das Leben in der peripheren Umgebung der Städte ist teuer. Vor allem steigende Energiepreise und ÖPNV-Kosten sind für die Berufspendler ein großer Kostenfaktor. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die politisch bereits begonnene Kürzung bzw. Abschaffung der Pendlerpauschale.
- Pendeln in die Städte kostet Zeit – häufig viele Stunden in der Woche. Diese Zeit fehlt den Pendlern in ihrer Freizeit, den Eltern mit ihren Kindern. Der Trend geht dahin, Wohnen, Freizeit und Arbeit in räumlicher Nähe zu verbinden.
- Innerstädtisches Wohnen eröffnet vielfältigere Lebensmodelle. Das gilt insbesondere für berufstätige Paare mit Kindern. Während es an den eher peripheren Standorten z.B. schwierig sein kann, eine adäquate und flexible Betreuung für die Kinder zu finden, fällt eine Berufstätigkeit beider Elternteile in den Städten angesichts des manchmal besseren,

aber doch zumindest vielfältigeren Betreuungsangebots häufig leichter.

- Das Freizeit- und Erlebnisangebot in den Städten ist vielfältiger und wird damit von vielen Menschen als attraktiver empfunden.
- Innerstädtisches Wohnen wird für ältere und alte Menschen an Attraktivität gewinnen. Denn auch bei eingeschränkter Mobilität sind z.B. die wichtigsten Versorgungseinrichtungen, vom Lebensmittelmarkt über den Arzt bis hin zum Friseur, gut zu erreichen. Schon heute gibt es in den Städten attraktive neue Wohnformen für Senioren: Stadthäuser, Wohngemeinschaften für Senioren und Mehrgenerationenhäuser.

3. Die demographische Entwicklung in Bayern

Das Land Bayern ist – neben Baden-Württemberg – demographisch und wirtschaftlich ein Wachstumsland. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern erweisen sie sich als besonders zukunftsfähig. Sie verfügen über eine moderne und innovative Wirtschaft, die seit vielen Jahren Zuwanderer aus dem In- und Ausland anzieht. Laut Prognose der Bertelsmann Stiftung ist bis zum Jahr 2020 mit einer Fortsetzung des Wachstums um rund 2,5% zu rechnen. Insgesamt also eine sehr positive Entwicklung, die jedoch vor Ort in den einzelnen Kommunen und Regionen auch unterschiedlich verläuft.

In den Wachstumsräumen um München, Augsburg oder Nürnberg sorgt die hohe Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensraum für Zuzug aus der gesamten Bundesrepublik, insbesondere

aus den neuen Bundesländern. Dennoch wird bei einem Blick auf die in der Abbildung zu sehende Karte deutlich, dass zahlreiche bayrische Grenzkreise und -gemeinden zur tschechischen Republik, zu Sachsen und Thüringen negative demographische und wirtschaftliche Abwärtstrends aufweisen. So wird beispielsweise der Landkreis Kronach

bis zum Jahr 2020 um mehr als 7% schrumpfen. Einzelne Gemeinden wie z.B. Teuschnitz an der thüringischen Grenze hatten in den vergangenen Jahren starke Einwohnerverluste sowie den Niedergang einzelner Wirtschaftszweige zu verbuchen, gekoppelt mit einer starken Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppe.



Die nachfolgende Abbildung mit einer kleinen Auswahl bayrischer Kommunen zeigt die Bandbreite der Entwicklung. So weisen z.B. das wirtschaftlich prosperierende Augsburg und der etablierte Kurort Bad Tölz für die Zukunft Bevölkerungswachstum auf; dies wird unter anderem dokumentiert durch eine Zuwanderung der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen (Bildungswanderung), die für Zentren und größere Städte ty-

pisch ist. Dem gegenüber stehen ländliche und strukturschwache Gebiete wie z.B. die Kreise Kronach und Hof, wo deutliche Bevölkerungsverluste bis zum Jahr 2020 prognostiziert werden. Diese Schrumpfung geht häufig mit einer starken Alterung einher, die sich z.B. im Landkreis Hof an einer Zunahme des Medianalters auf über 50 Jahre bis 2020 zeigt. Damit ist im Kreis Hof mehr als die Hälfte der Bevölkerung

älter als 50 Jahre. Landesweit betrachtet, ist im Unterschied zu vielen baden-württembergischen Städten und Gemeinden in bayrischen Kommunen

die Alterung der Bevölkerung stärker ausgeprägt. So ist Bayern – demographisch gesehen – ein Land der Gegensätze.

BertelsmannStiftung							
Demographische Entwicklung / Bevölkerungspotenzial		Download Tabelle (pdf) <input type="checkbox"/> Download Datensatz (csv) <input type="checkbox"/>					
<input type="checkbox"/> Erklärung Indikatoren	Augsburg	Bad Tölz	Cham	Rothenburg ob der Tauber	LK Kronach	LK Hof	
Bevölkerung 1996-2003 (%)	0,3	4,4	0,6	-5,1	-2,7	-2,8	
Bevölkerung 2003-2020 (%)	2,8	6,2	-1,7	-12,3	-7,4	-8,2	
Frauenanteil an den 20 bis 34-Jährigen (%)	50	50,7	49,4	49,5	48,3	50	
Fertilitätsindex (%)	-0,4	1,2	1,2	0,9	1,6	0,5	
Ausländeranteil (%)	18,1	k.A.	k.A.	k.A.	3,7	3,9	
Familienwanderung (pro 1000 Ew.)	0,6	7,2	2,3	-6,9	0,7	1,8	
Bildungswanderung (pro 1000 Ew.)	52,5	40,8	4,7	-9,9	-12,5	-19,8	
Durchschnittsalter 2003 (Jahre)	42,5	42,6	41,6	43	42,7	43,6	
Durchschnittsalter 2020 (Jahre)	45,4	47,2	45,7	48,1	47,6	48,6	
Median-Alter 2003 (Jahre)	40,4	40,8	40,2	41,6	41,5	42,6	
Median-Alter 2020 (Jahre)	45,4	48,6	46,9	50,5	49,6	50,7	
Anteil unter 18-Jährige 2003 (%)	16,8	17,8	18,3	17,9	18	18,2	
Anteil unter 18-Jährige 2020 (%)	15,3	14,2	16,1	13,7	14,2	13,9	
Anteil 60- bis 79-Jährige 2003 (%)	21	21,7	20	22,1	21,7	23,3	
Anteil 60- bis 79-Jährige	22	23,9	23,3	25,5	24,4	25,5	

4. Handlungsbereiche für den ländlichen Raum in Bayern

Mehr als 80% der bayerischen Landesfläche (rd. 70.000 km²) sind ländliche Räume. Dort leben mehr als die Hälfte der rd. 12 Mio. Bewohner des Freistaates. Diese Zahlen belegen das Gewicht der ländlichen Räume im Freistaat Bayern. Viele Menschen haben bei den ländlichen Räumen Bayerns ähnliche Bilder vor Augen: Bergpanoramen hinter grünen Wiesen mit grasenden Kühen, Häuser und Höfe in der typisch bayrischen Bauweise, extensive Land-

wirtschaft, liebevolle Orte, angenehm touristisch erschlossen und funktionierende soziale Gefüge mit vielen Kindern und mehreren Generationen, die unter einem Dach leben – eine Welt, in der sich gut leben lässt und in der demographische oder sozioökonomische Veränderungen nur am Rande vorkommen.

Tatsächlich sind die ländlichen Räume bei näherer Betrachtung oft sehr viel weniger einfach zugänglich und erfordern eine sehr differenzierte Betrachtungsweise. Es gilt auch für den ländli-

chen Raum mit all seinen unterschiedlichen Formen (vom gänzlich peripher gelegenen bis hin zum eher suburban geprägten Raum), dass immer die ganz spezifischen Ausgangslagen vor Ort und das regionale Umfeld genauer zu betrachten sind, wenn es im Sinne von Zukunftsfähigkeit darum gehen soll, für die Gestaltung der Herausforderungen des demographischen Wandels aktiv zu werden. Hier gilt es auf Basis sehr individueller Betrachtungen spezifische Strategien vor Ort zu entwickeln.

Grundsätzlich hat es für die ländlichen Räume Bayerns in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sehr unterschiedliche Entwicklungen gegeben. So hat mit Blick auf die Erwerbswirtschaft zunächst die traditionelle Land- und Forstwirtschaft immer stärker an Bedeutung verloren, wohingegen der große Bereich des Tourismus immer weiter ausgebaut worden ist und vielen Menschen die Erwirtschaftung ihres Lebensunterhalts ermöglicht. Daneben sind die ländlichen Räume in Bayern nach wie vor und trotz des sich abzeichnenden Trends zurück in die größeren Städte auch weiterhin attraktive Zuzugsräume für Familien mit Kindern (vor allem in Anbindung an größere Städte oder Agglomerationsräume). Aber auch immer mehr ältere Menschen, die die ländlichen Regionen Bayerns z.B. aus häufig verbrachten Urlauben genauer kennen und schätzen, entscheiden sich für eine Wohnsitznahme in Bayern, um dort ihren Lebensabend zu verbringen. Der Anteil der Touristen mit einem Zweitwohnsitz in ländlich besonders attraktiv gelegenen Gegenden steigt ebenfalls. Auch auf diese Gruppe muss sich die örtliche Kommunalpolitik einstellen und mit Maßnahmen im Bereich der

Bildungs- und Sozialpolitik sowie zur Integration der Neubürger reagieren.

In jedem Fall erfordern die demographischen Veränderungen und die daraus abzuleitenden Herausforderungen in den Gemeinden eine klare Prioritätensetzung und eine starke Umsetzungsorientierung. Denn das Gesamtportfolio der Handlungsbereiche in den ländlichen Räumen Bayerns ist – bei aller regionalen Differenziertheit – ähnlich. Die jeweilige Bedeutung und Ausgestaltung dieser Handlungsfelder für die zukünftige Entwicklung der Kommunen werden im Sinne einer erforderlichen Akzentuierung bestimmt von der spezifischen Ausgangslage.

Das Tableau der kommunalen Handlungsfelder ist angesichts der vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels vielfältig, der Handlungsdruck, der insbesondere auf den ländlichen Räumen lastet, ist enorm. Der demographische Wandel verstärkt gerade im ländlichen Raum den Problemdruck, denn er macht Anpassungs- und Veränderungsleistungen erforderlich (z.B. durch die Zunahme des Anteils älterer Menschen) und schränkt gleichzeitig notwendige Ressourcen ein (sinkende Pro-Kopf-Zuweisungen bei Bevölkerungsrückgang). Hinzu kommen Veränderungen der kommunalen Aufgabengebiete (z.B. durch den Privatisierungsdruck) und auch der Schul- und Sozialgesetzgebung.¹ Gleichzeitig ist gerade in ländlichen und peripheren Räumen zu beobachten, dass vor allem die mobilen, gut ausgebildeten und jungen Menschen die Gegenden verlassen, sodass neue Anforderungen an das Zusammenleben der zurückbleibenden Bevölkerung hinsichtlich Lebensgestal-

tung und Lebensqualität zu stellen sind.

Gerade in den ländlichen Räumen kommt es darauf an, offensiv mit dem demographischen Wandel umzugehen. So sind in den ländlichen Räumen Bayerns aus Sicht der Bertelsmann Stiftung die nachfolgenden Handlungsfelder mit besonderer Priorität zu bearbeiten.

4.1 Kinder- und Familienfreundlichkeit

Das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit wird für alle Kommunen mehr und mehr zum Standortfaktor mit einer zentralen gesellschaftspolitischen, aber auch einer beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Facette. In den häufig tradierten (Familien-)Strukturen des ländlichen Raumes wird gerade dieses Handlungsfeld aber häufig noch vernachlässigt, da weiterhin vor allem auf die funktionierenden familiären Netzwerke gesetzt wird. Tatsächlich aber ist die Schaffung von flexiblen und verlässlichen Betreuungsangeboten für Frauen mit Kindern gerade auch im ländlichen Raum eine wichtige Voraussetzung und eine zentrale Investition in diesen Standortfaktor. Denn auch im ländlichen Raum hat für viele (junge) Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf häufig bereits aus rein wirtschaftlichen Erwägungen eine hohe Priorität.

Die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Kommune ist aber weit mehr, als die bloße Verbesserung der Kinderbetreuung. Es kommt hier auf ein klares Bekenntnis zu dieser Ziel-

gruppe an und erfordert die Realisierung eines umfassenden und integrierten Angebotes in den Bereichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Hier tragen Kommunen Verantwortung, konkrete Beiträge zu leisten auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft. Sich um die Stärkung kinderfreundlicher Lebensumwelten zu kümmern und konkret auf die Bedürfnisse und Probleme der Eltern einzugehen, ist dabei in den großen Städten genauso wichtig, wie in den ländlichen Räumen.

Die Handlungsmöglichkeiten sind vielfältig: Sie reichen von der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der speziellen Förderung sozial benachteiligter Kinder bis hin zur Vernetzung von Bildungs- und Betreuungsangeboten vor Ort. Um hier positive Veränderungen zu erreichen, sind viele lokale Akteure in den Kommunen gefragt: Kommunalpolitiker genauso wie Unternehmen, Kirchen, Eltern, Jugendämter etc.

Daneben geht es hier vor allem darum, in die Förderung, Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen zu investieren. So avanciert der Bereich der Bildung in diesem Kontext zu einem wichtigen Standortfaktor. Denn gerade in einer Gesellschaft, die zukünftig von Fachkräftemangel und sinkendem Erwerbspersonenpotenzial betroffen sein wird, sind Investitionen in den Bildungsbereich Investitionen in die Zukunft der Standorte und in die Zukunft der einzelnen Menschen. Hier gilt es, auch in den ländlichen Räumen Perspektiven zu schaffen und Bildung als eine zentrale Stellschraube zur Schaffung von Chancengleichheit zu etablieren.

4.2 Identität und bürgerschaftliches Engagement

Die enger werdenden finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand bei gleichzeitig wachsender Komplexität der Aufgaben erfordern es mehr denn je, das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement mit Nachdruck zu fördern. Für den ländlichen Raum bedeutet dies ein weiteres Nutzbarmachen der häufig bereits guten sozialen und nachbarschaftlichen Strukturen und die Förderung der Identität innerhalb der örtlichen Gemeinschaft. Denn gerade aus der Identität der Akteure mit ihrer Kommune erwächst Engagement. Deshalb ist dieses „Wir-Gefühl“ durch identitätsstiftende Maßnahmen zu unterstützen. Die aktive Mitgestaltung und Zusammenarbeit von Akteuren aus dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich und die Zusammenführung öffentlicher und privater Ressourcen eröffnet hier vielfältige Chancen, die vorhandenen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, diesem Engagement Struktur zu geben in Bezug auf Angebot und Nachfrage. Zentral ist dabei die Wertschätzung der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit im Sinne einer Anerkennungskultur.

Mit diesem Handlungsfeld einher geht die Integration von Neubürgern. Gerade in den durch Zuzüge noch weiter wachsenden Kommunen des ländlichen Raumes gibt es hier auch in Bayern häufig großen Handlungsbedarf, um die Neubürger im Sinne der angesprochenen Identität und Einbindung in die Aktivitäten vor Ort in die örtliche Gemeinschaft zu integrieren und auch

deren Potenziale für die Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft zu nutzen.

4.3 Balance im Infrastrukturmanagement

In den ländlichen Räumen Bayerns, die nicht in den zuvor genannten Grenzregionen liegen, ist zunächst auch weiterhin Bevölkerungswachstum zu erwarten - zumindest liegt das bislang in der Vergangenheit breit vorherrschende Wachstum zeitlich noch nicht allzu lange zurück. Eine besondere Herausforderung liegt deshalb darin, für die Endlichkeit oder auch die z.T. bereits eingetretene Umkehr dieser Entwicklung zu sensibilisieren und frühzeitig eine gedankliche Abkehr von den vorherrschenden Wachstumsparadigmen zu etablieren. Denn diesem Denken kommt vor allem mit Blick auf die große Bandbreite kommunaler Infrastruktur, die in Deutschland kommunal vorgehalten wird, und die finanziert werden muss, eine entscheidende Bedeutung zu. Denn gerade der hohe Ausstattungsgrad wird zu einer gravierenden finanziellen Belastung, wenn Bevölkerungszahlen zurückgehen, Folgekosten steigen und in der Folge zu groß dimensionierte Angebote finanziert werden müssen. Denn in den ländlichen Räumen ist die Bevölkerungsdichte schon heute gering und wird sich perspektivisch weiter verringern. So ist hier absehbar, dass es für die kommunal Verantwortlichen zunehmend schwierig werden wird, auch mittel- bis langfristig eine funktionierende und bezahlbare Infrastruktur bereitzustellen. So weit dann demographische Veränderungen einhergehen mit ökonomischer Strukturschwäche,

kann dies zu einer durchaus dramatischen Abwärtsspirale führen.

Letztlich gilt für wachsende wie schrumpfende Kommunen: Eine passende und zielgruppenorientierte Infrastrukturausstattung wird zum entscheidenden Faktor für ihre Tragfähigkeit insgesamt, aber auch für die Attraktivität und Lebensqualität einer Kommune. Art und Umfang von neu zu schaffenden, zu erhaltenden oder anzupassenden Infrastruktureinrichtungen sind genau zu analysieren und auf die regionale Situation hin auszurichten. Gerade für den ländlichen Raum ist es besonders wichtig, regionale Kooperation in der Region frühzeitig miteinzubeziehen und im Sinne gemeinsamer Nutzungskonzepte frühzeitig zu realisieren.

4.4 Urbanität und Flächenentwicklung

Die Vermeidung von Zersiedelung und die Stärkung der urbanen oder dörflichen Kerne stehen für alle Kommunen des ländlichen Raumes weit oben auf der kommunalen Agenda. Es ist gerade in Zeiten demographischer Veränderungen eine ihrer ganz zentralen Aufgaben, Flächenentwicklung und Ortskernentwicklung aktiv zu steuern.

Für die zunächst noch weiter wachsenden Kommunen steht dabei vor allem die Vermeidung von Zersiedelung im Vordergrund, denn dort wird der bestehende Bedarf an Wohnbauland häufig uneingeschränkt im Umland der Kommune gedeckt. So ziehen die großflächig ausgewiesenen und im Ergebnis oft monostrukturierten Einfamilienhaussiedlungen neben dem Flächen-

verbrauch zum einen hohe Infrastrukturinvestitionen nach sich, die langfristig bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen zu einer Belastung der kommunalen Haushalte werden können. Vor allem aber gerät bei dieser Vorgehensweise die wichtige Stärkung und Weiterentwicklung der Ortskerne aus dem Blick. Es gilt daher, dem Grundsatz „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ zu folgen. Konkret bedeutet das eine Begrenzung der Siedlungsentwicklung außerhalb der Zentren und Investition in Erhalt und Ausbau der urbanen Zentren. So werden lebenswerte und lebendige Quartiere zu Standortfaktoren für die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum.

In den von Schrumpfung betroffenen Kommunen entleeren sich häufig zuerst die Ortskerne, weil sie lange Zeit von der gemeindlichen Entwicklung, die mehr in den Neubaugebieten stattgefunden hat, abgekoppelt waren. So besteht auch hier die Gefahr einer Abwärtsspirale in der gemeindlichen Entwicklung. Zunächst ziehen die Menschen in den Ortskernen fort aus den für sie unattraktiven oder unattraktiv gelegenen Gebäuden. Schnell folgt der Einzelhandel, da die Geschäfte mangels Zulauf kaum noch unterhalten werden können. Mit fortschreitendem Verfall dieser vorhandenen unattraktiven Bausubstanz entleeren sich die Kerne immer weiter und die Auflösung der gewachsenen sozialen Strukturen ist die Folge.

Deshalb ist es vor allem auch in schrumpfenden Kommunen, die in der Regel parallel von einer starken Alterung betroffen sind, wichtig, in die Qualität der Ortskerne zu investieren, um diese lebendig zu halten und quali-

tätsvoll weiter zu entwickeln. Gerade in einer alternden Gesellschaft ist dabei wichtig, die größer werdende Gruppe der älteren Menschen mit einzubeziehen.

4.5 Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Jede Kommune in Deutschland wird vom Alterungsprozess der Gesellschaft betroffen sein. Für viele Kommunen Bayerns gilt das zunehmend auch insofern, als dass sie Zuzugsraum für ältere Menschen sind, die ihren Lebensabend in Bayern verbringen möchten. Vor allem aber haben sich neben der zunehmenden Alterung die überkommenen Altenbilder gewandelt. Die kulturelle Vorstellung von Alter, aber auch die Erwartungen an Leben, Unterstützung und Hilfen im Alter haben sich stark gewandelt, im ganz persönlichen wie im kommunalen Bereich insgesamt. Das betrifft – in ganz unterschiedlicher Ausprägung – auch die ländlichen Räume.

Eine zukunftsorientierte kommunale Seniorenpolitik ist vor diesem Hintergrund als eine zentrale kommunale Querschnittsaufgabe anzusehen, die von der Bau- und Verkehrsplanung über die Etablierung alternativer Wohnformen und die Bereitstellung bedarfsgerechter pflegerischer Infrastrukturen bis hin zu Bildungs- und Gesundheitsthemen reicht. Neben der aktiven Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe älterer Menschen sollte dabei die Aktivierung der Potenziale älterer Menschen besonders im Fokus stehen.

Für die Kommunen des ländlichen Raumes ist es wichtig, dass auch kom-

munale Seniorenpolitik zu einer eigenen Schwerpunktsetzung wird und sich dabei auch an die Selbstverantwortung der älteren und älter werdenden Menschen richtet. So leiten sich aus den genannten Handlungserfordernissen in einer älter werdenden Gesellschaft viele Chancen für eine zukunftsorientierte gemeindliche Entwicklungspolitik ab. Die Kommunen sind gefordert, diese Potenziale der kommunalen Gemeinschaft zugänglich zu machen.

4.6 Interkommunale Kooperation

Angesichts der demographischen Veränderungen ist der Ausbau der interkommunalen Kooperation das Gebot der Stunde. Auf lange Sicht ist es unerlässlich, die enge Zusammenarbeit mit weiteren kommunalen Partnern zu suchen (inhaltlich und finanziell) und diese an der Region auszurichten. Für alle Kommunen ist es wichtig, offensiv Kooperationspartner zu suchen und z.B. konkrete Arbeitsteilungen anzustreben. Vor allem erforderlich ist eine regional stärker abgestimmte Siedlungsflächenentwicklung, um eine expandierende Flächenentwicklung mit hohen Infrastrukturfolgekosten zu vermeiden und ein regional stärker abgestimmtes Infrastrukturangebot, um z.B. Überkapazitäten etc. zu vermeiden.

Hier wird es für alle Kommunen des ländlichen Raumes darauf ankommen, die eingetretenen Pfade des gemeindlichen Kirchturmdenkens zu verlassen und eine Neuorientierung anzustreben. Vor allem die kommunalpolitische Steuerung wird in Zukunft sehr viel stärker auf der regionalen Ebene

abzustimmen sein. Eine besondere Herausforderung liegt auch darin, die vorhandenen Stärken zu erkennen, im regionalen Kontext weiterzuentwickeln und so auch neue wirtschaftliche Grundlagen für die Kommune und die dort lebenden Menschen zu erschließen.

Anmerkung

- ¹ Beetz, Stephan: Ländliche Politik im demographischen Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitung DAS PARLAMENT, 22. Mai 2006.

Unter dem Anspruch des „C“ – Wie Wert-voll ist der „Markenkern“ der Union?

Andreas Püttmann

1. Neuorientierung nach dem Bankrott der 68er-Ideologie

In einem Artikel über die CDU meinte der Göttinger Parteienforscher Franz Walter kürzlich, der Konservatismus in Deutschland verliere „die Schlacht gegen den Wertewandel zu einem Zeitpunkt, da dieser mittlerweile an Flair und Zauber gehörig verloren hat. Schließlich erleben wir gerade den Beginn eines Wandels des Wertewandels. In den Tiefenschichten der Gesellschaft wachsen die Bedürfnisse nach Bindung, Zuordnung, Sicherheiten. (...) Doch ist die klassische Partei des Konservatismus dieser Republik längst liberal geworden. Die Konservativen haben merkwürdigerweise aufgegeben, als die Voraussetzungen ihrer Renaissance gerade zurückkehrten“; der nach den Niederlagen des Sozialismus und des Anti-Nationalen gebliebene identitätsstiftende Kitt des Kulturellen, Moralischen, „Anti-68erhaften“ sei nun auch „perdu“. Ein schwuler Bürgermeister, eine geschiedene Bundeskanzlerin, ein die Ehefrau verlassender Minister-

präsident. (...) Die Dämme, die die Union gegen die Kulturrevolte, den Hedonismus, den libertären Postmaterialismus errichtet hatte, sind gebrochen.“ Konsequenz: „Mindestens kulturell-lebensweltlich also wird das Land immer mehr zu einer Allparteienkoalition“.¹

Sieht man von der Verkürzung der „C“-Parteiidentität auf „Konservatismus“ und des Maßstabes auf das Privatleben von Spitzenrepräsentanten einmal ab, so enthält die Einschätzung des Politologen immer noch genug Bedenkenswertes. In der Tat scheint auch die 68er-Kulturrevolution „ihre Kinder zu fressen“ – zumindest in dem Sinne, dass erstens die einst nonkonformistisch bis revolutionär gestimmten „Blumenkinder“ selbst massenhaft der verhassten „Verbürgerlichung“ anheim fielen; dass zweitens ihr kecker Spruch: „Wir sind die, vor denen uns unsere Eltern immer gewarnt haben“, in den eigenen Früchtchen wie ein Bumerang auf sie selbst zurückfällt, indem „statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hoch motivierten

Jugend unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht hat, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und, im schlimmsten Fall, sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist“;² und dass drittens prominente Vertreter dieser Generation längst die destruktiven Folgen ihrer Denunziation tradierter Normen, Institutionen und („Sekundär“-)Tugenden persönlich erlitten und intellektuell erfasst haben. Zu den frühesten öffentlich Einsichtigen gehörte Hans-Ulrich Klose, der im Deutschen Bundestag fragte, „ob wir nicht (...) allzu konsequent vom Erziehungsgedanken Abschied genommen haben. Ist nicht Erziehung zu Anstand und Toleranz, zur Achtung vor den Mitmenschen und zu wechselseitiger Rücksichtnahme doch von zentraler Bedeutung, genauso wichtig wie die Selbstfindung und -entwicklung des einzelnen Menschen? Sind nicht einige der Sekundärtugenden wie Höflichkeit und Fairplay doch primäre Werte für das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft?“ Joschka Fischer fand zu der uralten Einsicht zurück: „Eine Ethik, die sich nicht auf die tiefer reichende, normative Kraft einer verbindlichen Religion (...) stützen kann, wird es schwer haben, sich in der Gesellschaft durchzusetzen und von Dauer zu sein. (...) denn ihre gesellschaftliche Wirkung könnte sie erst auf dem Hintergrund neuer und akzeptierter religiöser Tabus und davon abgeleiteter Normierungen entfalten. Eine Verantwortungsethik ohne religiöse Fundierung scheint (...) in der Moderne einfach nicht zu funktionieren“.³ Gerhard Schröder, der die Kirchen als Juso noch überflüssig machen wollte, behauptete gegen Ende seiner Kanzlerschaft: „Mir war immer klar, dass das Christentum wesentlich für Identität und Zusam-

menhalt in der Gesellschaft sorgt“ und lobte die Beiträge der Kirchen „zur intellektuellen Durchdringung von tagesaktuellen und langfristigen Fragen“.⁴ Die Beispiele dafür, dass angesichts einer Katerstimmung von „Schluss mit Lustig“ (Peter Hahne) „der Wertewandel an Flair und Zauber gehörig verloren hat“ und dass das Christentum zumindest in den reflektierten Milieus wieder an Anerkennung gewann, ließen sich beliebig vermehren.

2. Sozialethische Gründe für eine christlich orientierte Politik

Allerdings bleibt diese Anerkennung inhaltlich fast immer diffus. Begriffe wie „christliches Menschenbild“ oder „christliche Werte“ werden auch in den Unionsparteien bei Parteitagern gern wie eine Monstranz hoch gehalten, ohne dass man von der Mehrheit der Applaudierenden annehmen dürfte, dass sie in der Kommunikation „vor Ort“ oder in konkreten Sachbezügen zu buchstabieren wüssten – oder wagten –, worin die sozialethischen Orientierungsleistungen des Christlichen im Einzelnen bestehen. Hierbei kann man von der Theorie oder von der Empirie ausgehen, gemäß dem Schriftwort: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16). Letzteres hat den Vorteil, dass sich aus der Analyse sowohl politisch relevante ethische Merkmale des Christlichen „destillieren“ als auch ihre tatsächlichen Wirkungen auf das Denken und Handeln von Menschen belegen lassen. Demoskopische Studien dazu sind in Deutschland zwar rar, aber aussagekräftig genug. Daraus ergeben sich sieben Thesen.

2.1 Sieben Thesen

1. Christen betrachten den Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes und sind damit in besonderer Weise der Würde und dem Recht des Menschen verpflichtet.

Dies erweist sich vor allem in den Fragen der Unantastbarkeit menschlichen Lebens, eines „Höchstwertes“ (BVerfGE 39,42) unserer Verfassung: Religiöse Menschen lehnen Abtreibung, Euthanasie und private Gewaltanwendung entschiedener ab als nichtreligiöse.⁵ Eine Europäische Wertestudie konstatiert: „Das Religiöse wirkt nachhaltig zum Schutz des Lebendigen“.⁶

2. Die in der jüdisch-christlichen Tradition enthaltene Ethik erzieht zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich.

Sowohl illegale Protestformen als auch die Delikte der so genannten Alltagskriminalität (Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Schwarzfahren, Missbrauch von Sozialleistungen) werden mit wachsender Nähe zur Kirche entschiedener abgelehnt.⁷ Deutliche Unterschiede ergeben sich auch in der Unterstützung von Handlungsmaximen wie „immer die Wahrheit sagen“, „bescheiden sein“, „höflich zu anderen sein“, „Dankbarkeit zeigen“, „auch mal verzichten können“, „anderen vergeben“: kirchlich gebundene Jugendliche machen sich diese um durchschnittlich 16 Prozentpunkte häufiger zu Eigen als Gleichaltrige ohne Kirchenbindung.⁸ Die stärkere Normorientierung wurzelt im Glauben an den transzendenten Ausgleich von Sittlichkeit und Glückseligkeit für die unsterbliche Seele. Eine

überweltliche Rechtfertigungspflicht stellt die Versicherungsinstantz für die Geltung der Ethik dar, sodass sogar der Zustand, selbst als Einziger sittlich zu handeln und dabei innerweltlich hoffnungslos unterzugehen, immer noch jenem Zustand vorzuziehen wäre, in dem gar keiner sittlich handelte. Die letzte Konsequenz einer Auflösung dieser religiösen Ethikverankerung hat Dostojewski daher zu Recht in dem berühmten Satz zugespitzt: „Wenn es Gott nicht gibt, ist alles erlaubt.“

3. Der Gedanke der Bewährung vor Gott unterstützt verantwortliche Leistungsbereitschaft; Solidarität und Gemeinwohldenken werden von den Geboten der Nächstenliebe inspiriert.

Mitglieder von Glaubensgemeinschaften in den USA – Kirchen und Synagogen – gaben viel häufiger als Nichtmitglieder an, für wohltätige Zwecke gespendet (80 zu 55%) und ehrenamtliche Aufgaben übernommen zu haben (51 zu 33%); Befragte, die einen tiefen religiösen Glauben bekundeten, meinten zu 89%, die Unterstützung von Notleidenden sei sehr wichtig; bei jenen, denen der Glaube wenig oder nichts bedeutete, waren es nur 52%.⁹ Die anspruchsvolle Auffassung: „Ich will nicht fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat?“ wurde bei einer Allensbacher Umfrage von 26% der kirchennahen Christen und von 15% der Bürger ohne Konfession geteilt.¹⁰ Dass die christliche Grundhaltung einer positiven Hinwendung zum Irdischen bei gleichzeitiger „innerweltlicher Askese“ Auswirkungen auf den Menschen als ‚homo oeconomicus‘ hat, ist seit Max Webers Abhandlung „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“

unumstritten. Michael Novak¹¹ hat Webers These inzwischen auch auf den römischen Katholizismus bezogen. Die „Wirtschaftswoche“ (Nr. 23/1997) widmete Zusammenhängen von Religion und Reichtum eine umfangreiche Titelgeschichte, in der die Entgöttlichung der Natur, die Förderung des Leistungswillens und die Begründung von Normen und stabilen Verhaltenserwartungen (Vertrauen) als wesentliche Beiträge des Christentums zu einer effizienten und humanen Marktorganisation gewürdigt wurden. Die Autoren betonten, Deutschlands ökonomisch erfolgreichste Landstriche lägen derzeit im weniger entchristlichten Süden. Zentrale Werte und Tugenden für die Innovationskraft einer modernen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft werden nach der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse 2005 von religiösen jungen Deutschen viel häufiger für „wichtig im Leben“ gehalten als von nichtreligiösen, nämlich „eine gute, vielseitige Bildung“ (72:55%), „immer Neues lernen“ (69:54%) und „kreativ sein“ (47:35%). Gleichzeitig finden aber auch soziale Werte bei den religiösen jungen Leuten mehr Zuspruch: „soziale Gerechtigkeit“ (69:42%), „Menschen helfen, die in Not geraten“ (69:46%) und „Verantwortung für andere übernehmen“ (43:26%). Im Blick auf die demographische Herausforderung ist beachtlich, dass „Kinder haben“ für 61% der religiösen jungen Deutschen erstrebenswert ist, aber nur für 42% der nichtreligiösen.

4. Der christliche Gedanke der Weltüberwindung (Joh 16,33) und der Geborgenheit im Letzten setzt jene Gelassenheit im Vorletzten frei, die zum unaufgeregten Engagement und zum Wider-

stand gegen ideologische Heilsangebote und politischen Radikalismus befähigt.

Dies zeigt sich in der Bundesrepublik bei der Wahl radikaler politischer Parteien. Dass Christen eine geringere Neigung zur postkommunistischen PDS aufweisen, überrascht nicht. Dass aber die „Republikaner“ mit ihrem Appell an rechtskonservative Motive bei den kirchennahen Christen nur weit unterdurchschnittliche Zustimmung fanden, wird wohl manchem Klischee – jedenfalls von katholischer Kirche – zuwiderlaufen. Der stärkeren Ablehnung radikaler Parteien entspricht die Überzeugung einer Dreiviertelmehrheit der kirchennahen Christen, dass „unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt (in der Bundesrepublik) ist, wert ist, verteidigt zu werden“. Von den Konfessionslosen meint dies nicht einmal die Hälfte. Zweifel am Wert unserer Gesellschaftsordnung hegt unter den aktiven Kirchenmitgliedern nur jeder achte Katholik und nur jeder fünfte Protestant, aber fast jeder zweite Konfessionslose.¹²

5. Die christliche Lehre von der Fehlerhaftigkeit und Schwachheit der menschlichen Natur bewahrt vor überzogenen Ansprüchen an Politik und Politiker und leistet einen wichtigen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit.

In der Gruppe der Nichtwähler sind praktizierende Christen deutlich unterrepräsentiert. 14% der religiösen jungen Deutschen zählen die „aktive Teilnahme am politischen Leben“ zu dem „was im Leben wichtig ist“, doppelt so viele wie von den nichtreligiösen (7%).¹³ Politiker profitieren nicht von der höheren Permissivität bei Konfessionslosen. Die Verdächtigung, dass es

den Abgeordneten in erster Linie um ihre eigenen Interessen (Diäten, Ehrgeiz, Macht, Ansehen) und nicht um jene der Bevölkerung gehe, findet sich unter konfessionslosen Bürgern häufiger als bei Christen.¹⁴ Protestparteien wie die Statt-Partei fanden bei ihnen geringere Resonanz. Dies verwundert nicht. Denn wenn der Christ einerseits auf das ursprünglich und potenziell Gute im Menschen vertrauen darf und soll, dann aber enttäuscht wird, kann seine Reaktion dennoch maßvoll ausfallen, weil ihn das Böse nicht unerwartet, unerklärbar und ungetröstet trifft; und den Übeltäter kann er schon deshalb nicht allzu rigoros verurteilen, weil er die Erkenntnis, dass „alle zumal Sünder und Böse“ (Luther) sind, auch auf sich selbst beziehen muss. Das lässt vorsichtiger urteilen gegenüber Politikern, die ihre Fehlritte im Flutlicht der demokratischen Öffentlichkeit schwer verbergen können. Christlicher Demut ist selbstgerechtes Schwarzweiß-Denken fremd. Sie hat davon auszugehen, dass wir alle „Zebras“ sind (Joachim Kardinal Meisner).

6. Christlichem Patriotismus bleibt gegenüber dem Nationalismus gewahr: Es gibt wesentlichere Bande zwischen den Menschen als die der Nation.

Eine weltumspannende Kirche fördert globales Denken, ohne die Vaterlandsliebe gering zu schätzen. Auf die Frage: „Würden Sie sagen, dass Sie alles in allem Ihr Land – Deutschland – lieben, oder würden Sie das nicht sagen?“, wählen über 80% der Protestanten und Katholiken die patriotische Antwort, rund 10% mehr als bei den Konfessionslosen. Doch auch die europäische Integration haben die Kirchen stets abgeschlossen begleitet und mit eigenen

Initiativen gefördert. Und sie müssen über das nationale Gemeinwohl hinaus auch ein europäisches Gemeinwohl und ein Weltgemeinwohl annehmen und anstreben, denn für den Christen ist der Nächste eben nicht der Volksgenosse, sondern der ihm jeweils begegnende, von Gott anvertraute Mitmensch, zuvörderst freilich der christliche Bruder und der Notleidende diesseits und jenseits politischer Grenzen.

7. Die Frohe Botschaft des Christentums, ihre befreiende, die irdische Endlichkeit überschreitende Hoffnung, begründet eine zufriedenerere und optimistischere Lebenseinstellung.

Nicht zu Unrecht gilt der Christ im Vergleich zum Atheisten in der Bevölkerung als fröhlicherer, zufriedenerer Mensch. Tatsächlich ist nach einer Jugendstudie „das persönliche Zukunftsvertrauen der aktiven Christen im Durchschnitt etwas größer. (...) Dass die Arbeit interessant sei, ist von ihnen etwas überdurchschnittlich zu hören. Das Lebensgefühl tendiert stärker zum Positiven als das der Übrigen, und aktive junge Christen beschreiben ihren Gesundheitszustand tendenziell positiver“.¹⁵ Dies ist dadurch zu erklären, „dass eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervorbringt, der lediglich über die Verhältnisse klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch die eigenen Fehler und Versäumnisse einzugestehen. Die im Kontext der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat ruft, zeigt sich hier als besonders wirksam.“¹⁶ Entgegen

manchen Klischees fühlen sich Christen auch in ihrer Lebensgestaltung freier als Konfessionslose, und zwar in West- und Ostdeutschland.¹⁷ Dass Menschen mit einer intrinsischen Religiosität überdurchschnittliche „Psychohygiene-Werte“ haben, berichtete „psychologie heute“ (6/1997): Zwischen der Anfälligkeit für Neurosen und Psychosen und der Religiosität bestehe keine bzw. eine signifikant negative Beziehung. Der Glaube an einen gütigen Gott gehe mit einem höheren Grad an seelischer Gesundheit einher, erleichtere die Bewältigung von Stress, Kummer, Verlust und Lebenskrisen und beschleunige Genesungsprozesse. „Die Gläubigen konsumieren weitaus weniger Drogen und Alkohol als die Nicht-Gläubigen, begehen weniger Selbstmorde, haben niedrigere Scheidungsraten und – vielleicht überraschend – sie haben besseren Sex“.

2.2 Fazit

Glaubensüberzeugungen und Glaubenspraxis sind kein isolierter Lebensbereich, sondern durchwirken – bewusst oder unbewusst – die persönliche Existenz in all ihren Dimensionen: als Familienmensch, als Freund und Partnerin, Vater oder Mutter, als Berufstätiger, Vereinsmitglied und Nachbar, als Wirtschaftssubjekt und Staatsbürger. Religiöse Überzeugungen beeinflussen Denken, Fühlen und Handeln, Sitte und Moral, Wert- und Unwertbewusstsein, Konsum- und Wahlentscheidungen. Auch wenn sich Lebenseinstellungen und Wertüberzeugungen nicht immer völlig in entsprechendem Verhalten niederschlagen, so mag sich doch ein Geschmack vom „Salz der Erde“ und ein Schimmer vom „Licht der

Welt“ im soziologischen Profil der Christen entdecken lassen. Sogar der „Spiegel“ machte jüngst darauf aufmerksam, dass „sich das Wertesystem von Gläubigen und Nichtgläubigen unterscheidet“. Folgende Lebensziele wurden von Deutschen, „die auf den Glauben sehr großen Wert legen“, häufiger als von solchen, die „auf den Glauben überhaupt keinen Wert legen“, als „besonders wichtig“ eingestuft: „Kinder haben“ (72:46%), „Heim und Gemütlichkeit“ (71:47%), „Umweltbewusstsein“ (70:54%), „Disziplin“ (59:47%), „Heimatverbundenheit“ (48:30%) und „Nationalbewusstsein“ (40:20%).¹⁸

Die in all den Punkten angesprochenen Bewährungsfelder christlicher Morallehre und Sozialethik lesen sich wie eine Agenda unserer drängenden und grundlegenden politischen Probleme: Wirtschaftskrise, Überforderung der Sozialsysteme, Umweltzerstörung, Kriminalität, Korruption, Drogenmissbrauch und Jugendgewalt, Bildungsmisere, „Sterbehilfe“-Propaganda und Massenabtreibung, Kindermangel, Beziehungsprobleme und Scheidungsraten, Zunahme psychischer Krankheiten, Entsolidarisierung, Politikverdrossenheit, Rechts- und Linksextremismus, Partizipationsmüdigkeit und Verantwortungsscheu. Weder Sozialismus noch Liberalismus, weder Nationalismus noch Ökologismus, weder fernöstliche Religionen noch Esoterik halten ein Ethos bereit, welches Antworten, Maßstäbe und Handlungsorientierungen für diese Breite von Problemen geben könnte. Der Verfassungsrechtler Josef Isensee brachte die Konsequenz lakonisch auf den Punkt: „Nicht die Kirche braucht das Kreuz in der Schule, sondern der Staat“.

Demnach haben alle Parteien, vor allem aber „christliche“, gute Gründe, die Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen zu erhalten, zu fördern und sich selbst immer wieder im Dialog mit kompetenten Fachvertretern der christlichen Sozialethik sowie christlich orientierten Experten der jeweiligen Einzelwissenschaften ihres geistigen Fundaments zu versichern. Patentlösungen für „politisch-technische“ Problemlösungen bietet der Glaube zwar nicht, doch als eine „Religion der Vernunft“ (Joseph Ratzinger) respektiert das Christentum die „richtige Autonomie der Kultursachbereiche“¹⁹ und setzt diese zugleich in Beziehung zu tiefer liegenden, immer gültigen anthropologischen Wahrheiten und ethischen Normen als „Leitplanken“ menschlicher Erkenntnis. Zugleich generiert es Tugenden, die politisch Handelnde, vom Wahlbürger über den Abgeordneten bis zum Regierungschef dazu befähigen, ihre Rolle im Staat mit Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß auszufüllen. Dem Christen ist die Aufgabe des „bescheidenen Weltverbessers“²⁰ geradezu auf den Leib geschneidert. „Die christliche Hoffnung fängt die Weltunsicherheit auf durch das Vertrauen auf den, der die Welt überwunden hat. Sie ist gefeit gegen heilsutopischen Aktionismus wie gegen Aussteigertum aus Angst. Sie greift nicht zu hoch und schlägt deshalb nicht um in Enttäuschung oder Verzweiflung. Sie lässt sich nicht erschüttern durch das Scheitern der Entwürfe, weil sie das mögliche Scheitern von vornherein einkalkuliert. Sie akzeptiert die Unvollkommenheit dieser Welt und bietet ihr – das Bild einer besseren vor Augen – Widerstand. Sie fordert Bewährung im Dienst für die anvertrauten vergänglichen Güter. Sie entbindet

das scheinbar Widersprüchliche: Hingabe und Distanz, Anstrengung und Gelassenheit. Sie gibt auch dem politischen Wirken fröhliche Tatkraft, weil sie die Perspektive der Zukunft, damit die Möglichkeit von Sinn, über die Grenzen der Zeitlichkeit hinaus, offen hält. Der Christ bewährt sich auch als homo politicus, gemäß dem Lutherwort, dadurch, dass er, selbst dann, wenn er sicher wüsste, dass morgen die Welt unterginge, heute noch ein Bäumchen pflanzte.²¹

3. Kriterien einer glaubwürdigen Politik mit dem „C“

Nicht immer werden CDU und CSU kirchlichen Ansprüchen und Moralvorstellungen voll entsprechen können, da jede Politik auf gesamtgesellschaftlichen – und zunehmend internationalen – Voraussetzungen beruht, welche nicht nur von Christen bestimmt werden. Forderungen von Kirchenführern, das „C“ dann besser zu streichen, wären allerdings für die Kirche kontraproduktiv. Sie nähmen den engagierten Christen in diesen Volksparteien, die nach der Nazi-Herrschaft Menschen aus mindestens sechs Weimarer Parteien (Zentrum, CSVD, DDP, DVP, DNVP, BVP) unter dem „C“ sammeln, ihren „Trumpf“: die Appellationsinstanz im Namen. Zweitens kommen solche Forderungen aus dem Glashaus: Ganz offenkundig ist auch „nicht überall katholisch drin, wo katholisch drauf steht“, könnte man im Blick auf manchen kirchlichen Verband feststellen; vom breiten Spektrum des nominell Evangelischen ganz zu schweigen. Und drittens machen Splitterparteien wie die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) oder die Christliche Mitte (CM)

Wahl für Wahl vor, dass man auch christlich bis zur vollständigen Unwirksamkeit sein kann – im günstigsten Fall, denn 2002 haben diese Splittergruppen mit fast 120.000 Zweitstimmen paradoxerweise der SPD den 6000 Stimmen knappen Vorsprung vor der Union gesichert, Wolfgang Thierse das Bundestagspräsidentenamt erhalten und Schröder und Fischer, den mehrfach geschiedenen, kirchenfernen, „Gott“ im Amtseid verschweigenden Verfechtern der von PBC und CM doch so verabscheuten „Homo-Ehe“ den Wahlsieg mit ermöglicht. Derart gesinnungstüchtig christlich wirkt man, in Abwandlung des berühmtes Mephisto-Wortes, allzu leicht wie eine „Kraft, die stets das Gute will und doch das Böse schafft“.

Wie kann aber die Union dem Anspruch des „C“ im politischen Alltag gerecht werden? Werte wie Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Sicherheit, Wohlstand und Geborgenheit (Ethik der Ziele) werden verwirklicht durch Normen, Institutionen und Tugenden (Ethik der Mittel). Wie christlich CDU und CSU sind, wird also daran zu messen sein, ob ihre Forderungen und Maßnahmen (Programme, Reden, Gesetze, Verwaltungsakte) der christlichen Ethik entsprechen, welches Verhältnis sie zur institutionellen Gestalt des Christlichen – also zu den Kirchen – pflegen und wie christlich ihr politisches Personal agiert in politischem Stil, persönlichem Lebenswandel und christlichem Bekenntnis.

3.1 Christliche Ethik

Am schwierigsten ist wohl Punkt Eins zu objektivieren, da die Schriften des

Christentums kein politisches „Rezeptbuch“ enthalten, Differenzen, auch zwischen Christen, schon in der zu Grunde liegenden Realitätswahrnehmung (z.B. zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern) und erst recht in der Einschätzung adäquater Zweck-Mittel-Relationen selbst bei gleichen Zielen (z.B. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) bestehen können, und schließlich, weil keine Partei ihre Vorstellungen im politischen Prozess von Willensbildung und Willensintegration ohne Kompromisse (mit Koalitionspartnern, öffentlicher Meinung, bisweilen auch der Opposition) „Eins zu Eins“ durchzusetzen vermag. Gesinnungstüchtiger Bibelfundamentalismus würde schon bald ins politische Niemandsland führen, in Dilettantismus und Misserfolg, Mehrheitsunfähigkeit und Machtverlust. Auch ihre eigenen ethischen Positionen entwickeln die Kirchen am besten im Dreischritt: sachwissenschaftliche Analyse (noch weitgehend unspezifisch), philosophisch-ethische Wertereflexion (christlich inspiriert) und prophetische Sinndeutung (spezifisch christlich) – welche nicht mehr ins Metier der Politik fällt. Insofern darf auch bezweifelt werden, dass man sinnvoll von „christlicher Politik“ sprechen kann. Christlich verantwortlich, orientiert und motiviert kann Politik jedoch sein. Schon die krass differierende Häufigkeit der Begriffe „christlich“, „Gott“ oder „Kirche“ in den Grundsatprogrammen der Parteien (außerhalb des Namens) gibt einen klaren Hinweis auf unterschiedliche weltanschauliche Affinitäten zum Christentum. Aber auch Abstimmungsanalysen bei einschlägigen Themen in Bundestag und Landtagen weisen die Unionsparteien als christlich orientierter aus –

ganz abgesehen von der „Abstimmung mit den Füßen“ durch die christlichen Wahlbürger: Regelmäßige Kirchgänger wählen zu über zwei Dritteln CDU/CSU und nur zu einem Fünftel die SPD.

Selten verstoßen politische Maßnahmen hier zu Lande unmittelbar und evident gegen christliche Normen, schon weil das höchste Recht der grundgesetzlichen Demokratie, in dessen Rahmen sich Politik bewegen muss, auf dem christlichen Menschenbild und christlich geprägter Kulturgeschichte beruht. Was ganz und gar unchristlich wäre (z.B. die Legalisierung von Abtreibung oder Euthanasie, ein Angriffskrieg, die Entrechtung religiöser oder ethnischer Minderheiten), würde also bereits am Erfordernis der Verfassungsmäßigkeit scheitern. Allerdings „arbeitet“ das Recht gleichsam wie Holz, welches den Witterungsbedingungen des gesellschaftlichen Wertewandels ausgesetzt ist. Beispiele bieten die allmähliche Aufweichung des vorgeburtlichen Tötungsverbots oder des Rechts auf die positive Religionsfreiheit in der Schule in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Letztlich geht alle Staatsgewalt eben doch vom Volk aus, in dessen Namen Richter Recht sprechen und „Volksvertreter“ Politik gestalten. Übrigens lebt es sich dabei als Opposition komfortabler denn als Regierung. Wo wirtschaftlicher Nutzen und ethische Prinzipien – scheinbar – auseinander fallen (China, Putin, Bioethik, Sonntagsschutz), schlägt man sich außerhalb der Regierungsverantwortung leichter auf die Seite der Moral.

3.2 Verhältnis zur institutionellen Gestalt des Christlichen

Dass die Union „der Kirche näher steht als die anderen Parteien“ (Georg Kardinal Sterzinsky),²² ist wohl das evidenteste Kriterium ihrer Christlichkeit, obgleich auch die anderen Parteien sich in den letzten Jahren sehr um ein gutes Einvernehmen mit den Kirchen bemüht haben. Laizistische Töne in der FDP und bei den Grünen sind seltener und leiser geworden, und Wowereits Religions(unterrichts)politik stieß selbst bei Genossen auf deutliche Kritik. Auf kommunaler Ebene wird allen Parteien noch klarer, dass die Kirchen unverzichtbare Partner im Sozial-, Gesundheits-, Freizeit-, Bildungs- und Erziehungssektor, als Arbeitgeber und Heimatpfleger, als zivilreligiöse Zeremoniare und manchmal sogar als Initiatoren interessanter internationaler Kontakte sind. Die nordrhein-westfälische CDU beschloss schon 2002 einen Maßnahmenkatalog zur Intensivierung des Dialogs mit den Kirchen auf allen Ebenen;²³ dazu gehören der Aufbau spezieller Verteilerkreise für Informationen, das Angebot eigener sachkundiger Referenten, die Beauftragung von Kontaktpersonen – auch zu Kirchenmedien –, regelmäßige und aktuelle Gesprächsforen, personelle Präsenz in der kirchlichen Gremienarbeit, die Rekrutierung kirchlich engagierter Laien für Projektarbeit und Ämter im öffentlichen Leben, die Unterstützung kirchlicher Einrichtungen sowie die Vernetzung kommunaler und kirchlicher Träger. Auf Bundesebene hatte zuvor die „Wertekommission“ unter Christoph Böhr mit ihrem Diskussionspapier „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ den Brückenschlag zu den Kirchen, aber auch

zwischen Christen und Nichtchristen in der Union – intellektuell fundiert und dabei „die ganz besondere Verantwortung“ der Kirchen „für die Erhaltung der christlichen Werte in der Gesellschaft“ gewürdigt. Der Berliner „Kardinal-Höffner-Kreis“ führt – neben den Routinetreffen von Parteiführung und Kirchenleitungen – regelmäßig Unionsabgeordnete, Kirchenvertreter und christliche Journalisten zusammen.

3.3 Die habituelle Dimension des „C“ im politischen Personal

„Christliche Parteien ohne genügend christliche Politiker – sie sind auf Dauer ohne Lebenskraft, ja sie kompromittieren die Sache, der sie dienen sollen“.²⁴ Die Kirchen kennen das Problem christlicher Lebensführung aus den eigenen Reihen nur zu gut und sind entsprechend zurückhaltend mit Kommentaren. Unabhängig davon tun Politiker gut daran, ihre persönlichen Verstöße gegen den christlichen Moralkodex wenigstens privat zu behandeln. Wer zum Beispiel schon vor der Scheidung öffentlich mit der neuen Freundin in den Medien posiert oder gar poussiert, provoziert unnötige Irritationen bei jenem Teil der eigenen Mitgliedschaft und Wählerklientel, der es mit dem Bekenntnis zum Schutz der Ehe im Parteiprogramm etwas genauer nimmt und der Meinung ist, dass sich politische Theorie und persönliche Praxis hier wie bei der Einkommens- und Steuerehrlichkeit oder der Sparsamkeit bei Reisekosten möglichst decken sollten.

Zum christlichen Profil einer Partei und ihres Personals gehört jedoch auch

der politische Stil: Fairness, Mäßigung und Mut, Takt, Empathie und Nachsicht, Loyalität, Stetigkeit, Sachorientierung und Selbstdistanz stehen „C“-Politikern gut an. Am richtigen Ort, zur richtigen Zeit und im richtigen Ton dürfen sie durchaus auch ihre religiöse Überzeugung äußern und auf ihre politischen Ideen hin transparent machen. Helmut Kohl ist damit in langen Jahren gut gefahren, ohne von einer kirchenferneren Bevölkerungsmehrheit als peinlich, aufdringlich, klerikal und unangemessen missionarisch wahrgenommen zu werden. Auch in den neuen Bundesländern mit ihrer nur zu 25% christlichen Bevölkerung schaden solche behutsam werbenden Glaubenszeugnisse nicht – immerhin haben die Ostdeutschen nach der Wende mehrheitlich christliche Politiker gewählt, und konfessionslose Regierungschefs oder Minister blieben bis heute in der Minderheit. Im Osten sind etwa Drei viertel der CDU-Mitglieder Christen, wobei „die ostdeutschen Mitglieder sogar noch stärker von ihrer Religiosität motiviert werden als die westdeutschen“ und religiös orientierte Mitglieder wiederum „überdurchschnittlich stark zu ämterorientiertem Engagement bereit“ sind.²⁵

4. Christlich inspirierte Politik als Treue zu einem Vermächtnis

Selbst wenn aber das gesellschaftliche Potenzial für eine christlich inspirierte Politik weiter schwände, hätten Christdemokraten die Einsichten derer zu beherzigen, die unser Gemeinwesen in einer erfahrungsverdichteten Zeit errichteten. In einem Bericht über „die konfessionellen Bindungen und kirch-

lichen Beziehungen“ der Verschwörer vom 20. Juli hatte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner festgestellt: „Über alle Unterschiede und Gegensätzlichkeiten hinweg, wie sie im Gesamtkreis der Verschwörung angetroffen werden, bestand eine gewisse Übereinstimmung, dass das Christentum die sittliche Grundlage des Staates abgeben sollte“.²⁶ In einer Erklärung des Kreisauer Kreises zum Verhältnis von Staat und Kirche hieß es: „Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenarbeiten der Völker“.²⁷ Der SPD-Politiker und frühere Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff sagte nach seiner Befreiung aus der Lagerhaft zu einem Freund: „Wissen Sie, ich bin als Atheist in das Konzentrationslager gekommen, und nach allem, was ich dort erlebt habe, verließ ich es als gläubiger Christ. Mir ist klar geworden, dass ein Volk ohne metaphysische Bindung, ohne Bindung an Gott, weder regiert werden, noch auf die Dauer blühen kann“.²⁸ Die Gründer der CDU erklärten im Berliner „Aufruf an das deutsche Volk“, dass der Aufbau einer „Ordnung in demokratischer Freiheit“ nur gelingen könne, „wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquellen unserem Volk immer mehr erschließen“.

Das politische Mitspracherecht dieser Gründerväter bis heute folgt aus Chestertons schöner Definition: „Tradition heißt, der unbekanntesten aller Klassen – unseren Vorfahren – Stimmen zu geben. Tradition ist die Demokratie der

Toten“. Das Votum des Ersten unter „unseren Besten“, Konrad Adenauers, verpflichtet: „Wie es auch immer sein mag, ich würde empfehlen, das ‚C‘ in unserem Namen als Leitmotiv nicht davon abhängig zu machen, ob es uns politisch mehr oder weniger Stimmen bringt, sondern dazu aus klaren Gründen prinzipieller Entschiedenheit zu stehen und die Frage der Opportunität in diesem Punkte überhaupt nicht zuzulassen“.²⁹ Dies wird freilich immer schwerer werden, wenn sich die inzwischen gebremste, aber noch nicht wieder umgekehrte Entchristlichung Deutschlands und Europas fortsetzen sollte.

Ein Vorzug der christlichen Moral- und Soziallehre besteht allerdings darin, dass sie Werte nicht ausschließlich gläubigen Christen vermitteln kann, sondern „bündnisfähig“ ist. Denn ihre Erkenntnistheorie gründet sich wie angesprochen (3.1) nicht allein auf spezifisch christliche Offenbarungswahrheiten, sondern, besonders katholischerseits, auch auf ein sozialphilosophisches Naturrechtsdenken, durch welches man sich mit jedem Menschen, unabhängig von seinem Glauben, vernünftig verständigen kann. Auch die „Heiden“ haben nach biblischer Auffassung Anteil an der göttlichen Ordnungsvernunft, weil ihnen als Geschöpfen „von Natur aus (...) die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab“ (Röm 2, 14f).

Insofern hatte Adenauer durchaus Recht, als er auf dem Dortmunder Bundesparteitag 1962 erklärte: „Eine Partei muss einen weltanschaulichen Boden haben, auf dem sie steht! (Beifall). Es ist selbstverständlich: Wir wollen keine

kirchliche Partei sein, aber einem großen Teil des Volkes ist die Tradition des Christentums, ist der Geist des Christentums noch dasjenige, was ihn auch im täglichen Leben erfüllt – selbst wenn er sich nicht immer darüber klar wird, was er fühlt und wonach er handelt. (...) In uns allen (...) ist ein überliefertes, auf christlichen Grundsätzen beruhendes Empfinden, eine Beurteilung unseres Tun und Lassens, lebendig. Deswegen wollen wir eine christliche Partei sein, um alle diejenigen, in denen die Grundlage des Christentums

lebendig und wirksam ist, in unserer Partei zusammenzufassen und einzusetzen zum Wohle des Staates und des Volkes. Das ist jetzt noch mehr notwendig als in den Jahren 1945 und 1946. (Beifall) Einmal, weil der Materialismus in allen Schichten, in allen Ständen des Volkes sehr stark geworden ist und das ideelle Denken zu überdecken, zu überwuchern droht; zum anderen (...) muss man doch sehen, was in der Welt vor sich geht (...).³⁰ Sein Plädoyer hat an Aktualität nicht verloren.

Anmerkungen

- ¹ Schwul, geschieden, getrennt. Das Privatleben der CDU-Granden beweist: Die konservativen Dämme gegen Kulturrevolte und Hedonismus sind gebrochen, in: Die Welt vom 9.6.06.
- ² So die GRÜNEN-Abgeordnete Beate Scheffler 1993 im Landtag von NRW, zit. n. Reul, Herbert: Gewalt unter Jugendlichen. Das Scheitern der antiautoritären Erziehungsideologie, in: Die Welt vom 20.4.93, S.7.
- ³ Die Linke nach dem Sozialismus, Hamburg 1992, S.191.
- ⁴ KNA vom 18.8.05.
- ⁵ Püttmann, Andreas: Sind Christen anders? Zur Wirksamkeit katholischer Morallehre und Sozialethik, in: Henryk Krzysteczko (Hrsg.), Europa christlich gestalten. Hoffnung und Angst der Menschen in Europa als Herausforderung für die Soziallehre der Kirche. Festschrift für Professor Lothar Roos zum Abschluss seines Wirkens an der Schlesischen Universität, Katowice 2005, S.53–68, 57 und 62.
- ⁶ Zulehner, Paul/Denz, Hermann: Wie Europa lebt und glaubt. Europäische Wertestudie, Düsseldorf 1993, S.19.
- ⁷ Püttmann, Andreas: Ziviler Ungehorsam und christliche Bürgerloyalität – Konfession und Staatsgesinnung in der Demokratie des Grundgesetzes (Politik- und Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft,

hrsg. v. Hans Maier u.a., Bd.9), Paderborn u.a. 1994, S.277.

- ⁸ Schmidtchen, Gerhard: Ethik und Protest. Moralbilder und Wertkonflikte junger Menschen. Mit Kommentaren von Lothar Roos und Manfred Seitz, Opladen 1992, S.171.
- ⁹ Grom, Bernhard: Soziales Engagement und Konfessionsverbundenheit, in: F.A.Z. vom 22.6.94.
- ¹⁰ Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 5066 vom Juni 1992.
- ¹¹ Novak, Michael: Die Katholische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1993), aus dem Englischen übersetzt, Trier 1996.
- ¹² Püttmann, A.: Sind Christen anders?, S.62.
- ¹³ Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse AWA 2005.
- ¹⁴ Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 5074 (Dez. 1992).
- ¹⁵ Schmidtchen, G.: Ethik und Protest, S.172.
- ¹⁶ Roos, Lothar: Jugend, Gesellschaft, Glaube, Ethos. Kulturethische und pastoralsoziologische Überlegungen zu einer repräsentativen Untersuchung über Moralbilder und Wertkonflikte junger Menschen, in: G. Schmidtchen, Ethik und Protest, S.241–312, 295f.
- ¹⁷ Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993–1997, München 1997,

- S.89 (Umfrage vom März 1996).
- ¹⁸ Der Spiegel 33/2005, 142 (Daten: TNS Infratest, Februar 2005).
- ¹⁹ Pastoralkonstitution des II. Vatikanums, Gaudium et spes, Nr.36.
- ²⁰ Popper, Karl R.: Das Elend des Historizismus (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd.3, hrsg. von Erik Böttcher), 5., verb. Auflage, Tübingen 1979, S.VIII.
- ²¹ Isensee, Josef: Politik als Schicksal? Vorlesungen über die Freiheit und Not der politischen Entscheidung sowie die demokratische Entscheidungsteilnahme des Bürgers, in: Paulus Gordan (Hg.), Lebensentscheidung, Graz/Wien/Köln 1987, S.165–194, 175.
- ²² Rogosch, Joachim: Wie christlich ist die CDU? Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Leipzig 1999, S.128.
- ²³ Gemeinsame Zukunftsverantwortung. Diskussionsgrundlage für Gespräche zwischen CDU und den christlichen Kirchen, in: CDU Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die CDU und die Kirche, S.31–45, bes. 43ff.
- ²⁴ Hans Maier, zit. n. Rogosch, J.: Wie christlich ist die CDU?, S.142.
- ²⁵ Bürklin, Wilhelm/Neu, Viola/Veen, Hans-Joachim: Die Mitglieder der CDU (Interne Studie Nr.148), hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1997, S.25.
- ²⁶ Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, Bd.1, Stuttgart 1984, S.434.
- ²⁷ Roon van, Ger: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, S.542.
- ²⁸ Carstens, Karl: Die Verantwortung des Christen in der heutigen Zeit – Kirche in der Demokratie, in: Walter Bernhardt/u.a. (Hg.), Glaube und Politik. Die Bad Bramstedter Gespräche 1985–1986, Neumünster 1987, S.39–51, 51.
- ²⁹ 11. Bundesparteitag 1962, 207.
- ³⁰ Ebda., 205.

Im Dialog

Der Schwerpunkt der Ausgabe 408 der Politischen Studien vom Juli/August 2006 beschäftigte sich mit China als aufstrebende Macht in der Welt- und Wirtschaftspolitik. Dies inspirierte unseren Leser Dr. Albrecht Rothacher, der als Botschaftsrat u.a. auch in Singapur tätig war und somit direkte Einblicke und Eindrücke gewinnen konnte, folgende interessante Überlegungen zu diesem komplexen und hochaktuellen Thema anzustellen, welche wir gerne abdrucken.

Chinas Wirtschaftswunder: Vor den Grenzen des Wachstums?

Albrecht Rothacher

Chinas Hyperwachstum ist in aller Munde. Unterstützt vom steten Kapitalzustrom des Auslandes in Höhe von 50 \$ Milliarden im Jahr expandiert die Wirtschaft des Milliardenreiches seit 1993 alljährlich um 10%. China wird so langsam zum Albtraum für die Zukunft der industriellen Fertigung in Europa. Als Werkbank der Welt führt es mittlerweile bei den globalen Marktanteilen von Schuhen, Textilien, Fernsehern, Mikrowellenherden, Möbeln, Spielzeug und Teppichen. Das Delta des Perflusses ist unbestritten zum weltweit führenden Produktionszentrum von Elektronikteilen geworden, von dessen Lieferungen der Rest der Welt abhängt.

2005 zog die chinesische Wirtschaft an Frankreich und Großbritannien vorbei. Auf Platz 4 der Weltrangliste angekommen, sind nur noch die Wirtschaftsleistungen Deutschlands, Japans und der USA größer. Sollten die Trends des letzten Jahrzehnts anhalten, werden in 35 Jahren auch die USA an der Weltspitze überholt worden sein.

Mit Handelsüberschüssen von 100 \$ Milliarden im Jahr hat China den größten Devisenschatz der Wirtschaftsgeschichte von 880 \$ Milliarden angehäuft. Würden jene Gelder auf die Währungsmärkte geworfen, stürzte der Dollar in einen freien Fall. Als internationale Leitwährung wäre er erledigt. Natürlich hat China daran in Friedenszeiten kein Interesse. Zur Darstellung seiner neuen Weltrolle finden 2008 die Olympischen Spiele in Peking und 2010 die Weltausstellung in Schanghai statt. Ganze Stadtteile werden rigoros abgerissen, um neuen Stadtautobahnen und Hochhausvierteln Platz zu machen, vor deren glitzernden Fassaden sich die kommunistische Führung von der Weltöffentlichkeit feiern will.

1. Diktatur und Unternehmensführung

Doch ist Chinas Wachstum wirklich nachhaltig? Die kommunistische Führung hat sich zum Wachstum um jeden Preis bekannt, um China bis 2020 zur

Weltmacht zu machen. Sie hat zwar nach dem Ende Maos und des Maoismus ab 1976 private und wirtschaftliche Freiräume nach der totalitären Despotie der Volkskommunen eingeräumt, doch gibt es weiter keinen wirksamen Eigentumsschutz, von Vereinigungs- und Meinungsfreiheit und anderen politischen Grundrechten ganz zu schweigen. Wie alle Staatsorgane hat die Justiz Parteibefehle auszuführen. Deshalb sind die meisten Richter keine Juristen, sondern passenderweise pensionierte Offiziere. Gegen willkürliche Steuerbescheide, Enteignungen, Lizenzentzug, Import-, Kredit- und Energiesperren und andere Verwaltungsschikanen gibt es keine Rechtsmittel, sondern als Schutz nur den steten Fluss von Geld- und Sachspenden an die Parteisekretäre und die Staatsfunktionäre aller Führungsebenen. Besonders beliebt sind Einladungen zu opulenten Banketten auf Firmenkosten, bei denen sich manche Partei- und Staatsbonzen schon buchstäblich zu Tode aßen und tranken.

Unternehmer tun gut daran, rechtzeitig der Partei beizutreten und sich zum Schutz ihres Eigentums und künftiger Geschäfte mit einflussreichen Seilschaften zu verbünden. Gleichzeitig ist wichtig, den eigenen Reichtum tunlichst im Verborgenen zu genießen und frühzeitig zu Verwandte im Ausland zu transferieren. Zu den gefürchtetsten Erfahrungen chinesischer Milliardäre zählt es, in die Jahreslisten von „Forbes“ zu gelangen. Dann sind, wie die Erfahrung lehrt, angesichts sprunghaft wachsender Begehrlichkeiten der Pekinger Führung und ihrer Hintersassen die Tage als Milliardär, wenn nicht auch als Millionär, bereits gezählt. Weltweit zeugen zahllose – meist kaum frequentierte – Chinarestaurants von

einer beliebten Art der Kapitalversicherung. Denn entfällt der mit dauernden Spenden erkaufte politische Schutz, etwa weil eine politische Seilschaft ihren Machtkampf – in der Abwesenheit demokratischer Wahlen die einzige Art, Ämterneubesetzungen zu regeln – gegen andere Fraktionen verliert, dann drohen Korruptionsprozesse mit der unvermeidlichen Beschlagnahmung des Unternehmens und der jahrelangen Haft im Gulag oder dem Ende vor einem Erschießungskommando.

So wird derzeit gerade die „Shanghai Gang“ der Gefolgsleute von Ex-Präsident Jiang Zemin (1989–2002) gesäubert. Die ersten Verhaftungen haben auf der Ebene von Bezirksbürgermeistern angefangen. Unternehmerische Eigenmächtigkeiten duldet die Partei ohnehin nicht. Das musste Yang Bin erfahren, ein Blumenunternehmer mit niederländischem Pass, der sich zum milliardenschweren Immobilienentwickler hochgearbeitet hatte. Er wollte gegen den Willen der Pekinger Führung in Nordkorea die Freihandelszone Sinuiju zur Industriezone entwickeln. Weil dies den chinesischen Exportinteressen widersprach, klopft Bin jetzt wegen „Betrugs und Steuerhinterziehung“ 18 Jahre lang im Gulag („lao-gai“) Steine. Dieses Schicksal teilt er übrigens mit dem russischen Ex-Oligarchen Mikhail Chodorkowski, der seinerseits mit seiner Jukos-Gruppe die Kreise des Putin-Kreml gestört hatte und nunmehr für acht Jahre nahe der chinesischen Grenze wegen des gleichen, in beiden Ländern unvermeidlichen Deliktes einer ähnlichen Tätigkeit nachgehen dürfte.

Noch stärker wird einheimisches Kapital von den in der Schwer- und Rüs-

tungsindustrie noch dominanten Staatsbetrieben und den Staatsbanken vernichtet. Die meisten Chinesen sind wegen der fehlenden Renten- und Sozialversicherungen sehr sparsam und dabei gezwungen, ihre Gelder bei den staatlichen Banken anzulegen, die ihrerseits ihre Kredite auf Geheiß der Partei politischen Günstlingen oder maroden Staatsbetrieben zuschieben. An Tilgungen wird dabei eigentlich weniger gedacht. Die vier großen Staatsbanken und die Kreditgenossenschaften brechen mit ihren von Ernst&Young geschätzten 910 \$ Milliarden an faulen Krediten eigentlich nur deshalb nicht zusammen, weil es ihnen erlaubt wird und weil es keine effektive Bankaufsicht gibt. Wer sich, von manchen europäischen Bankenfonds schlecht beraten, zu einer Beteiligung an einer der wenigen in Hongkong gehandelten chinesischen Aktiengesellschaften verleiten lassen möchte, sollte wissen, dass ihre Gewinn- und Verlustrechnungen und die Bewertungen ihrer Beteiligungen ebenso fiktiv sind wie die Ergebnisse der früheren Fünfjahrespläne. Man könnte sein Geld amüsanter in den Casinos von Macao verspielen.

Ausländische Investitionen bedienen entweder recht profitabel den Exportmarkt oder wesentlich weniger gewinnträchtig den chinesischen Markt. Sie sind eng in den Küstenzonen konzentriert. Weiter im westlichen Hinterland oder im Norden, im Rostgürtel der Mandschurei, ist die Produktion wegen der hohen Transportkosten und schlechten Energieversorgung zu teuer. Die Fertigung für den Export ist wegen der Stundenlöhne um 60 Cent und der fehlenden Arbeitsschutz-, Sozial- und Umweltbestimmungen weiter konkurrenz-

los günstig. Sie stößt jedoch wegen des beginnenden Facharbeitermangels und der überlasteten Infrastruktur der Sonderwirtschaftszonen an ihre Grenzen. Bei Fertigungen für den Binnenmarkt muss ein chinesischer Partner, zumeist eine Staatsfirma, beteiligt werden. Diese strebt natürlich danach, ihre Verluste und ihr überflüssiges Personal dem Gemeinschaftsunternehmen aufzudrücken, die profitablen Geschäftszweige in Eigenregie weiterzuführen und möglichst alles technische Wissen und die Patente der Ausländer zu stehlen. Das hat in Fernost Tradition und ist dort nicht ehrenrührig. Ist dies doch ein patriotisches Unterfangen. Es lassen sich viele überflüssige Ausgaben sparen. Und eine Idee ist nicht deshalb schlecht, weil ein anderer sie vorher hatte. Auch fünf Jahre nach dem vielbejubelten WTO-Beitritt, der westliches Wirtschaftsrecht in China durchsetzen sollte, denkt die politische Führung nicht im Ernst daran, den Schutz geistigen Eigentums durchzusetzen. So wird denn der mit deutschen Steuergeldern in der Entwicklung und in Schanghai von Siemens und ThyssenKrupp gebaute – doch leider in Deutschland nie genützte – Transrapid in China ebenso nachgebaut wie jede Menge Turnschuhe (oft in nächtlichen Sonderschichten der eigenen Subunternehmen), Designerklamotten, Arzneimittel, Babykost, Kfz-Teile, Motorräder, Brillen, Uhren und sonstige Markenartikel aller Art. Auch dem Airbus, der zur Fertigung in China genötigt wurde, dürfte in einigen Jahren das gleiche Schicksal blühen.

Gerade bei der verlustreichen Erschließung des chinesischen Marktes, bei der selbst VW trotz einer politischen begünstigten frühen Präsenz vor 22 Jahren 2005 noch Verluste von 120 € Mil-

tionen machte, stellt sich natürlich die Frage des ‚Warum‘. Es ist das Faszinosum eines ungesättigten Marktes von 1,3 Milliarden Menschen – eines Viertels des Weltmarktes –, den niemand der Konkurrenz überlassen will und von dem jede Unternehmensführung sich die Auslastung aller seiner Überkapazitäten und den Abfluss seiner unverkauften Lagerbestände verspricht. Stete rote Zahlen muten vor solchen Träumen wie kleinkarierte Buchhalterei an. Wer wie Porsche in China aus sehr guten Gründen nicht fertigt, setzt sich auf Aktionärsversammlungen und in der Wirtschaftspresse als Hinterwäldler der Kritik selbst ernannter Visionäre aus.

70% der Auslandsfirmen fertigen in den Sonderwirtschaftszonen in erster Linie Teile oder Endprodukte für den Export. Hier sind sie vor den Zumutungen von Parteifunktionären und dem Staatsapparat einigermaßen sicher. Weil die Erträge ohnehin bei Verkauf im Ausland anfallen, sind jene Operationen auch wesentlich profitabler als der Absatz in China selbst. Der durchschlagende Erfolg jener vom Ausland finanzierten und betriebenen Exportproduktion ist bei der Schwäche der Eigenkapitalbildung der chinesischen Unternehmen zu einem hohen Risikofaktor der chinesischen Volkswirtschaft geworden. Bei einer Exportquote von 38% würde bei einem Absatzeinbruch in den Schlüsselmärkten Japan, Nordamerika und Europa das chinesische Wachstum jäh einbrechen, bei einem Abzug des ungeliebten Auslandskapitals gar ein massiver Absatzeinbruch drohen, der alle verschleppten Strukturschwächen im Staats- und Finanzsektor zum Ausbruch brächte.

2. Soziale, politische und regionale Konflikte

Der Albtraum der „blauen Ameisen“, zwangsegalisierte Arbeitssklaven in den Volkskommunen und Industriekonglomeraten, und die Ausmerzungen des Bürgertums in der Kulturrevolution gingen vor 30 Jahren zu Ende. Heute hat die Ungleichheit in China lateinamerikanische Dimensionen erreicht. Die oberen 10% verdienen als neue Ober- und Mittelschicht 45% des Nationaleinkommens. Bei einem statistischen Durchschnittseinkommen von 1600 \$ müssen 47% der Bevölkerung von weniger als 2 \$ am Tag auskommen, 25% gar von weniger als 1 \$. Dazu kommt eine hohe Steuerlast, der auf den Dörfern, wo 850 Millionen Chinesen leben, keinerlei staatliche Dienstleistungen gegenüber stehen. So müssen Bauern in Sichuan mit einem Bareinkommen von 25 \$ im Jahr 37 \$ an Steuern und Abgaben zahlen. Da bleibt nur, die Kinder zum Arbeiten zu schicken oder selbst als Tagelöhner sich der 160 Millionen starken Armee der Wanderarbeiter anzuschließen.

In der Küstenprovinz Guangdong arbeiten allein 20–30 Millionen dieser Wanderarbeiter. Sie arbeiten 13–14 Stunden täglich. Die Regelarbeitszeit geht von 8.00–12.00, 13.30–17.30 und 18.00–24.00. Überstunden, für die es 36 Cent mehr gibt, werden bis 2.00 oder 3.00 morgens geleistet. Das Ganze sieben Tage die Woche bei zwei freien Tagen im Monat, die zur Reise in das Heimatdorf verwendet werden. Angelehrte Näherinnen, die in ihren 80 Wochenarbeitsstunden unermüdlich Stofftiere zusammennähen, erhalten 65 \$ monatlich, von denen ihnen 12 \$ für Kantinensessen und ihre Bettstelle in einem

Wohnheim abgezogen werden. Häufig wird der Lohn monatelang nicht ausbezahlt, um ein Wiedererscheinen nach freien Tagen zu erzwingen, denn die Arbeitsfluktuation ist sehr hoch.

Die Selbstaussbeutung ist genauso rücksichtslos. So werden in den Großstädten Taxis von zwei Fahrern im Monat für 300 \$ angemietet, um dann rund um die Uhr ohne Pause gefahren zu werden. Die Unfallhäufigkeit ist entsprechend hoch.

Am schlimmsten sind die Arbeitsbedingungen sicher im Bergbau. 7000 Bergleute sterben alljährlich unter Tage bei Grubenunglücken. Das sind 80% aller Grubenopfer weltweit. Die Ursachen sind veraltetes Gerät, unerfahrene Arbeiter, Weiterarbeit auch bei erhöhter Gaskonzentration und bei Feuer unter Tage. Die 25.000 chinesischen Bergwerke sind zumeist erschöpft und bei z.B. 320 t Kohle pro Kumpel im Jahr (2% des US Niveaus) extrem unproduktiv. Angesichts des wachsenden Hungers der chinesischen Wirtschaft nach Rohstoffen und Energieträgern zahlen die Bergwerke mit 60 \$ monatlich höhere Löhne als die Industrie. Genug für die meisten, um ihr Leben zu riskieren.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei städtischen Arbeitern offiziell bei 7,5 Millionen (3,5%). Real dürften es doppelt so viele sein. Die zehn Millionen gekündigten und nur noch minimal entlohnten Staatsarbeiter sind als einstige Helden der Arbeit in dieser Quote genauso wenig enthalten wie jene zehn Millionen Schulabbrecher, die sich als jugendliche Kleindelinquenten in den Vorstädten herumtreiben, die Wanderarbeiter oder die auf 100 Millionen geschätzten unterbeschäftigten Bauern.

Jährlich strömen 13 Millionen Schul- und Hochschulabsolventen neu auf den Arbeitsmarkt. Bis 2010 wird das Überangebot genügen, um die Arbeitslöhne wie schon seit zehn Jahren auf dem gleich niedrigen Niveau zu halten. Universelle Renten, Schutz vor Krankheitskosten, Invalidität und Arbeitslosigkeit hat es in China ohnehin noch nie gegeben. Die entsprechenden Dienstleistungen der Staatsbetriebe wurden für ihre Arbeiter in den 90er-Jahren aufgegeben. Der einst kostenlose, sehr minimale öffentliche Gesundheits- und Schuldienst ist schon lange aufgelöst worden. Seither kostet von der Wiege bis zur Bahre alles Geld. Nur in den reichen Küstenstädten wie Schanghai wurde jetzt für mittellose eigene Stadtbürger eine Sozialhilfe von monatlich 36 \$ pro Haushalt eingeführt. Diese gibt es natürlich nicht für Wanderarbeiter. Unter dem sozialen Druck des rastlosen Booms, der Massenmigrationen und der Härte der Arbeitswelt beginnen die Familien zu zerbrechen. Die Scheidungsraten steigen ebenso wie die Zahl der verlassenen Kinder und Alten, um die sich niemand mehr kümmert, am allerwenigsten der Staat, der zudem den wenigen privaten und religiösen Initiativen das Leben möglichst schwer macht. Das in den Städten seit Jahrzehnten brutal durchgesetzte Ein-Kind-System hat mittlerweile als massenhaftes Einzelkindersyndrom den Charaktertypus des verwöhnten Egoisten unter vielen jungen Leuten hervorgebracht, dem es ziemlich kompromisslos nur um den persönlichen Vorteil geht.

Die Chinesen sind kein gefügiges Volk. Wenn der Leidensdruck und das Gefühl von erlittenem Unrecht stark genug ist, macht sich die beleidigte und

erniedrigte Volksseele laut und vernehmlich Luft. Die Machthaber in Peking, denen nach jahrzehntelangen Parteikarrieren das Schicksal ihrer Unterschichten ansonsten herzlich gleichgültig ist, führen dazu akribisch Buch. Von 10.000 „Zwischenfällen“ (Sitzstreiks, Krawalle, Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen) mit 730.000 Teilnehmern im Jahr 1994 stieg ihre Zahl in einem Jahrzehnt auf 74.000 Zwischenfälle mit 3,7 Millionen Teilnehmern an. Auch steigt die Zahl der in Peking eingereichten Petitionen springflutartig an, von denen nur zwei Promille positiv entschieden werden. Anlässe sind stets örtliche Beschwerden zu Brot- und Butter-Themen: unbezahlte Löhne, hohe Steuern, willkürliche Landnahmen, behördliche Enteignungen, korrupte Staats- und Parteifunktionäre. Eine nationale Bewegung ist nirgends erkennbar. Bei Krawallen und Streiks reagiert die Partei immer nach dem gleichen Strickmuster. Sie werden von der Miliz gewaltsam zerschlagen und die vermeintlichen Rädelsführer hart bestraft. Dann werden besonders unfähige örtliche Funktionäre strafversetzt und einem Teil der Beschwerden abgeholfen. Das ermutigt manchmal zu nächsten Protesten, da der Petitions- und Rechtsweg weiter wirkungslos erscheint.

Dabei liegen die Ursachen strukturell stets in der Regierungspolitik. Die 1994 eingeführten hohen Steuern auf die Landarbeit führten zu bäuerlichen Steuerkrawallen. Sie wurden erst zehn Jahre später wieder aufgehoben. Die Ende der 90er-Jahre zugelassenen Massenkonkurse großer Staatskonzerne in der Mandschurei und im westlichen Hinterland lösten Arbeiterproteste gegen unbezahlte Löhne und das Plün-

dern von Volkseigentum durch korrupte Manager aus. Seit 2002 sind das Hauptmotiv willkürliche Landbeschlagnahmen, sei es für Großprojekte wie den Dreischluchtendamm oder die Olympischen Spiele, seien es die vielen lukrativen Entwicklungsprojekte für Industriezonen und Neubaugebiete in der Provinz, wegen denen seit den 90er-Jahren 40 Millionen Bauern ohne formale Eigentumstitel landlos und städtische Hausbesitzer nur minimal entschädigt wurden.

3. Die Schwächen des Regimes

Bedrohen jene örtlichen Revolten nun die Herrschaft der Partei? In seinem lesenswerten Buch „The Coming Collapse of China“ (2003) skizziert der amerikanische Anwalt Gordon Chiang eine Vision, bei der sich die von der Chinesischen Kolonisation brutal unterdrückten nationalen Minderheiten der Uiguren, Tibeter und Mongolen mit den arbeitslosen Stahlarbeitern der Mandschurei, den Wanderarbeitern, armen Bauern, den misshandelten Bergarbeitern und Näherinnen und den seit 1989 frustrierten Intellektuellen über das Internet verbünden und das korrupte Mandarinat der nihilistischen Partei zum Teufel jagen. Eine solche Regenbogenkoalition erscheint unter chinesischen Bedingungen eher unwahrscheinlich. Doch ist die Pekinger Führung deutlich nervös. Jeder Versuch einer unabhängigen vereins-, partei- oder gewerkschaftsähnlichen Organisation wird sofort zerschlagen. Die Zensur des Internets und der Printmedien wurde dramatisch verschärft. Als der für die Singapururer „Straits Times“ schreibende Hongkonger Journalist Ching Cheong mit seinen Enthüllun-

gen über die Machtspiele der Parteiführung und die Selbstbereicherung ihrer Söhne, der „roten Prinzlinge“, zu viel erfuhren und schreiben wollte, wurde er im August 2006 wegen angeblicher Spionage für Taiwan zu fünf Jahren Haft verurteilt. Seiner kenntnisreichen, durchaus patriotischen (d.h. anti-taiwanesischen) Berichterstattung verdankt dieser Aufsatz viel.

Noch härter wird jedoch die Falun Gong-Sekte verfolgt. Das mag verwundern, äußert sich jener theologisch anspruchslose Selbsthilfeverein in der Öffentlichkeit eher durch harmlose gymnastische Übungen als durch politische Verlautbarungen. Das Politbüro wurde jedoch im April 1999 durch eine – sehr disziplinierte und friedliche – Massenbelagerung ihres Residenzbezirks Zhongmanhai durch 11.000 Falun Gong-Jünger zutiefst erschreckt, die sich hier ohne Vorkenntnis des Geheimdienstes auf Anweisung ihres im New Yorker Exil lebenden Gurus versammelt hatten. Ebenso erschreckte sie, dass selbst die grauenvollsten Folterungen die Anhänger nicht bewegen konnten, ihrem Glauben abzuschwören. Chinas Geschichte ist voller chilisastischer Massenbewegungen – der Taiping-Aufstand von 1847 und die Boxer-Bewegung von 1900 gehören dazu –, wo in Phasen des Niedergangs des Mandats des Himmels die Massen selbst sich durch religiöse Inspiration zum furchtlosen Eingreifen bemüßigt fühlten. Das ist das Allerletzte, was die im ideologischen Vakuum operierende Partei tolerieren kann. Stattdessen beliebt sie lieber einen inhaltsleeren Mao-Kult oder anti-japanische Ressentiments, auch wenn sie den Hauptinvestor im Land ernsthaft verprellt. Ein ernsthaftes Interesse an weiter gehen-

den marktwirtschaftlichen und politischen Reformen ist bei den Parteieliten unter Hu Jintao nicht erkennbar. Minxin Pei von der Carnegie-Stiftung sieht Chinas nur halb vollendeten Umbruch vom Kommunismus zur Marktwirtschaft als „Transformation in der Falle“ („China's Trapped Transition“, Cambridge, 2006). Die Spitzenkader haben es sich im Zwischenstadium zwischen Staatsbetrieben und der Privatwirtschaft, die sie mit leninistischen Parteizellen weiter kontrollieren, auf Kosten der Allgemeinheit wohlig eingerichtet. Solange die Wirtschaft boomt und das Ausland zahlt, tendiert ihr Reformbedürfnis gegen Null.

Vor 30 Jahren haben die 140–200 Millionen aktuellen Mittelschichtler in China noch in absoluter Armut und Rechtlosigkeit leben müssen. Bis heute haben sie sich durch unglaublichen Fleiß und Sparsamkeit einen bescheidenen Wohlstand und eine Privatsphäre in den eigenen vier Wänden erarbeiten können. Solange die Partei weiteres Wachstum und eine weitere Besserung der materiellen Lebensverhältnisse gewährleisten kann, werden diese Mittelschichten und jene, die es werden wollen, unpolitisch still halten und die offenkundigen Missbräuche der Machthaber tolerieren. Wird diese rosige Zukunftsperspektive durch den Verlust der Einlagen in einer Bankenkrise, den Abzug des Auslandskapitals oder den Verlust der Arbeitsplätze nach dem Zusammenbruch der Exportmärkte ausgelöscht, stellt sich die Macht- und Legitimitätsfrage in China radikal neu. Kein Zweifel, angesichts einer Wirtschaftsstrategie der Verschwendung aller Produktionsfaktoren, von Kapital, Arbeit, Natur, Umwelt, Sozialstruktur und Volksge-

sundheit, wird sie früher oder später gestellt werden. Das deklarierte Zieljahr 2020 wird die im Namen des Proletariats über das Proletariat herrschende Kaderdiktatur sicher nicht mehr erleben.

Untergangsprophezeiungen sind sicher wohlfeil. Der Zusammenbruch von Japans Inflation der Kapitalwerte von 1992/93 und des vom Spekulationskapital finanzierten Asienbooms anno 1998 war vor Ort für jedermann in der Tendenz vorhersehbar. Unsicher war lediglich ein kleines, aber entscheidendes Detail: der Zeitpunkt. Das gilt auch für Chinas Kaderdiktatur und ihre Wirtschaftspolitik, die – eher unwahrscheinlich – innerhalb einiger Monate kollabieren könnte oder erst nach Jahren.

Angesichts der fundamentalen rechtlichen, finanziellen, manageriellen, regionalen, sozialen und ökologischen Schwächen und Krisenmomente dürfte die Schlussfolgerung des ‚Wann‘ statt ‚Ob‘ kaum strittig sein, auch wenn aktuelle Trendextrapolationen vor Glitzerfassaden dies nicht gerade nahelegen.

Eine Wirtschaftskrise und ein politischer Wechsel in China sind jedoch sicher kein Grund zur Entwarnung für Deutschlands und Europas Strukturkrise. China – zumal als ein wie Taiwan demokratisch verfasstes Land – wird sich nicht aus der Weltwirtschaft verabschieden, genausowenig wie es Japan oder der Rest Ostasiens nach ihren Krisen in den 90er-Jahren taten.

Das aktuelle Buch

Körner, Hans-Michael: Geschichte des Königreichs Bayern. München: Verlag C.H. Beck, 2006, 214 Seiten, € 17,90.

Am Neujahrstag im Jahr 1806 wurde Bayern zum Königreich erhoben. Wie selten ein Ereignis zuvor wird dieses Geschenk der bayerischen Königswürde von Napoleons Gnaden in Form zahlloser Gedenkveranstaltungen, Ausstellungen, Vortragsreihen, Symposien, Fernseh- und Hörfunkbeiträgen sowie Publikationen ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Auch die Bayerische Staatsregierung würdigt den Rechtsvorgänger des Freistaats in Form eines Bayernjahrs 2006 unter dem Motto „1806–2006: Vom neuen zum modernen Bayern“ und hat im Januar 2006 den Veranstaltungsreigen mit der Ausstellung „Eine Krone für Bayern. 200 Jahre Königreich“ in der Bayerischen Vertretung in Berlin eröffnet. Die glückliche Fügung der Geschichte ermöglicht immerhin, dass dieses Jahr nicht ausschließlich zum Jubeljahr auf Bayerns Monarchie geraten muss, sondern man gleichzeitig 60 Jahre Bayerische Verfassung feiern kann. Nur ist deren Jahrestag erst am 1. Dezember 2006 und wurde somit von den Königreichfeiern bisher weitgehend überlagert, welche nicht zuletzt vom Sujet her dem bayerischen Hang zum Folkloristischen näher liegen dürften.

Eine eher sachliche Würdigung jenes das bayerische Selbstverständnis bis heute mitprägenden Ereignisses vor 200 Jahren nahm der Verlag C.H. Beck in sein Verlagsprogramm 2006 und verpflichtete mit Hans-Michael Körner einen der besten Kenner der jüngeren bayerischen Geschichte als Autoren für eine knappe „Geschichte des Königreichs Bayern“. Herausgekommen ist in der Tat eine sehr anregende, wohl abgewogene und knappe, aber differenzierte Darstellung, die allerdings an manchen Stellen eine historisch durchschnittlich gebildete Leserschaft überfordern mag.

Körner gliedert sein Werk in fünf Abschnitte. Eingangs skizziert er Wesenszüge der Monarchie als Staatsform des 19. Jahrhunderts und erschließt dem Leser damit die Problematik der staatlichen und verfassungsmäßigen Ordnung. Diese konstatiert der Autor nicht als Ergebnis jenes 1. Januar 1806, sondern als Fol-

ge eines verwaltungsmäßigen und territorialen Umbruchprozesses, der Ende des 18. Jahrhunderts, katalysiert durch die Wirkung der Französischen Revolution, auch Bayern erfasste und spätestens in Form der Konstitution von 1818 Kontur gewann. „Im Machtdreieck von Monarch, Volksvertretung und Ministerium wird man das eigentliche Spezifikum der deutschen Verfassungsordnungen des 19. Jahrhunderts erblicken“, urteilt er, ohne sich zu monokausalen Ableitungen hinsichtlich des Scheiterns dieser Staatsform hinreißen zu lassen.

Im Verlauf seiner Darstellung arbeitet er den individuellen Beitrag dieser drei Machtfaktoren an der Entwicklung des Bayerischen Königreichs bis 1918 ebenso wohltuend differenziert heraus wie die vielfältigen Ursachen, die schließlich das Ende der Monarchie im November 1918 besiegelten. „Nicht die strukturelle Schwäche der monarchischen Idee, nicht die vermuteten oder tatsächlichen Verfallserscheinungen innerhalb der bayerischen Monarchie und auch nicht die angeblich unüberwindlichen sozia-

len und gesellschaftlichen Spannungen der Prinzregentzeit lassen am Ende des Krieges die Revolution siegen. Resignation, Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht bestimmen das Bewusstsein, haben eine Stimmung geschaffen, in der dann der Umsturz erfolgreich betrieben werden kann.“

Von den sechs Monarchen, die Bayern zwischen 1806 und 1918 regierten, widmet Körner den Regentschaften Maximilians I., Joseph und Ludwigs I. jeweils ein eigenes Kapitel, während er die Regierungszeit Maximilians II., Ludwigs II., Prinzregent Luitpolds und Ludwigs III. unter den Themen „Von der Revolution 1848 bis zur Reichsgründung 1871“ sowie „Bayern im Kaiserreich 1871–1918“ abhandelt. Der biografische Zugriff auf den Monarchen und in viel knapperer Form auf wichtige Minister hat für den Autor lediglich strukturelle Bedeutung, insofern durch „die präzise Benennung des monarchischen Potenzials innerhalb des konstitutionellen Machtgefüges“ auch klare „Aussagen über Spielräume von Landtag und Ministerium“ und Aussagen über sämtliche Bereiche der Politik möglich werden.

Körner gelingt es so, wesentliche Facetten der bayerischen Geschichte des 19. und be-



ginnenden 20. Jahrhunderts herauszuarbeiten und sich nicht in unwichtigen Details („Seelenfalten gekrönter Häupter“) zu verlieren. Neben der verfassungsmäßigen und territorialen Entwicklung wird auch die wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle erfasst. Kaum ein Kernproblem der bayerischen und auch deutschen Geschichte lässt der Autor unberührt. Geschicht greift er an passender Stelle z.B. immer wieder das Ringen um die Stellung des Königreichs im Deutschen Bund und später im Kaiserreich auf, sodass man am Ende des Buches einen breiten Überblick über die Wesenszüge der Bayerischen Geschichte von 1806 bis 1918 gewinnt.

An mancher Stelle hätte man sich freilich den einen oder anderen einer allgemeininteressierten Leserschaft geschuldeten, erklärenden Nebensatz gewünscht. Alles in allem ist es Hans-Michael Körner dennoch gelungen, „dem Interesse auch eines breiteren Publikums entgegenzukommen“ und somit für Fachwelt wie für Laien einen griffigen Überblick über eine Epoche bayerischer Geschichte vorzulegen, die Sigmund von Riezler 1906 „das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte“ bezeichnet hat und selbst bayerischen Spitzenpolitikern noch heute ab und an Anlass zu verklärenden Reminiszenzen gibt.

Ulrich Wirz

Buchbesprechungen

Zöllner, Michael/Kamer, Hansrudolf (Hrsg.): Der Westen – was sonst? Amerika und Europa brauchen sich noch (progress foundation, Council on Public Policy). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2005, 214 Seiten, € 33,00.

Antiamerikanischen Vorbehalten in allen politischen Lagern entgegen zu arbeiten, darin liegt der Sinn des Buches. Die Autoren widmen sich insbesondere den transatlantischen Beziehungen, also der Außenpolitik, nicht der ideengeschichtlichen Aufarbeitung des Ressentiments. Die beteiligten Organisationen bzw. die Herausgeber haben im Verlag der NZZ eine Sammlung von sehr bemerkenswerten Autoren zusammengestellt, die zu lesen sich durchaus lohnt. Eine kleine Auswahl von Argumenten sei stellvertretend und anregend für die weitere Lektüre vorgestellt.

Außenminister George P. Shultz bricht eine bemerkenswerte Lanze für die in Europa und besonders in Deutschland dünnelhaft missachtete Nationalstaatlichkeit. Auf die Frage, was man gegen die terroristische Herausforderung tun könne, empfiehlt er, das System der souveränen Staaten aufrecht zu erhalten, für dessen Lebensfähigkeit zu sorgen.

Zweitens müsse man in der Lage sein, einen Erstschock gegen klar erkannte Bedrohungen zu führen. Schließlich seien zerfallende wie autokratisch-kriminell geführte Staaten Gefahrenzonen. Offene wirtschaftliche und politische Systeme mit unterschiedlichem ethnischen, kulturellen oder religiösen Hintergrund hätten es geschafft, die Situation ihrer Länder zu verbessern. Das müsse und könne auch im arabischen Raum gelingen. Eine Unabhängigkeit vom Öl anzustreben sei unerlässlich. Die Abhängigkeit vom Öl sei eine zusätzliche Gefahrenzone – und zwar für die gesamte Weltwirtschaft.

Der ehemalige CIA-Chef R. James Woolsey analysiert auf eine Art und Weise, die man sich auch von Vertretern des MAD bzw. des BND wünschte: vorurteilsfrei, hart, eindeutig. Die saudischen Wahabiten und ihre geldgestützte Verbreitung terroristischen Gedankenguts habe eine unheilvolle, weltweite Wirkung erzielt. Schön liest sich auch der als Vorwurf gemeinte Satz: „Fast während der gesamten 80er-Jahre antworteten wir auf terroristische Angriffe mit Juristen.“

Auch Woolsey erkennt die „Marktdominanz des Nahen Ostens“. Das Problem seien die dortigen Regierungen, ihr Wesen. Speziell die Beeinflussbarkeit des Welthandels durch die Verfügungsgewalt der Saudis über den größten Anteil der weltwirtschaftlichen Ölreserven sei neben der Finanzierung des Terrorismus aus Ölexporten die spezifische Tatsache dieses Raumes. Dabei verfällt Woolsey nicht dem verbreiteten Vorurteil, Islam und Demokratie für unvereinbar zu erklären, denn die Mehrheit der Muslime lebe bereits in Demokratien der Dritten Welt. Im Gegenteil, man müsse gemeinsame Sache machen mit den Hunderten von Millionen ehrbarer und vernünftiger Moslems. Woolsey betont auch das Aufrechterhalten moralischer Kriterien. Nur so entstünde Glaubwürdigkeit.

Walter Russel Mead entwickelt in kritischer Auseinandersetzung mit Joseph Nyes bekannten Thesen zu ‚hard and soft power‘ ein neues Set von vier Power-Strategien, die zu lesen sich besonders lohnen dürften. ‚Sharp power‘ sorgt für die effiziente Präsenz der USA auf der Welt, wobei z.B. dafür allein das Budget für die US-Nachrichtendienste größer sei als die Militärbudgets von Deutschland, Frankreich und Saudi-Arabien. ‚Sticky power‘ Sorge dafür, dass der Handel mit den USA besonders attraktiv sei und die amerikanischen Produkte weltweit kulturunabhängig begehrt seien. Die daraus entstehende weltweite Vernetzung stärke die USA. Darauf baue derzeit auch die Hoffnung auf, China weltpolitisch zu integrieren. Weltwährungssystem und Freihandel seien wichtige Grundlagen dieser Entwicklung. Überall gelte: „Where your treasure lies there shall your heart be.“ ‚Sweet power‘ habe damit zu tun, dass so viele Menschen weltweit amerikanische Musik, Filme und TV-Programme schätzten. Aber auch akademische Austauschprogramme gehören in diese Rubrik. ‚Hegemonic Power‘ führe alle diese Power-Strategien gewissermaßen zusammen.

Robert von Rimscha bilanziert sehr eindrucksvoll den verbreiteten Antiamerikanismus. Europas Hochmut gegenüber den USA sei ebenso alt wie unausrottbar.

Radek Sikorski hat versucht, diejenige parteiübergreifende Doktrin der US-Regierungen ausfindig zu machen, die dem revolutionären Antrieb der USA entspreche. Er wurde fündig bei einer Rede von Charles Krauthammer, die dieser vor dem American Enterprise Institute

gehalten hat. Er hat dort eben nicht den Willen zur Macht, sondern den Willen zur Freiheit entdeckt. Er bricht damit mit den Morgenthau und Kennans, weil Reagan schon gegen das außenpolitische Establishment die Sünde verteidigt habe, „den Kalten Krieg zu ideologisieren, indem er eine moralische Komponente hinzugefügt“ habe. Auf Interessen lediglich zu setzen wäre demnach vollkommen unzulänglich. Die Doktrin des „demokratischen Realismus“ bedeute demgegenüber: „Wir werden die Demokratie überall unterstützen (...), aber wir werden Blut und Geld nur dort einsetzen, wo eine strategische Notwendigkeit besteht, was soviel heißt wie: Nur dort, wo wir gegen einen existenzbedrohenden Feind kämpfen, einen Feind, der eine globale Bedrohung für die Freiheit darstellt.“ Dass Sikorski nicht unkritisch Krauthammer und den USA gegenübersteht, sei hier nur erwähnt – und die weitere Lektüre empfohlen, genauso wie etwa noch die weiteren Beiträge von Harold James, James Sheehan und nochmals Walter Russel Mead (über das Red-State-Amerika)

Wer sich mit den USA beschäftigt, sollte dieses Buch kennen.

Tilman Mayer

Hacke, Christian/Kindermann, Gottfried-Karl/Schellhorn, Kai M. (Eds.): The Heritage, Challenge, and Future of Realism. In Memoriam Hans J. Morgenthau (1904-1980). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht University Press, 2005, 173 Seiten, € 34,00.

Damit das übliche Missverständnis gleich zu Beginn ausgeräumt ist: Hans Joachim Morgenthau ist nicht zu verwechseln mit dem früheren US-Finanzminister Henry Morgenthau, dem Urheber des sogenannten Morgenthau-Plans. Dass dies vorausgeschickt werden muss, ist peinlich genug und sagt viel über den Stellenwert des Begründers der Lehre von den internationalen Beziehungen in Deutschland aus. Umso verdienstvoller war es, dass die Quandt-Stiftung den hundertsten Geburtstag Morgenthaus zum Anlass genommen hat, um das kleine gallische Dorf der zeitgenössischen Vertreter des politischen Realismus (und einige Römer) nach München einzuladen. Normalerweise sind die aus solchen Treffen hervorgehenden Publikationen nicht der Rede wert. Auch dieses Buch hat die Schwächen jedes Tagungsbandes: einen unklaren Argumentationsgang, eine Struktur, die eher postuliert als durchgehalten ist, und eine ungleiche Gewichtung der Beiträge. Aber le-

sen sollte man es trotzdem. Die hier gebotene Wiederentdeckung Morgenthau und die Diskussion aktueller politischer Probleme vor dem Hintergrund des politischen Realismus sind es wert.

Als Sohn eines jüdischen Elternhauses 1904 in Coburg geboren, war Morgenthau 1937 in die USA emigriert, um dort seine auf den Grundkategorien Macht und Interesse beruhenden Vorstellungen von den internationalen Beziehungen zu formulieren. Insbesondere sein 1948 erstmals erschienenen Opus Magnum ‚Politics among Nations‘ (dt.: Macht und Frieden) sollte zum Gründungsbeitrag einer ganzen Forschungsdisziplin werden. Was Morgenthau hier formulierte, klingt gerade heute unerhört: Entscheidend zum Verständnis internationaler Politik sei das staatliche Streben nach Macht, alles andere – Ideologien, Ideale und Institutionen – verschleierte nur. Diese Idee blickt auf eine lange Ahnenreihe politischer Denker zurück: Thukydides, Nietzsche, Weber, Carl Schmitt. Es ist eines der Pluspunkte dieses Konferenzbandes, die geistesgeschichtlichen Wurzeln Morgenthaus freizulegen und zurechtzurücken. Dies schließt Kritik am Realismus und insbesondere an Morgenthau Machtbegriff durchaus ein.

Den Schwerpunkt legt das Buch aber auf den Realismus als kritische Theorie. Gottfried-Karl Kindermann, sein bekanntester Vertreter in Deutschland, weist darauf hin, dass die Einsichten Morgenthau in den Fünfzigerjahren ebenso unbequem waren wie heute – zumindest für die amerikanische Außenpolitik. Der oberflächliche Betrachter reibt sich die Augen: Morgenthau, der Pate machtpolitischen Denkens, als Kritiker gegenwärtiger US-Außenpolitik? Es sind Missverständnisse wie diese, die Morgenthau in Deutschland so unbeliebt machten. Hier ist das Reich der soziologischen Theorien und der weichen Erklärungsvariablen. Macht und Interesse haben ausgedient. Gottfried-Karl Kindermann und Werner Link sind längst im Ruhestand und werden als kauzige Apologeten uralten Denkens abgetan. Dass es kaum Nachwuchs gibt, dafür hat der akademische Markt gesorgt: Für Realisten gibt es keine Lehrstühle, weil sie – warum auch immer – als rechts gelten. So bleibt den wenigen am Realismus Interessierten nur die Flucht in den Konstruktivismus. Aber es gibt auch Hoffnungsschimmer: einige neuere Forschungen in Deutschland, u.a. von Christoph Rohde und Carlo Masala, und international die Arbeiten einer Gruppe jüngerer, neo-klasischer Realisten, die leider in diesem Buch kaum vertreten sind. Auch das macht deutlich, dass es bei den Bemühungen um eine Wei-

terentwicklung des Realismus noch eine Menge zu tun gibt.

Wer dieses Buch also nur als Nachruf auf einen toten Denker liest, ist selber schuld. Wer Morgenthau war und was er gesagt hat, kann man auch anderswo nachlesen. Das Niveau der hier dokumentierten Diskussionen über die US-Außenpolitik, über die iranische Nuklearbedrohung und vor allem über den Irak-Krieg zeigt, dass es sich lohnt, mit Morgenthau auf dem Tisch über aktuelle Probleme zu streiten. Die wissenschaftlich eigentlich verpönte Frage „Was hätte Morgenthau heute dazu gesagt?“, kommt immer wieder auf. Am Ende fasst Christian Hacke einige der Antworten zusammen: Morgenthau hätte wahrscheinlich ein starkes, einiges Europa gefordert. Er hätte sich gegen eine Außenpolitik gewandt, die im Gewand der Moral daherkommt. Er hätte George W. Bushs religiös-aufgeladenen Messianismus abgelehnt, sich gegen eine Vereinnahmung neo-konservativen Denkens verwahrt und den Irak-Krieg von Beginn an als Fehler betrachtet. Diese Spekulationen mag man ablehnen oder als falsch ansehen. In jedem Fall zeigen sie, wie faszinierend es ist, mit den Kategorien des klassischen Realismus an die Analyse internationaler Probleme heranzugehen. Für die empiriefreudliche und sozialtheorieelastige Politikwissenschaft in Deutschland bleibt da nur der fromme Wunsch aus der Filmwelt: „Möge die Macht mit Euch sein!“

Andreas Jacobs

Gabriel, Mark A.: Jesus und Mohammed. Erstaunliche Unterschiede und überraschende Ähnlichkeiten. Gräffelfing: Resch-Verlag, 2006, 301 Seiten, € 13,90.

Dass Jesus und Mohammed in wissenschaftlichen Publikationen gemeinsam behandelt werden, ist nicht neu. Beide waren sie charismatische Religionsstifter ihrer Zeit, die in einem teils feindseligen Umfeld die Lehre des einen Gottes verkündeten. Beide wurden sie für diese Lehren zumindest zeitweise durch die religiösen und politischen Eliten verfolgt, und dennoch leben ihre Offenbarungen bis zum heutigen Tage fort. Das auf Jesu Botschaft fußende Christentum und der Islam Mohammeds bilden mit über zwei Milliarden beziehungsweise 1,2 Milliarden Anhängern die größten Religionen der Erde; ihre Heiligen Bücher – die Bibel und der Koran – sind die globalen Bestseller schlechthin.

Der Vergleich zweier der bedeutendsten Führer der Menschheitsgeschichte, eine Gegenüberstellung derer Leben und Wirken ist an sich also nicht außergewöhnlich. Das Besondere an dem hier vorzustellenden Buch ist jedoch, dass sich mit Mark A. Gabriel ein Autor dieses Themas angenommen hat, der sowohl im Islam als auch im Christentum beheimatet und somit glaubhafter Experte ist. Der gebürtige Ägypter wuchs in einem streng muslimischen Umfeld auf, war Vorbeter in einer Moschee und dozierte den Islam an der Al-Azhar Universität in Kairo. Als ihm jedoch nach kritischen Äußerungen der Abfall vom Islam vorgeworfen wird und er der Verfolgung durch die ägyptische Geheimpolizei ausgesetzt ist, beginnt er am eigenen Glauben zu zweifeln und kurz darauf Jesus für sich zu entdecken. Über Umwege emigriert er in die Vereinigten Staaten und studiert dort christliches Lehramt.

Nun sind diese Fakten nicht nur interessante Hintergrundinformationen zum Autor, sondern darüber hinaus der Rahmen für dieses Buch. Im ersten Kapitel nämlich beschreibt Gabriel seinen eigenen Lebensweg und begründet dabei gleichzeitig, wie er selbst „erstaunliche Unterschiede und überraschende Ähnlichkeiten“ zwischen den beiden Religionsstiftern entdeckte. Die Ergebnisse präsentiert er anschließend in den Teilen II bis IV. Dabei stellt er zunächst die Biografien Jesu und Mohammeds gegenüber, beginnend bei deren Geburt. Hierbei verwundert bisweilen Gabriels Prioritätensetzung. So stellt er zwar fest, dass sowohl Jesus als auch Mohammed erstgeborene Söhne waren. Bei der Beschreibung von Mohammeds Geburtsnacht entsprechend islamischer Quellen als eine von Licht und Sternen erhellt bleibt er jedoch den Verweis auf den Stern von Bethlehem schuldig. Neben solchen Ähnlichkeiten interessieren den Autor aber vor allem die Unterschiede, wie sie sich beispielsweise im Umgang von Jesus und Mohammed mit der Offenbarung zeigen. So habe Mohammed die Offenbarung zunächst abgelehnt, sich ihr aber mit zunehmender persönlicher Macht angenommen und sie schließlich durch Krieg und Gewalt verbreitet. Jesus hingegen habe von Beginn an sein Schicksal angenommen und den Willen Gottes mit der Kraft des Wortes und nach dem Prinzip der Freiwilligkeit in die Welt getragen.

Besonders interessant ist schließlich Teil III, in dem der Autor Jesu und Mohammeds „Vermächtnis in Worten und Taten“ darstellt und durch das Neue Testament bzw. den Koran und die Hadithe – also Berichte über das Leben Mohammeds – stützt. So vergleicht Gabriel deren Verkündigungen im Hinblick auf

die Vergebung der Sünden, das Schicksal nach dem Tod oder auf die Frage, wie man schon zu Lebzeiten Gottes Wohlgefallen erwerben kann. Sehr spekulativ wird das Buch jedoch, wenn der Autor darüber zu sinnieren beginnt, was Jesus über den 600 Jahre später lebenden Mohammed gedacht haben könnte, und dabei zu dem Schluss kommt, „dass Jesus Mohammed, wäre er ihm je begegnet, als falschen Propheten bezeichnet hätte.“ Überzeugender hingegen ist Gabriels Argumentation im Hinblick auf seine Unterscheidung zwischen Djihad und Kreuzzug: Muslime befolgten im Djihad lediglich, was Mohammed ihnen vorgelebt habe; die Kreuzzüge entsprächen hingegen nicht dem Wesen des Christentums, sondern seien das Verbrechen von Fehlgeleiteten, da Jesus ein friedvolles und barmherziges Vorbild gegeben habe. Abgerundet wird das Buch in einem vierten Teil durch eine Zusammenfassung und einen umfassenden und informativen Anhang.

Mark A. Gabriel ist mit seinem Buch ein interessanter Einblick in das Leben und Wirken von Jesus und Mohammed gelungen, das auch glaubhaft darstellt, warum sich Christentum und Islam schon aufgrund ihrer Stifter unterschiedlich entwickeln mussten. Objektivität sollte man ihm dabei unterstellen, wenn gleich die Überprüfung der Richtigkeit der von ihm zitierten Suren und Hadithe für einen Außenstehenden kaum möglich ist. Auch kann angenommen werden, dass Gabriels persönliche Biografie an der ein oder anderen Stelle ihren Niederschlag findet; so macht der Autor keinen Hehl daraus, dass dieses Buch gleichzeitig eine Missionierungsschrift für das Christentum darstellt. Damit liegt die Qualität des Buches für einen westlichen Leser also nicht primär in der Erklärung von Islam, Christentum und deren Beziehung zueinander – dafür ist es zu selektiv. Vielmehr leistet es durch den Verweis auf die vielen positiven Elemente des Christentums einen wichtigen Beitrag, den Glauben durch Vergewisserung des Eigenen zu stärken.

Ferdinand Mirbach

Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2005, 438 Seiten, € 39,00.

Es genügt, regelmäßig die gängigen Medien zu konsultieren, um den Eindruck zu bekommen, dass Deutschland zwar wiedervereinigt,

aber noch längst nicht zusammengewachsen ist. Dass dieses Urteil nicht nur für Wirtschaft und Gesellschaft gilt, sondern auch für die Politik, ist offensichtlich. Die letzten 16 Jahre haben diverse Belege dafür geliefert, wie sich Politik, politische Partizipation und Wahlverhalten zwischen den westlichen und östlichen Ländern unterscheiden. Allerdings gab es bislang kaum empirisch gestützte Untersuchungen, die einzelne Aspekte dieses Zusammenwachsens oder gar ein Gesamtbild dieser Entwicklung über den gesamten Zeitraum zeichnen wollten. Dieser Sammelband ist ein Versuch in diese Richtung: Er basiert auf Daten, die im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Langzeitprojektes jeweils vor und nach den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 erhoben wurden. Damit können die Herausgeber und ihre Kollegen an zahlreichen neuralgischen Punkten den politischen Einstellungen der Menschen im vereinten Deutschland näher kommen.

Der Band liefert dabei eine Fülle interessanter Einzelbilder, die sich aber nicht immer zu einem schlüssigen Gesamtbild zusammenfügen lassen. Bei den politischen Einstellungen konstatieren Gabriel und Rattinger in den meisten Bereichen nur einen geringen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen, im Osten hätten sich aber mehr negative oder diskontinuierliche Entwicklungen ergeben als im Westen (S. 14). Aus globaler Sicht können viele Ergebnisse kaum überraschen (etwa der Befund, dass in den neuen Bundesländern nur die Republikaner und nicht die PDS, im Westen aber beide als extremistisch gesehen werden), der Band ist darüber hinaus aber voll von Detailanalysen, die differenziertere Betrachtungen für kleinere Untergruppen des Elektorats ermöglichen. Interessant ist der Befund von Gabriel und Rattinger, dass sich durchaus eine einheitliche „politische Landkarte“ herausgebildet habe und die Bürger der alten und neuen Bundesländer politische Sachverhalte nach relativ einheitlichen Schemata wahrnehmen. Dies zeigt sich, so die weiteren Analysen des Bandes, anhand mehrerer Indikatoren: Ostdeutsche wie Westdeutsche erweisen sich als politisch involvierte Bürger, die Parteiidentifikation ist aber im Osten niedriger und fragiler. Das Vertrauen in politische Institutionen wird hier wie da als zufrieden stellend beurteilt. Die Leistungsfähigkeit des politischen Systems und die Bewertungen der wirtschaftlichen Lage sind recht ähnlich, allerdings bewerten die Ostdeutschen die Gerechtigkeit der Wirtschaftsordnung weitaus schlechter. Auch die Demokratie insgesamt wird von den Ostdeutschen schlechter beur-

teilt, allerdings seien diese Bewertungen stark schwankend und leistungsbezogen – von einer grundlegenden Demokratiedistanz im Osten kann also nicht gesprochen werden. Eine „politische Regionalkultur“ (S. 309) könne aber bezogen auf Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen selbst dann weiter bestehen, wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bessern. Beim Niveau des Rechtsextremismus konstatieren die Untersuchungen in Ost wie West ebenfalls keine grundlegende Veränderung – ebenso wenig wie bei der DDR-Nostalgie, die nach einem Rückgang Ende der 90er-Jahre später sogar wieder zugenommen habe.

Im abschließenden Kapitel fasst Oskar Gabriel die Ergebnisse zusammen. Er betont dabei, dass die Unterschiede zwischen Ost und West durchaus weit stärker sind als die zwischen Regionen in Westdeutschland. Die DDR wirkt auch nach 16 Jahren noch nach – die Mauer in den Köpfen besteht weiter, auch wenn sich aufgrund der Analysen dieses Bandes daraus gegenwärtig keine dramatischen Folgen für Deutschland ergeben. Insgesamt ein Sammelband, der (bedauerlicherweise ohne Register) wichtige Forschungsergebnisse eines ebenso wichtigen Forschungsprojekts vorstellt. Leider ist der Band in weiten Teilen nur für Fachleute genießbar. Ohne Frage ist es wichtig, empirische Studien wie die von den Autoren mit viel Aufwand durchgeführten in Zukunft so fortzuführen. Aber könnten zentrale Ergebnisse des Buches nicht in kondensierter Form so aufbereitet werden, dass auch Leser, die nicht aus der Fachgemeinde kommen, damit arbeiten können – etwa in der politischen Bildung, der Politikberatung, der Publizistik? Für die langfristige Wirkung ihrer Forschungen würden die beteiligten Wissenschaftler dadurch mindestens ebenso viel beitragen wie durch ihre klugen empirischen Analysen.

Gerhard Hirscher

Maçków, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2005, 168 Seiten, € 24,00.

Im Jahr 2005, d.h. ein Jahr nach der großen Osterweiterung der EU, veröffentlichte Jerzy Maçków, Professor für Politikwissenschaft der Universität Regensburg, sein Buch „Totalitarismus und danach“. Es provoziert nicht nur jene, die in den heftigen Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre den Begriff „Totalitarismus“

zur Bezeichnung des Sowjetkommunismus und damit implizite Vergleiche zum Nationalsozialismus ablehnten, sondern auch die „Europa-Euphoriker“, welche die Eingliederung der neuen östlichen Mitgliedsländer in die EU als Endpunkt ihres Demokratisierungsprozesses und aller damit verbundenen Probleme ansehen. Maçków verweist dagegen darauf, dass das Erbe des Kommunismus die Ordnung Europas auf Jahrzehnte belasten wird.

Um seine These zu entwickeln, setzt sich der Autor zunächst über viele Seiten und Kapitel mit dieser Vergangenheit auseinander, wobei es ihm zunächst vor allem um analytische Klarheit der Begriffe geht, hinter denen bekanntermaßen Interpretationsmuster stehen. Er beginnt mit der geographischen Einordnung der Region, die von vielen allzu leichtfertig als „Osteuropa“ klassifiziert wird, was nicht nur vielfach falsch ist, sondern auch der Differenziertheit der Region nicht entspricht. So richtig diese Bemerkung ist, so nützlich ist indes auch eine Sammelbezeichnung für die Analyse, da sonst ständig zwischen Mittel-, Ostmittel-, Südost-, Nord- und Osteuropa unterschieden werden muss. Anschließend werden Begriffe zur Klassifizierung des Gesellschaftssystems diskutiert und verschiedenen politischen Strömungen zugeordnet.

Die Begriffe seien – so der Autor – dabei nur die „Spitze des Eisberges“, denn ihnen lägen tiefergehende Interpretationsmuster und Bewertungen zu Grunde. Dabei erscheint ihm die Klassifizierung der Gesellschaftssysteme als „Kommunismus“ legitim, wogegen andere Begriffsdefinitionen (u.a. „bürokratischer Sozialismus“, „Wende“ etc.) als unpräzise verworfen werden bzw. auf „sozialromantische“ Utopien der kritischen Linken verweisen. Auch vom Modernisierungskonzept hält Maçków wenig, sondern er spricht sich überzeugend für das Totalitarismuskonzept zur Interpretation des Sowjetkommunismus aus.

Er nimmt dabei die Kritik der Gegner – auch im Verweis auf den großen polnischen Philosophen und Regimekritiker Leszek Kołakowski – im Einzelnen auseinander. Im Kern entkräftet er den Vorwurf einer Gleichsetzung von Kommunismus und Nationalsozialismus im Rahmen der Totalitarismustheorie mit dem Argument, dass dieser Ansatz eine Bandbreite von Theorien, Modellen und Konzepten anbiete, die sich sogar teilweise widersprächen.

Zum Beweis für die Tragfähigkeit dieses Konzeptes spannt er einen großen geschichtlichen Bogen, über Etablierung und Verlauf der

kommunistischen Diktatur in Russland zu den sowjetischen „Satellitenstaaten“ bis hin zum Niedergang des Systems. Die These, dass mit Stalins Tod ein grundsätzlicher Wandel eintrat, der „weichere“ (konziliantere) Formulierungen zur Charakterisierung des Systems begründen könnte, verwirft er dezidiert. Er sieht die geschichtliche Kontinuität der totalitären gesellschaftlichen Strukturen bis hin zu ihrem Zusammenbruch, der schließlich eine grundlegende Systemtransformation einleitete. Dieser Wandel sei weniger dem „guten Gorbji“ oder dem „Ideologiesterben“, sondern einer „existenziellen Systemkrise“ zu verdanken, die nicht mehr mit Gewalt und/oder „sozialen Wohltaten“ kompensiert werden konnte.

Technologische Rückständigkeit und politische Faktoren (Krieg in Afghanistan, der Polnische Sommer 1980 und die Politik Ronald Reagans) waren nach Meinung Maćkóws die entscheidenden Gründe, dass sich das Krisenbewusstsein bis in die Parteispitzen ausbreitete und letztlich auch einen weitgehend friedlichen Systemwechsel ermöglichte. Die Systemtransformation selbst sei wiederum durch die Ausdifferenzierung und Autonomisierung der gesellschaftlichen Subsysteme gekennzeichnet. Ohne eine Anerkennung des Totalitarismus-Konzeptes könne auch die Transformationsforschung nicht die Besonderheiten (Gleichzeitigkeit der Veränderungen in Institutionen und Politikbereichen) des Systemwechsels erklären. Dabei seien die Lernprozesse der Menschen entscheidend, was die analytische Aufteilung zwischen Institutionalisierungs- und Konsolidierungsphase der neuen Systeme nur unzureichend berücksichtigen könne.

In den weiteren Kapiteln des Buches geht Maćków auf den Wandel und die Besonderheiten der politischen Systeme der Transformationsländer ein. Er verdeutlicht die zentrale Rolle eines funktionierenden Verfassungs- und Rechtsstaates, wogegen weder die Frequenz von Wahlen noch die Wirtschaftsentwicklung den Erfolg der Transformation entscheiden. Die Parteiensysteme seien labil und die „Professionalität“ der alten Eliten sei vielfach entscheidend für den Demokratieaufbau. Ernüchternd ist das Fazit des Schlusskapitels, dass die Bevölkerung in den neuen Mitgliedsstaaten durchweg eher „national“ orientiert sei. Allerdings bietet sich die Rückbesinnung auf stolze „vornationalistische Staatstraditionen“ an (ist die k.u.k.-Monarchie gemeint?), um die „europäische Idee“ zu verbreiten.

Das Buch von Jerzy Maćków spannt einen großen Bogen, verliert seine zentralen Thesen nicht aus dem Auge und ist flüssig geschrie-

ben. Es entspricht eher einem langen Essay als einem wissenschaftlichen Primärwerk, doch gibt der Autor einen guten pointierten Überblick über Geschichte, Zerfall und Transformation der kommunistischen Systeme. Das Buch ist deshalb für Studierende und Interessierte gleichermaßen zu empfehlen.

Wolfgang Quaisser

Saage, Richard: Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005, 325 Seiten, € 24,90.

Churchill wird der Ausspruch zugeschrieben, die Demokratie sei die schlechteste Staatsform – abgesehen von allen anderen. In seinem Lehrbuch will Richard Saage, Politikwissenschaftler in Halle, der Dialektik der Demokratie nachgehen. In zehn Kapiteln stellt er die Entwicklungslinien der Demokratietheorie dar, erläutert terminologische Veränderungen und versucht, den Übergang von der direkten Demokratie der Antike zur repräsentativen Form der Moderne zu erklären. Dazu löst Saage die Thematik aus ihrer akademischen Dimension und stellt sie in den Kontext von soziostrukturellen, technischen und politischen Prozessen. Die wechselhafte Geschichte der Demokratietheorie erscheint dadurch als Konsequenz der Legitimationsprobleme, in welche die bestehenden Herrschaftsordnungen durch ökonomische und soziale Krisen gestürzt wurden.

Auf Grund seines Einführungscharakters lädt das Buch zum Selbststudium ein. Die ersten Kapitel rekapitulieren das Demokratieverständnis der Antike sowie die Partizipationsmodelle der frühen Neuzeit. Die Ära der Französischen Revolution avanciert daraufhin zur Geburtsstunde der modernen Demokratie, die im Spannungsfeld der Ideen Montesquieus, Rousseaus, der Federalists, Sieyès und Robespierres sowie in der Auseinandersetzung zwischen Burke und Paine ihre Konturen gewinnt. Doch erst im 19. Jahrhundert formulieren Denker wie Guizot, Tocqueville, Mill und Bagehot die Theorie der liberalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie, die mit der Vorstellung der direkten Volksherrschaft bricht. Ab Mitte des Buches liegt der Schwerpunkt auf der schwierigen Geschichte der Demokratietheorie in Deutschland, die im Idealismus, im Vormärz und in der Revolution von 1848 erste Etappen aufweist, bevor sie sich unter dem Einfluss von sozialdemokratischen Ideen um die Jahrhundertwende ausdifferenziert. In Weimar steht das Paradigma der Demokratie zwischen Zustimmung und Ablehnung, ehe der Fall des parlamentari-

schen Systems und die Erfahrung des Dritten Reiches den Anstoß zu einer „reduzierten“ Theorie geben, die das demokratische Modell von übersteigerten Erwartungen befreit. Die „nachholende Demokratisierung“ der Bundesrepublik steht schließlich im Zeichen der Debatte zwischen den Befürwortern und Gegnern jener liberal-elitären Variante der Demokratie.

Die Monographie ist verständlich geschrieben und angesichts des verarbeiteten Materials sehr informativ. Der Leser erfährt viel Nützliches – über die Klassiker des Politischen Denkens ebenso wie über die Koryphäen der deutschen Demokratietheorie (M. Weber, H. Heller, H. Kelsen, C. Schmitt, E. Fraenkel, O. Kirchheimer, O. Stammer, A. Gehlen, H. Schelsky, W. Abendroth, F. Scharpf, N. Luhmann, W. Hennis). Auch bisweilen vernachlässigte Autoren wie Hugo Sinzheimer, Gerhard Leibholz oder Johannes Agnoli kommen zu Wort. Gewiss kann man sich streiten, ob einige Zuordnungen treffend sind, so etwa die Einreihung von Marx in die Riege der „Sozialdemokraten“ (S. 91ff.) oder die Zugehörigkeit Carl Schmitts zum bürgerlichen Lager (S. 222ff.). Gleichwohl ist es Saage gelungen, die Brüche in der deutschen Diskussion transparent zu machen. Überzeugend rekonstruiert er z.B. die Linie, die von Webers Führerdemokratie über Hellers Vorstellung der sozialen Homogenität und Kelsens Parlamentarismuskritik zu Carl Schmitt führt, dessen radikale Absage an den Pluralismus den Sieg der „autoritären Demokratie“ (S. 233) einläutete. Als verborgene Ursache für die Deformation des liberalen Systems aber identifiziert Saage die prekäre Rückkehr des antiken Demokratieverständnisses, das zunächst in Form des sozialistischen Räte Modells das bürgerliche Lager herausforderte, bevor es in die „Diktatur über die Interessen“ mündete (S. 230). Die Lehren, die etwa Karl Mannheim, Joseph Schumpeter oder Ernst Fraenkel aus dem Scheitern von Weimar zogen – die Absage an die Basisdemokratie und die Bedeutung der Elitenkonkurrenz – erscheint dadurch nur konsequent, das erneute Aufflackern der partizipatorischen Demokratiebewegung im Zeichen von 1968 hingegen als gefährlicher Anachronismus (S. 273ff.). Der „Demokratisierung“ der Demokratie, wie von der linken Agitation gefordert, wird folgerichtig ein am Status quo orientiertes „Veto“ entgegengehalten (S. 280ff.).

Diese etwas lückenhafte Darstellung trägt dazu bei, Saages Argumentation Geschlossenheit zu verleihen. Bis auf einige Exkurse zur amerikanischen Rezeption der Konkurrenzdemokratie bzw. zum Austromarxismus konzen-

triert sich der zweite Teil ganz auf den deutschen Sonderweg. Gerechtfertigt wird dies mit dem Hinweis, nach der Diskussion der erfolgreichen demokratischen Entwicklungen in Amerika, England und Frankreich die verspätete Nation Deutschland als Gegenbeispiel zu behandeln (S. 158). Der nachgeschobene Rekurs auf Kant und die Entwicklung bis 1848 illustrieren die gestörte Chronologie. Verzichtet wird hingegen auf eine Typologie der Demokratien bzw. eine alternative analytische Zuordnung (S. 30). Mit Blick auf das deutschsprachige Publikum ist diese Vorgehensweise gewiss verständlich. Von der methodischen Seite her bleiben jedoch Zweifel bestehen, und das obwohl Saage sich Mühe gibt, seine Konzeption qua Vergleich mit den Standardwerken der Demokratietheorie zu rechtfertigen (S. 32ff.). Schon die Hauptthese des Buches, dass die Herauslösung der liberalen Demokratie aus der Hegemonie der „Selbstbestimmung des Volkes“ (S. 30) als Schlüssel ihres Erfolges anzusehen ist, verbietet eine Typologie, die dem liberal-elitären Modell in adäquater Manier seinen republikanischen Antipoden gegenüber stellt. Dabei liegen die Vorteile von Saages Ansatz auf der Hand: Indem er die Präsentation der einschlägigen Theorien mit der Darstellung der dynamischen Entstehung, aber auch des Scheiterns von Demokratien verknüpft, lässt er das Ende des ideengeschichtlichen Prozesses bewusst offen. Die Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern bedarf politisch gebildeter Bürger, die sich der inhärenten Gefahren bewusst sind. Der Epilog geht entsprechend auf die Herausforderungen ein, mit denen sich die westliche Demokratie heute konfrontiert sieht. Die Korrosion des politischen Engagements wird ebenso genannt wie die fundamentalistischen Ideologien und die Krise des Wohlfahrtsstaates (S. 296ff.). Von Bedeutung ist auch die These, dass das Gelingen einer demokratischen Transformation von den soziokulturellen und geistigen Voraussetzungen des Gemeinwens abhängt. Eine – womöglich mit Waffengewalt forcierte – Demokratisierung einer Gesellschaft, die im Inneren für die demokratische Konfliktregulierung nicht bereit ist, erscheint insofern aussichtslos.

Die weitgehende Ausklammerung von partizipatorischen Varianten der Demokratie, wie sie im Zusammenhang mit dem Kommunitarismus (Barber), dem Feminismus oder der Kritischen Theorie entstanden sind, macht allerdings auch die Schwächen von Saages Ansatz deutlich. Schon bei den Klassikern fehlt eine Behandlung des Republikanismus Machiavellis, wogegen das Räte Modell seiner wichtigsten Exponentin – Hannah Arendt – be-

raubt wird. Und Jürgen Habermas findet zwar des Öfteren Erwähnung, nicht jedoch seine rechtsphilosophische Grundlegung der radikalen Demokratie in Faktizität und Geltung. Zu unreflektiert bleibt schließlich auch die Renaissance der normativen Demokratietheorie nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich in Opposition zu Schumpeter und seiner Epigonen konstituiert hat.

Damit ist dem Verfasser zwar keine einseitige Argumentation vorzuwerfen, da er die Schwächen des liberalen Demokratiemodells nicht unter den Teppich kehrt. Gleichwohl vernachlässigt das Buch das konstruktive Projekt des Republikanismus, indem es die moderne Demokratie zu eindeutig mit ihrer liberalen Spielart identifiziert. Im Ganzen beschleicht den Leser der Verdacht, einer etwas zu tendenziösen Auswahl der Autoren aufzusitzen. Sofern man sich freilich die spezielle Perspektive bewusst macht, der Saages Darstellung unterliegt, ist das Buch als Einstieg in die Diskussion durchaus geeignet. Im Anschluss daran wäre indes zu debattieren, ob aktuelle Probleme wie die Politikverdrossenheit oder der Mangel an einer europäischen Identität nicht doch nach einem offensiveren Demokratiestil verlangen.

Oliver Hidalgo

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus München (Hrsg.), Süß, Cornelia/Barbeau, Astrid/Neumann, Günther: Medienwelten – Kritische Betrachtung zur Medienwirkung auf Kinder und Jugendliche – Ein Handbuch für Eltern und Lehrkräfte. München: Voegele-Verlag, 2005, 275 Seiten, kostenfrei.

Dieses interessante und informative Handbuch will Eltern, Lehrerinnen und Lehrern über die verschiedenen Facetten der Medienwelt Auskunft geben. Sie erfahren Näheres über die Wirkungsweisen von Medien, sie werden für aktuelle Probleme sensibilisiert und erhalten in auftretenden Konfliktfällen Hilfen angeboten.

Die Leserinnen und Leser erhalten grundlegende Auskünfte über folgende Schlüsselbegriffe, die neun Hauptabschnitten zugeordnet worden sind: das Spannungsverhältnis von Information und Wissen, Gefahren des Internets, neue Kommunikationsformen, die Welt der PC-Spiele und die Bildwelten, Hören

und Zuhörenkönnen sowie Lesetechniken und Lernen mit neuen Medien.

Für die Schulpraxis und die Schulleitung sind außerdem die juristischen Informationen über das Urheber- und Medienrecht sowie die Auskünfte über Urheberrechtsprobleme sehr wichtig und hilfreich. Eltern und Lehrer werden darüber hinaus die Tipps und Ratschläge zum Umgang mit Fernsehen und Computer dankbar begrüßen.

Die einzelnen Hauptabschnitte des Handbuchs weisen gemeinsame Gliederungspunkte auf, wodurch die Lesbarkeit noch verstärkt und erhöht wird. Markant und wiederkehrend sind einmal die interessanten Interviews mit Experten. Dazu gehören Medienwissenschaftler, Journalisten, Schulberater, Elternvertreter, Lehrerinnen und Lehrer und Jugendkriminalbeamte. Jeder Experte sieht die Medienwelten aus einer anderen Perspektive. Auch die Texte der jeweiligen Kapitel und Hauptabschnitte sind systematisch aufgebaut. Entscheidend sind die praxisbezogenen Beispiele, die Darstellung der maßgeblichen Gefährdungspotenziale, die mit dem Lebenswissen verbundenen Empfehlungen und die Darstellung der Gesetzeslage. Das Handbuch zu den Medienwelten will Eltern zu Hause informieren und die Schulleitungen sowie den Lehrerkollegien mehr Handlungssicherheit und Sachkompetenz vermitteln. Es wird daher auch in anderen Bundesländern die verdiente Beachtung finden.

Als Fazit kann festgehalten werden: Das Internet ist ein scheinbar wild wuchernder Dschungel, in dem sich weltweit Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft tummeln. Deshalb raten die Autoren des Handbuchs zu gesundem Misstrauen. Allerdings ist es in Deutschland wie in Amerika und in anderen Ländern für Schülerinnen und Schüler kein Problem, an Computerspiele zu kommen, die Gewalt verherrlichend und Menschen verachtend Inhalte haben. Dies ist aus pädagogischer, medizinischer und psychologischer Sicht eine traurige Tatsache. Gewisse Medienverbote sind daher nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend geboten. Empirische Untersuchungen haben zu der sicheren Erkenntnis geführt: Wer Gewaltfilme sieht, der lernt Gewalt. Ebenso klar und präzise ist das Forschungsergebnis: Wer Gewalt sieht, wird selbst gewalttätig.

Gottfried Kleinschmidt

Autorenverzeichnis



Große-Starmann, Carsten
Projektmanager „Wegweiser Demographischer Wandel“ in der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Huber, Erwin, MdL
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, München



Hermann, Joachim, MdL
Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, München



Magel, Holger, Prof. Dr.
Präsident der Bayer. Akademie Ländlicher Raum, Sprecher der Akademien Ländlicher Raum in den deutschen Bundesländern, München



Meier-Walser, Reinhard C., Dr.
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München



Miller, Josef, MdL
Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, München



Ridderbusch, Jens
Referat „Sozialwissenschaftliche Analysen, Familienwissenschaftl. Forschungsstelle“, Stat. Landesamt BW, Stuttgart



Rimscha, Nicolai von
Referent für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung



Püttmann, Andreas, Dr.
Politikwissenschaftler, Publizist, Dinslaken



Sackmann, Markus, MdL
Stv. Fraktionsvorsitzender CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag



Schwarz-Schilling, Christian, Dr.
Bundesminister a.D., Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Brüssel



Schmidt, Kerstin
Projektleiterin, „Wegweiser Demographischer Wandel“ in der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh



Winkel, Rainer, Prof. Dr.
Technische Universität Dresden / Büro für Entwicklungsplanung, Wiesbaden

Jahresübersicht der Politischen Studien 2006

Heft 405	Schwerpunktthema: Wo sind die Grenzen Europas?
Heft 406	Schwerpunktthema: Die Vereinigten Staaten von Amerika – Die bedrängte Weltmacht
Heft 407	Schwerpunktthema: Auf dem Weg zu einem aufgeklärten Patriotismus? Die Bedeutung nationaler Identität zu Beginn des 21. Jahrhunderts
Heft 408	Schwerpunktthema: China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschaftspolitik
Heft 409	Schwerpunktthema: Integration von Ausländern – Vergleiche innerhalb der EU
Heft 410	Schwerpunktthema: Entwicklungsperspektiven für den ländlichen Raum – Leistungspotenzial stärken, Lebensqualität erhalten
Themenheft (TH) 2006	Anfragen an das theologisch-politische Profil Benedikts XVI.

Autor	Titel	Heft	Seite
Ashraf, Razi	Die Integration der „South Asians“ in Großbritannien	409	93
Bierling, Stephan	Still the economy, stupid? Die Lage der US-Wirtschaft im sechsten Jahr der Bush-Präsidentschaft	406	24
Biser, Eugen	Die Botschaft von der bedingungslosen Liebe	TH	69
Böhr, Christoph	Patriotismus, Multikulturalismus, Nationalismus: Welchen Weg gehen die Deutschen?	407	32
Di Fabio, Udo	Soziale Gerechtigkeit und Verfassung Europas	406	51
Ebner, Stefan	Public-Private-Partnership: Die Lösung für Kommunen?	408	78

Autor	Titel	Heft	Seite
Eichhorst, Kristina	Die irakische Verfassung – ein geeignetes Mittel zur Lösung der ethnischen Konflikte?	405	90
Frey, Dieter	Politische Studien-Zeitgespräch zum Thema „Die psychologische Seite der Innovation“	407	9
Große-Starmann, Carsten	Demographischer Wandel – Gestaltungsstrategien im ländlichen Raum	410	78
Gumpel, Werner	Die „sanften Revolutionen“ und die Lage in Zentralasien	407	61
Jesse, Eckhard	Der Ausgang der Bundestagswahl 2005 – ein halber Regierungswechsel	405	72
Juncker, Jean-Claude	Politische Studien-Zeitgespräch zum Thema „Die Zukunft Europas? Das Europa der Zukunft“	408	11
Haberer, Johanna	Nachtgedanken einer Protestantin	TH	42
Hacke, Christian	Deutschland braucht nicht nur eine Energiedebatte, sondern eine Kernenergiedebatte	409	107
Henkel, Jürgen	Ein Zwischenruf zum Thema Leitkultur	407	58
Herrmann, Joachim	Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden zum Themenschwerpunkt „Ländlicher Raum“	410	23
Hildmann, Philipp W.	Auf der Suche nach der „Seele Europas“ – Joseph Ratzinger über politisch-gesellschaftliche Fundamente	406	61
Hildmann, Philipp W.	Einführung zum Thema: Auf dem Weg zu einem aufgeklärten Patriotismus? Die Bedeutung nationaler Identität zu Beginn des 21. Jahrhunderts	407	19
Hildmann, Philipp W.	Die religiösen Fundamente Europas – Mit Benedikt XVI. auf der Suche nach der Seele unseres Kontinents	TH	53
Höhne, Roland	Französische Integrationspolitik – ein neuer Ansatz? Die Institutionalisierung des Islam	409	71
Hoping, Helmut	Diesseits und jenseits des Staates: Die Wahrheitsfrage in der pluralistischen Gesellschaft – Zur Theologie des Politischen bei Joseph Ratzinger/Benedikt XVI.	TH	15
Huber, Erwin	Regionale und wirtschaftspolitische Aspekte des demographischen Wandels in Bayern	410	33

Autor	Titel	Heft	Seite
Kamer, Hansrudolf	Nationale Triebkräfte in der globalisierten Welt – Unterschiedliche Spielformen eines erstarkenden Patriotismus	407	39
Kindermann, Gottfried-Karl	Geschichtliche Hintergründe chinesischer Außenpolitik	408	21
Kindermann, Gottfried-Karl	Weltpolitik im 21. Jahrhundert	409	113
Kissler, Alexander	Eine Pflicht namens Wahrheit – Politik und Geschichte im Denken Joseph Ratzingers	TH	7
Kluxen-Pyta, Donata	Werte-Orientierung in Unternehmen: Wirtschaft ohne Werte?	408	60
Kromka, Franz	Selbstständigkeit und Selbstverantwortung – gefährdete Elemente der Marktwirtschaft	409	126
Kuschel, Karl-Josef	„Wie die sich begegnenden Kulturen ethische Grundlagen finden können ...“ – Zum Diskurs zwischen Joseph Ratzinger, Jürgen Habermas und Hans Küng	TH	27
Lange, Willi	Exkurs: Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der Volksrepublik China	408	56
Luft, Stefan	Deutsche Großstädte zwischen Parallelgesellschaft und Integration	409	60
Magel, Holger	Die Zukunft der ländlichen Regionen: Chancen und Leistungsstärken Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern	410	44
Mayer, Tilman	Patriotismus und Nationalbewusstsein in den USA seit dem 11. September	406	15
Meier-Walser, Reinhard C.	Editorial: Die NATO meldet sich zurück	406	5
Meier-Walser, Reinhard C.	Einführung zum Thema: Die Vereinigten Staaten von Amerika – Die bedrängte Weltmacht	406	13
Meier-Walser, Reinhard C.	Editorial: Neue deutsche Außenpolitik – Kontinuität und Wandel	408	5
Meier-Walser, Reinhard C.	Einführung zum Thema: China – Aufstrebende Macht in der Welt- und Weltwirtschaftspolitik	408	19
Meier-Walser, Reinhard C.	Die Eskalation der Suez-Krise im Herbst 1956	409	5
Meier-Walser, Reinhard C.	Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung	410	5
Miller, Josef	Zusammenarbeit schafft Perspektiven	410	27
Möller, Kay	Die Grenzen des „Aufstiegs“ der Volksrepublik China	408	36

Autor	Titel	Heft	Seite
Mols, Manfred	Lateinamerika – Hinterhof der USA oder „global player“?	407	70
Moreau, Patrick	Auf dem Weg zur Vereinigung? PDS und WASG nach ihren Parteitag	408	67
Müller, Gerhard Ludwig, Bischof	Der universale Hirtendienst des Papstes	TH	64
Müller, Harald	George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“ – eine Bilanz	406	41
Münkler, Herfried	Politische Studien-Zeitgespräch zum Thema „Neuer Terrorismus und asym- metrische Kriegführung“	409	46
Püttmann, Andreas	Unter dem Anspruch des „C“ – Wie Wert-voll ist der „Markenkern“ der Union?	410	92
Raghavan, Vasantha R.	Politische Studien-Zeitgespräch zu Fragen der indischen Außen- und Sicherheitspolitik	406	8
Regele, Ludwig Walter	Immigrations- und Integrationspolitik in Italien	409	82
Ridderbusch, Jens	Den kommunalen Familienstandort attraktiv gestalten – Entwicklung und Kommunikation von Problemlösungen	410	67
Rimscha von, Nicolai	Einführung zum Thema: Entwicklungs- perspektiven für den ländlichen Raum – Leistungspotenzial stärken, Lebens- qualität erhalten	410	21
Rill, Bernd	Einführung zum Thema: Integration von Ausländern – Vergleiche innerhalb der EU	409	58
Rill, Bernd	Editorial: Wo sind die Grenzen Europas?	405	5
Rill, Bernd	Einführung zum Thema: Wo sind die Grenzen Europas?	405	21
Rolbeck von, Annette	Das gewaltsame Ende der ungarischen Revolution	409	31
Rothacher, Albrecht	Chinas Wirtschaftswunder: Vor den Grenzen des Wachstums?	410	105
Rühl, Lothar	USA: Die bedrängte Weltmacht – Wohin steuert „Das Reich des Guten“? Situation und weltpolitischer Kurs Amerikas	406	33
Sackmann, Markus	Neues Denken für eine positive Zukunft – Die Zeichen unserer Zeit	410	38
Schmidt, Kerstin	Demographischer Wandel – Gestal- tungsstrategien im ländlichen Raum	410	78

Autor	Titel	Heft	Seite
Schorpp, Rita	Auf dem Weg zur Vereinigung? PDS und WASG nach ihren Parteitag	408	67
Schulze, Hagen	Was ist deutsche Identität?	407	50
Schwarz, Hans-Peter	Auf dem Weg zu einem aufgeklärten Patriotismus?	407	26
Schwarz-Schilling, Christian	Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Hohen UN-Repräsentanten zu Fragen der politischen Entwicklung in Bosnien-Herzegowina	410	15
Sinjen, Svenja	Die irakische Verfassung – ein geeignetes Mittel zur Lösung der ethnischen Konflikte?	405	90
Sturm, Roland	Politische und ökonomische Integration – Das Problem der Finalität Europas	405	24
Taube, Markus	Die VR China als aufstrebende Macht in der Weltwirtschaft: Herausforderungen an Europa	408	26
Teoctist, Patriarch	Politische Studien-Zeitgespräch: „Europa hat christliche Wurzeln“	405	8
Thunert, Martin	Internationaler Leuchtturm oder Nebenschauplatz des 21. Jahrhunderts? Nordamerikanische Sichtweisen auf Europa im Wandel	405	42
Wehler, Hans-Ulrich	Ein aufgeklärter Patriotismus – Über die Identitäten der Deutschen und die Gefahr neuer Subkulturen	407	21
Wenz, Gunther	Ökumenisches Streiflicht zum Papstbesuch in Bayern	TH	48
Wilke, Jürgen	Exkurs: Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der Volksrepublik China	408	56
Wimmer, Stefan Jakob	Gibt es eine „islamische Gefahr“ für die Kultur Europas?	405	33
Winkel, Rainer	Der demographische Wandel, heimatische Region als Zukunftsperspektiven für die Jugend im ländlichen Raum – Bildungsangebot und Lebensraum	410	55
Zehetmair, Hans	Editorial: Identitätsstiftung in einer entgrenzten Welt	407	5
Zehetmair, Hans	Einführung	TH	5
Zhang, Junhua	Die 28-jährige Reform der VR China – Eine kurze Bilanz und ihre Zukunftsperspektive	408	47
Zlepko, Dmytro	Die Ukraine – diesseits oder jenseits der europäischen Grenzen?	405	59